

Vorwort

Bürgermut und Zivilcourage lautet eine zum 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution von 1989 häufig strapazierte Formel. Auch im Land Brandenburg fand diese Revolution der Friedfertigen statt. Sie wurde hier in Grünheide/Landkreis Oder-Spree im September durch den Gründungsauf Ruf des Neuen Forums sogar ganz entscheidend befördert. Hier entfaltete sich, maßgeblich geprägt durch die kirchliche Friedensbewegung mit dem Höhepunkt der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung von 1988/89, das bürgerliche Engagement, welches letztendlich die SED-Diktatur überwand. Die entscheidende Etappe der ersten Revolutionsphase lag zwischen dem 9./10. September 1989 in Grünheide und dem Mauerfall vom 9. November in Berlin. Hier begann das Wunder der Friedlichen Revolution.

Doch schon im November trat sie in ihre zweite entscheidende Phase. Die „Stasi raus!“-Rufe wurden auf jeder Demonstration gegen die verhasste SED-Diktatur immer lauter, die Situation drohte zu eskalieren. Um Stasi-Provokationen zu verhindern, schützte vorerst noch das Neue Forum die MfS-Dienststellen vor aufgebrauchten Demonstranten. Jetzt stand die Machtfrage auf der Tagesordnung. Niemand wusste, wie ein bis an die Zähne bewaffneter Stasi-Apparat in Endzeitstimmung reagieren würde: Das Risiko der Friedlichen Revolution.

Die Beseitigung der SED-Diktatur erforderte eine ebenso kompromiss- wie provokationslose Auflösung des MfS als Garanten der SED-Diktatur. Wie gelang dieser Balanceakt Anfang Dezember 1989? Wie formierten sich dabei Bürger zu Stasi-Auflösungskomitees? Wer waren die Initiatoren? Wie erfolgten Besetzung, Entwaffnung, aber auch Sicherung des aktenkundigen Stasi-Erbes im Land Brandenburg? Wie stellten sich die immer noch bewaffneten Stasi-Dienststeinheiten mit DDR-weit ca. 288.000 offiziellen und inoffiziellen Mitarbeitern auf diese „Provokation“ der über 40 Jahre Unterdrückten ein? Würden sie lautlos abtreten oder lassen sie es – selbst nach dem Mauerfall nicht aufgelöst, sondern durch die DDR-Regierung unter Modrow als Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) weitergeführt – auf eine Kraftprobe mit denen von ihnen seit Jahren attackierten Akteuren der Bürgerbewegung ankommen?

Die Beantwortung dieser Fragen der Friedlichen Revolution/Teil 2 – die Auflösung des MfS – ist bis heute unterbelichtet und gibt damit Raum für Spekulationen aller Art. Legenden von einer Stasi-geleiteten Selbstauflösung werden dafür wiederholt kolportiert.

Das Projekt zur Auflösung der Stasi-Dienststellen im Land Brandenburg 1989/90 soll den Nachweis „Unserer Friedlichen Revolution“ erbringen. Dieser Nachweis erfordert Nachvollziehbarkeit in Form von Authentizität durch Zeitzeugen aus dieser Epoche der Doppelherrschaft.

Mit dem Bericht zur „Entstehung von Bürgerkomitees und ihre Bedeutung für die Herausbildung demokratischer Strukturen“ haben sich die Fördergemeinschaft „Lindenstraße 54“ in Kooperation mit dem „Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg e.V.“ der Herausforderung gestellt, diese zweite Etappe der Friedlichen Revolution stärker in das öffentliche Bewusstsein zur rücken.

Während andere Bundesländer, wie z.B. Thüringen, die Stasi-Auflösung vor 20 Jahren mit einem 3-tägigen Festakt im Landtag würdigten, wäre dieses Jubiläum ohne das Geschichtsbewusstsein bzw. Erinnerungsvermögen einiger damals beteiligter Akteure am Land Brandenburg vorbeigegangen. Anlässlich des 20. Jahrestages der Stasi-Besetzungen am 4., 5. und 6. Dezember 2009 kamen damalige Akteure aus Cottbus, Frankfurt (Oder), Potsdam, Pritzwalk, Fürstenwalde, Forst (Lausitz), Rathenow und Brandenburg an der Havel in der Landeshauptstadt am Ort des damaligen Stasi-Untersuchungsgefängnisses in der Lindenstraße 54 zusammen.



Von links nach rechts: Pfr. Peter Freimark (Perleberg), Inge Czerwinske (Fürstenwalde), Pfr. Christoph Polster (Cottbus), Ralf-Stephan Rabe (Brandenburg), Manfred Kruczek (Potsdam) Foto: Manfred Thomas

Das gerade im Jahr 2009 vielfach erst bewusst gewordene ganze Ausmaß der Übernahme (bzw. der sogenannten „Integration“) einst bedingungslos der SED-Diktatur ergebener Systemträger (nicht nur in den Polizeidienst) als offenbar unverzichtbare Funktionsträger im heutigen demokratischen Staatswesen haben dem Vorhaben zusätzliche Aktualität verliehen, denn die MfS-Auflösungen im Dezember 1989 waren vom Selbstverständnis der Akteure getragen, hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern des SED-Unterdrückungsapparates endlich das Hand-

werk zu legen, nicht aber davon, das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat durch nahtlose Karrieren einstiger Stasi-Mitarbeiter bzw. durch das Beharrungsvermögen sogenannter SED-Eliten und ihrer Block-Vasallen in Frage zu stellen. Noch weniger war bei der Geburt der Projektidee im Sommer 2008 abzusehen, in welcher bundesweit Schlagzeilen liefernden politischen Konstellation sich das Land Brandenburg im Herbst 2009 befinden würde.

Damit erhielt die mit Dr. Müller-Engbers (1990–92 Pressesprecher der Fraktion Bündnis 90 im Landtag in Brandenburg) eingeleitete abschließende Podiumsdiskussion am 5. Dezember 2009 zum Thema: „Wie gehen wir mit dem Stasi-Erbe nach 20 Jahren um?“ nicht nur tagespolitische Eigendynamik. Dem gleichen Autor war ein Jahr zuvor mit seinem Artikel zum „Brandenburger Schweigekartell“ in der offiziellen Landesbroschüre zum Themenjahr „Gleichheit. Freiheit. Brandenburg.“ offenbar eine Vorsehung gelungen.

Denn um wie viel hemmungsloser und massiver wäre die Durchdringung des gesellschaftlichen Lebens durch die sogenannten DDR-Eliten heute erst vorangeschritten, hätte die Aktenvernichtung im Dezember 1989 nicht gestoppt und damit noch der größte Teil des Stasi-Erbes gesichert werden können?

Manfred Kruczek
Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg e.V.
Gisela Rüdiger
Fördergemeinschaft „Lindenstraße 54“

Begrüßung

Ich begrüße Sie alle recht herzlich zur heutigen gemeinsamen Veranstaltung des „Forums zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg e.V.“ und der Fördergemeinschaft „Lindenstraße 54“ zum 20. Jahrestag der Besetzungen der Stasi-Zentralen.

Diese vor Monaten geplante Veranstaltung soll ein weiterer Stein des Erinnerns sein; des Erinnerns an die unsägliche Zeit der Stasi-Bespitzelung und an den Mut, den am 4. und 5. Dezember 1989 und schon zuvor viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt Potsdam bewiesen haben, die Diktatur und Unterdrückung durch die SED nicht mehr ertragen wollten. Dass diese Veranstaltung jetzt eine solche Brisanz und Aktualität erhält, war uns bei der Vorbereitung nicht bewusst, wenn gleich uns klar war, dass die Aufarbeitung der SED-Diktatur erst am Anfang steht. Wie könnte es auch anders sein? Denn – ich zitiere den Ministerpräsidenten: „Es hat in Brandenburg seit 1990 im Brandenburger Landtag keine systematische Stasi-Überprüfung aller Abgeordneten mehr gegeben, und das war ein Fehler!“ Und ich füge hinzu, dass bisher noch nicht einmal eine Rechtsgrundlage hierfür geschaffen worden ist, während zum Beispiel im öffentlichen Dienst alle eine Erklärung dazu abgeben mussten, ob sie mit dem MfS und seinen Untergliederungen zusammengearbeitet haben oder Kontakt hierzu hatten. Nun soll das, 20 Jahre nach dem Ende der DDR, für die Abgeordneten des Landtages, also unsere Volksvertreter, nachgeholt werden.

Wie wichtig das auch heute noch ist, zeigen die letzten Wochen, in denen immer neue Fälle von Stasi-Verstrickungen bekannt wurden, die dann zu teilweise abstrusen Erklärungen und Verklärungen führten. Es wird Schritt für Schritt immer nur soviel zugegeben, wie nach den in den Medien offen gelegten Dokumenten nicht mehr zu leugnen ist. Sie nehmen aber für sich stets eins in Anspruch: „Falls ich für die Stasi tätig gewesen sein sollte, bin ich mir sicher, dass ich niemandem geschadet habe.“ Und sie berufen sich darauf, dass sie ja in demokratischer Wahl in ihr Amt berufen worden seien. Dass sie zumindest einen großen Teil ihrer Wähler getäuscht haben, wird ebenso verdrängt wie die Schuld, die sie damals durch die Bespitzelung von Mitbürgern, Kollegen und Freunden auf sich geladen haben. Ihre Erinnerungslücken sind auch nicht glaubhaft. Wer sich damals zu einer Mitarbeit beim MfS verpflichtete, musste nicht etwa nur einen vorgefertigten Text unterzeichnen, ihm wurde ein in der Regel einseitiger Text in die Feder diktiert, in dem er sich zur konspirativen Zusammenarbeit und zur Verschwiegenheit gegenüber jedermann, selbst der Familie, ausdrücklich verpflichten musste. Hinzu tritt, dass er sich einen Decknamen wählen musste, unter dem er seine Berichte verfasste. Es wurde also ein Vertrag mit dem MfS geschlossen, bei dem die Allgemeinen Geschäftsbedingen nicht im Kleingedruckten auf der Rückseite standen und überlesen werden konnten. Ein solches Ereignis der Rekrutierung für

die Stasi kann man nicht einfach vergessen haben, ganz gleich wie oft man sich mit seinem Führungsoffizier, oft auch in konspirativen Wohnungen, getroffen und wie viele Berichte man geschrieben hat. Hoffen wir also auf einen erfolgreichen Neustart, dieses Mal aber in geordneter Startaufstellung.

Beim 1. Potsdamer Mauerverlauf am 8. November 2009 habe ich Bezug nehmend auf den Appell zur Versöhnung auf Richard von Weizsäcker und Angela Merkel verwiesen: Eine gute Zukunft braucht eine klare Erinnerung! und Wir sind es den Opfern schuldig, dass die Vergangenheit nicht verdrängt wird!

Heute möchte ich es um ein Zitat von Matthias Platzeck aus seiner gestrigen Landtagsrede ergänzen: „Der offene und kritische Umgang mit früheren Fehlern ist ebenso notwendig wie die Übernahme von Verantwortung für verursachtes Leid in Missachtung von Freiheit und Demokratie.“

Dieser Versöhnungsprozess steht in Brandenburg allenfalls am Anfang. Die Vergangenheit ist noch nicht bewältigt. Die schonungslose und uneingeschränkte Ermittlung der Wahrheit ist dabei ein unverzichtbarer Bestandteil der Vergangenheitsbewältigung. Hier sehen wir im Land Brandenburg durchaus noch Handlungsbedarf. Auch 20 Jahre nach dem Fall der Mauer hat das Land Brandenburg als einziges neues Bundesland immer noch keinen Landesbeauftragten für die Aufarbeitung und Bewältigung der SED-Diktatur.

Die Außenstelle der Stasiunterlagenbehörde in Potsdam ist Ende 2008 geschlossen worden, obwohl die Anträge wieder steigen. Pläne, hier in der Lindenstraße zumindest eine Anlauf- und Beratungsstelle für die Opfer einzurichten, kommen nicht von der Stelle.

Ich zitiere nochmals aus meiner kurzen Ansprache beim 1. Potsdamer Mauerverlauf: „Zu der vorschnell angemahnten Versöhnung gehören zwei Seiten, nämlich die, denen Unrecht geschehen ist und die, die dieses Unrecht mit zu verantworten haben. Mir fehlt bisher ein klares Bekenntnis der letzteren für das Unrecht, dass sie anderen angetan haben. Wenn überhaupt bitten sie nur um Verständnis, weil sie noch so jung und verführbar oder gar von der guten Sache überzeugt waren. Oder sie haben ohnehin alles verdrängt und in ihrem Sinne zurechtgelegt.“

Dabei geraten die Opfer schon wieder in den Hintergrund. Ich wünsche mir ein klares und unmissverständliches Eingestehen von Schuld und eine Entschuldigung bei den Betroffenen verbunden mit der direkt an sie gerichteten Bitte um Vergebung. Denn nur sie, nicht wir oder die Obrigkeit, können vergeben. Eine obrigkeitlich verordnete Vergebung wäre eine Begnadigung oder Amnestie, für die im Übrigen auch ein klares Eingeständnis eines Fehlverhaltens gefordert werden könnte.“

Abschließend ein paar Informationen: Im November 1989 waren in der Bezirksverwaltung Potsdam insgesamt 3926 hauptamtliche Mitarbeiter tätig. Damit war Potsdam die personen-

stärkste Bezirksverwaltung des MfS. Diesen hauptamtlichen Mitarbeitern standen nach eigenen Unterlagen des MfS 9633 inoffizielle Mitarbeiter (IM) zur Seite. Die schon begonnene Vernichtung der Stasi-Unterlagen wurde durch die Besetzung gestoppt. Ca. 5000 laufende Meter Unterlagen des MfS gingen 1990 in die Obhut der Stasi-Unterlagenbehörde über. Leider befindet sich diese, wie erwähnt, nicht mehr in Potsdam. Es besteht dennoch auch heute noch begründete Hoffnung, dass so manche verschwiegene Zusammenarbeit aufgedeckt werden kann.

Ich danke den Initiatoren dieser Veranstaltung, Gisela Rüdiger und Manfred Kruczeck sowie Frau Faber-Schmidt vom Kulturland Brandenburg, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, der Mittelbrandenburgischen Sparkasse und der Ostdeutschen Sparkassenstiftung sowie der Stadt Potsdam, die uns in unserem Bemühen, wie schon oft, unterstützt haben.

Potsdam, 5. Dezember 2009

Claus Ladner
Vorsitzender der Fördergemeinschaft „Lindenstraße 54“

Vorbemerkung

Allen Autorinnen und Autoren standen die zu Beginn des Projekts von Manfred Kruczek erarbeiteten *Vergleichsmerkmale bei den Besetzungen von MfS-Bezirks- bzw. Kreisdienststellen im (heutigen) Land Brandenburg* zur Verfügung. Diese lauten wie folgt:

1. **Initiatoren der Besetzung**
2. **Zeitliche Abläufe bei der Besetzung zwischen dem 4.–6. Dezember**
3. **Kooperationspartner (Polizei, Staatsanwaltschaft, Sonstige)**
4. **Vorgehensweise (Einlass- und Ausgangskontrollen, Versiegelung usw.)**
5. **Bildung des lokalen Bürgerkomitees (Initiatoren, Zusammensetzung)**
6. **Arbeitsweise des lokalen Bürgerkomitees (Geschäftsordnung, bes. Regelungen, Sitzungsprotokolle, Kompetenzen, Anzahl der Sitzungen usw.)**
7. **Kooperation Bürgerkomitee/Bevölkerung (Ansprechpartner für Anzeigen, Büro mit Sprechzeiten, Öffentlichkeitsarbeit)**
8. **Aufgaben des Bürgerkomitees (Stasi-Auflösung, Aktensicherung, Stasi-Objektliste, Anzeigen Amtsmissbrauch/Korruption, Stabilisierung kommunaler Strukturen, Versorgungsfragen)**
9. **Verhältnis Bürgerkomitee zu Runden Tischen bzw. staatlichen Organen, wie Räte der Bezirke bzw. Kreise, Stadtverordnetenversammlung**
10. **Kooperationsebene Bürgerkomitee/Beauftragte der Modrow-Regierung**
11. **Informationen über IM's im Bürgerkomitee**
12. **Positionierung des Bürgerkomitees zu einer möglichen Vernichtung der gesicherten Stasi-Unterlagen**
13. **Zusammenarbeit zwischen Bürgerkomitee und den damaligen Presseorganen**
14. **Erwähnenswerte Ergebnisse des Bürgerkomitees (z.B. wann MfS-Entwaffnung abgeschlossen, durch wen kontrolliert, Aufdeckung konspirativer Stasi-Objekte, Strafanzeigen u.ä.)**
15. **Vorhandene Nachweise (Protokolle, Abschlussberichte etc. zur Wirksamkeit des Bürgerkomitees, wann Einstellung der Arbeit)**

Entstanden sind die Fragestellungen dieser Synopse zu den Vergleichsmerkmalen aus einem Abgleich der mündlich abgegebenen Tagungsberichte über die Auflösung aller 15 MfS-Bezirksverwaltungen im Rahmen einer vom 4.–6. Dezember 2004 in Leipzig stattgefundenen Konferenz zu diesem Thema. Die Synopse sollte als Leitfaden für die schriftliche Fassung der Gesprächsbeiträge dienen, in erster Linie aber eine bessere Vergleichbarkeit der Abläufe ermöglichen. Für mehrere Projektorte liegt sowohl eine Schilderung in Berichtform als auch eine an die Vergleichsmerkmale angepasste Darstellung vor.

Die Besetzung der MfS-Bezirksdienststelle in Frankfurt (Oder)

1. Initiatoren der Besetzung

Die Besetzung der Stasi-Bezirksverwaltung in der Otto-Grotewohl-Straße (heute Robert-Havemann-Straße) in Frankfurt (Oder) hat, wie andernorts, eine Vorgeschichte. Auch hier formierte sich im Herbst die oppositionelle Bürgerbewegung, die ihre Aktivitäten allmählich von innen nach außen richtete. Beispielsweise bot der ökumenische Pauluskreis, der mit Wissen und Einverständnis der katholischen Gemeinde der Stadt zusammenkam, der kirchlichen Opposition eine Plattform. Über den Pauluskreis existierten Kontakte zur Leipziger Bürgerbewegung. Andere Zentren der Oppositionsbewegung waren das evangelische Wichernheim, das Halbleiterwerk, aber auch die Ärzteschaft des Bezirkskrankenhauses. Eine zufällige Begegnung der Frankfurterin Renate Schubert, Krankenschwester im Wichernheim, mit dem Eisenhüttenstädter Rechtsanwalt Rolf Henrich, Mitbegründer des Neuen Forums, führte im Oktober 1989 zur Gründung einer Basisgruppe in Frankfurt. Etwa 50 Bürger kamen zu deren Treffen zunächst im Haus von Renate Schubert zusammen. Von der evangelischen Kirche erhielt das Neue Forum die Zusage, einen Raum für eine erste öffentliche Veranstaltung zur Verfügung zu stellen. Zu dieser Veranstaltung am 18.10., die unter dem Motto „Ohne Gewalt – für Demokratie und Freiheit“ stand, kamen etwa 1300 Bürgerinnen und Bürger. Gerechnet hatten die Organisatoren mit höchstens 200, zumal sich die Einladung zu dieser Veranstaltung noch ohne einen gedruckten Aufruf verbreiten musste. Statt wie geplant im Gemeindesaal fand die Versammlung in der Georgenkirche statt, es sprach unter anderem Rolf Henrich.

Obwohl noch nicht offiziell zugelassen, traf sich das Neue Forum weiterhin, es bekam Räumlichkeiten im Wichernheim zur Verfügung gestellt. Ein etwa 25-köpfiger provisorischer Sprecherrat wurde gebildet, für den 1. November eine große Kundgebung und Demonstration geplant. Mindestens 30.000 Menschen folgten dem Aufruf zum gewaltfreien Protest. Auf Transparenten wurden Forderungen nach freien Wahlen, Wehrersatzdienst, Zulassung des Neuen Forums, einer Bildungsreform laut, auch die Losung „Stasi in die Produktion!“ war auf Plakaten zu lesen. Spätestens ab diesem Zeitpunkt war die SED-Bezirksleitung in die Defensive gedrängt. Am 8. November erreichte das Neue Forum seine Zulassung, am gleichen Tag trat die SED-Bezirksvorsitzende Christa Zellmer zurück. Am 19.11. fand die Demonstration der Künstlerverbände und Kulturschaffenden mit 10.000 Beteiligten statt. Am 29.11. folgten die Frankfurter Bürgerinnen und Bürger erneut einem Aufruf des Neuen Forums zur Demonstration in der Frankfurter Innenstadt.

Auf der Demonstration am 29.11., mit ca. 25.000 Teilnehmern der zweitgrößten der Friedlichen Revolution in Frankfurt, überreichte Christian Gehlsen vom Neuen Forum der Stasi-

Bezirksleitung eine Resolution, in der Gespräche mit der Stasi-Leitung, Stopp der Aktenvernichtung, Offenlegung der Haftbedingungen und Gespräche mit Gefangenen gefordert wurden. Als Ultimatum wurde der 10.12. genannt.

Über die Kontakte des Neuen Forums nach Leipzig waren die Frankfurter über die dortigen Entwicklungen informiert. Auch drangen Gerüchte über den Transport von Archivmaterialien nach Rumänien nach Frankfurt. Die Besetzung der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit erfolgte am 5. 12. schließlich als ungeplante und unkoordinierte Reaktion zweier Kollegen im Wichernheim, die sich beide seit Anfang Oktober im Neuen Forum engagiert hatten, auf telefonische Mitteilungen am Morgen dieses Tages, in denen es hieß, dass nachts Lastkraftwagen aus dem Stasi-Gebäude herausfahren würden. Christian Gehlsen, der diese Anrufe an seinem Arbeitsplatz im Wichernheim entgegengenommen hatte, informierte seine Kollegin Marianne Kowoll, die wiederum umgehend Staatsanwaltschaft und Volkspolizei benachrichtigte, dass aus der Stasi-Zentrale vermutlich Akten weggebracht würden. Gegen 9.30 Uhr wurde Clemens Hansch (ebenfalls Mitglied im Neuen Forum) im Institut für Halbleiterphysik telefonisch verständigt, der sich mit ca. 10 Kollegen auf den Weg zur Stasi-Zentrale machte. Initiatoren der Besetzung waren also auch in Frankfurt die von dem Berliner Historiker Kowalcuzk in seiner Publikation „Das Endspiel“ so treffend charakterisierten „beherzten Bürger“, die im entscheidenden Moment handelten.

2. Zeitliche Abläufe bei der Besetzung

Am 5.1.1989 gegen 10.30 Uhr fuhr Christian Gehlsen den Transporter des Wichernheims vor die Frankfurter Bezirkszentrale der Stasi. Vier Angehörige des Neuen Forums, unter ihnen Christian Gehlsen und Marianne Kowoll, verschafften sich Zutritt zu dem Gebäude. Alle wurden einzeln kontrolliert, jeder einzeln in einem Raum. Der Stellvertreter des Frankfurter Stasi-Chefs Oberstleutnant Weckener leugnete Aktenvernichtungen. Marianne Kowoll begab sich zurück ins Wichernheim und mobilisierte zusammen mit Renate Bauer die Frankfurter Bürgerbewegten mittels Telefonanrufen. Gegen 14.00 Uhr versammelten sich ca. 2.000 Frankfurter Bürger vor dem Stasi-Gebäude. Sie forderten, den Leiter des MfS-Bezirksamtes, Generalmajor Heinz Engelhardt, zu sehen. Engelhardt ließ schließlich 20 Bürgervertreter ins Haus – eine ad hoc gebildete Gruppe. Das Archiv und ein Rechner wurden in Augenschein genommen. Vieles deutete auf die Vernichtung von Unterlagen hin. Der Staatsanwalt Dr. Helmut Meckert versiegelte Räume, die aber am nächsten Morgen wieder aufgebrochen waren. Zusammen mit der Volkspolizei wurden Tag- und Nachtwachen eingeteilt, die vor den zwei an der Straße liegenden Toren und dem hinteren Tor postiert waren. Eine Wache der Volkspolizei wurde vor dem Haupttor installiert. Es konnte aber dauerhaft keine wirksame Kontrolle über das große Gebäude mit seinen vielen Ein- und Ausgän-

gen erreicht werden, ebensowenig wie über die wahrscheinlich mehr als 1000 hauptamtlichen Beschäftigten der Stasi, die auch in der Zeit nach der Besetzung wie gewohnt zum Dienst in das Gebäude kamen.

Am 6.12. erhielt das Neue Forum einen Hinweis, wahrscheinlich von Stasi-Mitarbeitern selbst, auf eine immer noch arbeitende Papierverkollerungsmaschine in den Garagen des Fuhrparks des Wachregiments hinter dem Hauptfriedhof der Stadt. Ulrich Schröder und Lothar Tanzyna, beide Neues Forum, besichtigten den Garagenkomplex und fanden Verkollerungsmaschinen sowie einen meterhohen Haufen vernichtetes Papier. Die Verkollerungsmaschine wurde versiegelt. Ebenfalls an diesem Tag hatten Mitglieder des Neuen Forums ein Gespräch mit Oberstleutnant Weckener. Das Haupthaus wurde von bewaffneten Stasi-Offizieren bewacht, die Unterhändler wurden lange im Gebäude festgehalten, das Gespräch verlief letztlich ergebnislos. Das Neue Forum war nicht Herr der Lage und musste nach zwei Tagen, als sich kaum noch Frankfurter Bürger bereit erklärten, nachts vor der Stasi Wache zu halten, die Bewachung einstellen.

Am 8.12. schrieben Mitarbeiter des Amtes für Nationale Sicherheit an den Präsidenten der Volkskammer, den Vorsitzenden des Ministerrats und andere. Sie forderten die „sofortige Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des Amtes“ und die „Vernichtung aller Akten, die mit der falschen Sicherheitskonzeption in Zusammenhang zu bringen sind unter Aufsicht autorisierter Gremien“.

Am 9.12. 0.00 Uhr stellten alle Kreisämter für Nationale Sicherheit im Bezirk Frankfurt ihre Tätigkeit ein.

Am 10.12. fand ein Gespräch von Mitarbeitern des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Frankfurt/Oder (Presseoffizier Hoffmann, Oberstleutnant Weckener) sowie dem Regierungsbeauftragten Jürgen Grajcarek mit 70 Frankfurter Bürgern statt. Dabei entschuldigte sich Weckener für Fehler.

3. Kooperationspartner (Polizei, Staatsanwaltschaft, Sonstige)

Staatsanwaltschaft und Volkspolizei waren von Anfang an einbezogen. Mit der Volkspolizei war das Neue Forum wegen der stattfindenden Demonstrationen schon vor Wochen eine Sicherheitspartnerschaft eingegangen. Die Volkspolizei trug erfolgreich dazu bei, dass der Frieden gewahrt blieb. Zur Staatsanwaltschaft bestand zum Teil erbitterte Gegnerschaft.

4. Vorgehensweise (Einlass- und Ausgangskontrollen, Versiegelung)

Wie unter 2. beschrieben. Die Bürgervertreter hatten keine Chance, den großen Komplex und seine Beschäftigten zu kontrollieren, es gab zum Beispiel keine Pläne zur Orientierung. Kontrollen der Stasi-Mitarbeiter beim Eintreten oder Verlassen des Gebäudes hat es nicht gegeben, so

dass vermutlich auch nach der Besetzung noch Papiere (möglicherweise sogar Waffen) aus dem Gebäude entfernt worden sind.

5. Bildung des lokalen Bürgerkomitees (Initiatoren, Zusammensetzung)

Ab dem 7. 12. tauchte als Regierungsvertreter Jürgen Grajcarek auf, der den Regierungsbeschluss mitbrachte, die Akten seien zu vernichten. Dagegen wurde Einspruch erhoben und letztlich ein Bürgerkomitee gegründet, zu dessen Aufgaben auch die Überführung der Unterlagen aus den Kreisdienststellen nach Frankfurt (Oder) gehörte. Von Seiten des Neuen Forums arbeiteten Christian Gehlsen, Dieter Just, Herr Ebert und Rosemarie Fuchs mit. Besonders problematisch wurde später die Tätigkeit von Rosemarie Fuchs, die am 6.12. auf einer Versammlung von ca. 200 Bürgervertretern im Kinosaal der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit ihr Mandat erhielt. Sie betrieb die Stasi-Auflösung bald hauptamtlich und in enger Kooperation mit den Stasi-Mitarbeitern. Schon ab ca. Mitte Dezember genoss sie nicht mehr das Vertrauen des Sprecherrates des Neuen Forums. Mehrere Versuche, sie zurückzuziehen, scheiterten.

Die konstituierende Sitzung der Koordinierungsgruppe Frankfurt (so der Name des Frankfurter Bürgerkomitees) fand erst am 19.01. unter der Leitung des Regierungsbeauftragten Jürgen Grajcarek statt. Jede Partei war berechtigt, eine Person zu entsenden, darüber hinaus gehörten der Koordinierungsgruppe Vertreter von Polizei und Staatsanwaltschaft an. Die vom Runden Tisch [erster Runder Tisch in Frankfurt (Oder) am 19.12.] benannten kirchlichen Vertreter wurden zunächst nicht eingeladen, konnten aber nach kurzfristiger Benachrichtigung durch den Generalsuperintendenten Esselbach, Vorsitzender des Runden Tische des Bezirks, doch noch teilnehmen. Die Koordinierungsgruppe stimmte die Arbeit der fünf Arbeitsgruppen ab, die am Auflösungsprozess mitwirkten.

6. Arbeitsweise des lokalen Bürgerkomitees (Geschäftsordnung, bes. Regelungen, Sitzungsprotokolle, Kompetenzen, Anzahl der Sitzungen usw.)

Wahrscheinlich sind vom Bürgerkomitee Protokolle angefertigt worden, die jedoch vermutlich nicht erhalten sind. Die Koordinierungsgruppe tagte wöchentlich einmal und legte jedes Mal einen ca. halbstündigen mündlichen Rechenschaftsbericht ab.

7. Kooperation Bürgerkomitee/Bevölkerung (Ansprechpartner für Anzeigen, Büro mit Sprechzeiten, Öffentlichkeitsarbeit)

Am 28.12. wurde in der Presse die Einrichtung einer Rehabilitationskommission bekannt gegeben. Der Runde Tisch der Stadt hatte den Beschluss dazu gefasst. Unter Zusicherung der Vertraulichkeit konnten Bürger, die den Wunsch nach Rehabilitation hatten, in die samstäglichen

Sprechstunden (8.00-18.00 Uhr im Haus der Demokratie) kommen und ggf. juristische Beratung in Anspruch nehmen. Diese Einrichtung fand regen Zuspruch, viele brachen zum ersten Mal ihr jahrelanges Schweigen über Verfolgung und Bedrohung. Die Rehabilitierungskommission arbeitete bis Ende April und dokumentierte insgesamt 154 Fälle. Die Mitschriften dieser Gespräche existieren noch und befinden sich zurzeit in privatem Besitz.

8. Aufgaben des Bürgerkomitees (Stasi-Auflösung, Aktensicherung, Stasi-Objektliste, Anzeigen Amtsmissbrauch/Korruption, Stabilisierung kommunaler Strukturen, Versorgungsfragen)

Die Koordinierungsgruppe arbeitete in fünf Arbeitsgemeinschaften: AG Objekte, AG Kader, AG Sicherheitspartnerschaft, AG Akten/Unterlagen und AG Verflechtung. Zur AG Akten/Unterlagen gehörten zwei Offiziere der Kriminalpolizei, zwei Offiziere der Volkspolizei, ein Mitglied der Bezirksstaatsanwaltschaft, ein Mitarbeiter des Zentralen Staatsarchivs Potsdam sowie in wechselnder Anzahl Frankfurter Bürger, die sich für diese Arbeit freistellen ließen oder von Einrichtungen delegiert wurden. Die Aufgabe der AG Akten/Unterlagen bestand hauptsächlich in der Umlagerung von Akten, die am 23.03. abgeschlossen war. Roland Totzauer war zeitweilig der einzige Bürgervertreter in diese AG. Alle in die Arbeit des Bürgerkomitees eingebundenen Personen waren zeitgleich tätig in den Gremien des Neuen Forums, die sich zum Beispiel in ihren Arbeitsgemeinschaften Verkehr, Wirtschaft, Recht, Bildung etc. um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Versorgung sowie um neue Grundlagen für den Aufbau der kommunalen Strukturen sorgte.

9. Verhältnis Bürgerkomitee zu Runden Tischen bzw. staatlichen Organen, wie Räte der Bezirke bzw. Kreise, Stadtverordnetenversammlung

Am 16.01. berichtete der Regierungsbeauftragte Jürgen Grajcarek am Runden Tisch des Bezirks von der Auflösung der Staatssicherheit. Generalsuperintendent Esselbach forderte die weitere Beteiligung von Bürgern und der Öffentlichkeit.

Der Runde Tisch des Bezirks Frankfurt (Oder) nahm am 6.02. den Zwischenbericht von Rosemarie Fuchs, Jürgen Grajcarek und H. Ammer (Rat des Bezirks) zur Auflösung des Bezirksamts für Nationale Sicherheit entgegen.

10. Kooperationsebene Bürgerkomitee/Beauftragte der Modrow-Regierung

Die Zuständigkeit des Regierungsbeauftragten Jürgen Grajcarek und der staatlichen Organe wurde nie in Zweifel gezogen. Da die Stasi-Mitarbeiter zudem stets den Anschein erweckten, sich

diszipliniert und korrekt zu verhalten und sich an Strukturen und Befehle hielten, war absurderweise ein gewisses Vertrauen in ihre Tätigkeit vorhanden.

11. Informationen über IM's im Bürgerkomitee

Bereits im Oktober 1989 waren zwei Spitzel der Staatssicherheit enttarnt worden, die sich beim Neuen Forum eingeschlichen hatten. Abgesehen davon sind IM, die es wohl gegeben hat, die aber auch nach Aussagen der Zeitzeugen als solche leicht zu identifizieren waren, von den Frankfurter Bürgerbewegten nie als Bedrohung empfunden worden. Bis heute ungeklärt ist allerdings die Rolle der stellvertretenden Leiterin der Koordinierungsgruppe Rosemarie Fuchs und ihr Verhältnis zur Staatssicherheit. Auch Rosemarie Fuchs, Ingenieurin im Halbleiterwerk, war Mitglied des Neuen Forums der ersten Stunde und eine der Stasi-Besetzerinnen. Auf Vorschlag von Pfr. Gehlsen, der ihren Namen bei der Abstimmung im Kinosaal am 6.12. ins Spiel brachte, arbeitete sie im Kreis derjenigen mit, die von Seiten des Neuen Forums die Stasi-Auflösung koordinierten. Auffällig war, dass sie relativ zeitnah zur Stasi-Besetzung ihre Tätigkeit im Halbleiterwerk aufgab, um sich hauptamtlich der Stasi-Auflösung zu widmen, während es für andere nicht möglich war, sich für diese Tätigkeit freistellen zu lassen. Schon Mitte Dezember gab es wegen ihrer engen Kontakte zu Stasi-Leuten ernsthafte Zweifel an ihrer Aufrichtigkeit. Erste Versuche seitens des Neuen Forums, sie zurückzuziehen, scheiterten allerdings. An der ersten Sitzung des Bürgerkomitees am 18. Januar 1990 nahm sie nach eigenen Angaben als Delegierte des Neuen Forums Frankfurt für das „DDR-weite Bürgerkomitee“ teil, das es in dieser Form nie gegeben hat. Auch Personen, die sich zum Zweck der Stasi-Auflösung zum ersten Mal in Frankfurt einfanden, beispielsweise der vom Runden Tisch nominierte Kirchenvertreter Justus Werdin, fielen bei dieser Gelegenheit ihre teilweise sonderbaren Positionen auf. Werdin berichtet, dass die Mitarbeiter in der Koordinierungskommission eines Tages davon überrascht wurden, dass Frau Fuchs mit dem Bezirksstaatsanwalt im Schlepptau anrückte, der die Mitglieder der Kommission für ihr Aktenstudium unter Geheimnisschutz nehmen sollte. Als Angehörige der Kommission dieses mit dem Hinweis ablehnten, dass dies der öffentlichen Kontrolle die Hände binden würde, wirkte Frau Fuchs konsterniert. Im Februar eskalierte die Situation, als Pfarrer Matthias Gürtler, ebenfalls als Kirchenvertreter in der Kommission, bei der Überprüfung der Altpapier-Verkollerungsmaschine einen Sack mit Akten sicherstellte. Gürtler erstattete Anzeige wegen Aktenvernichtung trotz ausdrücklichen Verbots. Es fanden Zeugenanhörungen statt. Trotz der Aussage einer Mitarbeiterin, die zu Protokoll gab, sie habe die Aufgabe gehabt, rote Aktendeckel mit Inhalt ungelesen auszusortieren und dass diese anschließend zerrissen worden seien, wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt. Die abschließende Feststellung lautete, die Akten seien versehentlich in die Verkollerungsanlage gelangt. Damit nicht genug: Frau Fuchs bekam auch noch die Schlüsselgewalt für das

Archiv. Nachdem Pfr. Gehlsen am 22.02.1990 von Frau Fuchs der Zutritt zum Archiv verwehrt wurde, kündigte er seine Mitarbeit auf und verlangte eine unabhängige Kontrolle der Koordinierungskommission, eine Forderung, die zu diesem Zeitpunkt nicht mehr durchzusetzen war. Im Mai 1990 ergriffen erneut Mitglieder des Neuen Forums eine Initiative, um Frau Fuchs an der weiteren Ausübung ihrer Tätigkeit zu hindern. Clemens Hansch und andere suchten sogar das Gespräch mit Peter-Michael Diestel, sie wurden jedoch abgewiesen. Der Innenminister war für die Anhänger des Neuen Forums aus Frankfurt (Oder) nicht zu sprechen. Frau Fuchs hatte bis zum 18. März 1991 (Einsatz von Hannelore Köhler durch die Gauck-Behörde) Zugang zum Archiv. Wegen der immer wieder gegen Frau Fuchs erhobenen Vorwürfe, sie habe Stasi-Akten vernichten lassen und mit ehemaligen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit zusammengearbeitet, leitete die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) 1993 gegen sie ein Verfahren wegen des Verdachts des schweren Gewahrsamsbruchs ein. Beweise für die Vorwürfe fanden sich nicht, die gerichtlichen Ermittlungsverfahren gegen Frau Fuchs wurden Anfang 1995 endgültig eingestellt.

Jürgen Grajcarek war Offizier im besonderen Einsatz (OibE) des Ministeriums für Staatssicherheit.

12. Positionierung des Bürgerkomitees zu einer möglichen Vernichtung der gesicherten Stasi-Unterlagen

Erklärtes Ziel des Bürgerkomitees war von Anbeginn, die Akten zunächst zu sichern, eine weitere Vernichtung zu unterbinden sowie später Akteneinsicht zu gewähren und die Aufarbeitung der DDR-Geschichte überhaupt zu ermöglichen. Einige wenige erhoben ihre Stimmen, die ihre Akte vernichtet wissen wollten. Im Gegensatz zu der Forderung der Mehrheit nach Sicherung und Archivierung der Akten stand natürlich die Entdeckung fortgesetzter Aktenvernichtung während einer Sitzung der Koordinierungskommission am 15. Februar 1990. Matthias Gürtler konnte mehrere Säcke mit Akten sicherstellen, die vor der Verkollerungsmaschine standen. Die Stasi-Offiziere behaupteten in der daraufhin anberaumten Sitzung, dass nur doppelte Akten vernichtet würden. Die Kommission legte daraufhin die Doppelversiegelung aller Aktenräume fest und stellte einen Misstrauensantrag gegen Staatsanwalt Strunk. Die Aktenvernichtung wurde durch die Kriminalpolizei Frankfurt (Oder) untersucht (Akte 256/90).

13. Zusammenarbeit zwischen Bürgerkomitee und den damaligen Presseorganen

Am 6. Dezember 1989 berichtete die Bezirkszeitung „Neuer Tag“ über die „Besichtigung“ des Bezirksamts durch Bürgervertreter, am 9. Dezember über die Einstellung der Tätigkeit der Kreisämter für Nationale Sicherheit. Eine aktive Zusammenarbeit zwischen Bürgerkomitee und Presse

hat es nicht gegeben, das Neue Forum konnte allerdings erreichen, dass ihm eine eigene Seite im „Neuen Tag“ zur Verfügung gestellt wurde („Unsere Seite“), die zum ersten Mal am 20.12. erschien. Christian Gehlsen veröffentlichte darin seinen Artikel „Stasi in die Volkswirtschaft“, in dem er sich, legitimiert vom Neuen Forum, als Gesprächspartner für Opfer der Stasi, aber auch für die ehemaligen Stasimitarbeiter, die einen „neuen Weg ins Leben suchen“, zur Verfügung stellte. Eine Meldung über die Hintergründe des Ausscheidens von Christian Gehlsen aus der Koordinierungsgruppe zur Stasi-Auflösung wurde von der Tageszeitung „Neuer Tag“ später verweigert.

14. Erwähnenswerte Ergebnisse des Bürgerkomitees

In den ersten Tagen der Besetzung trafen viele Meldungen über enttarnte konspirative Stasi-Objekte ein, zu denen man sich Zutritt verschafft hatte.

Am 5.01.1990 und in den folgenden Tagen erfolgte die Übernahme der Waffen und Munition des Bezirksamts für Nationale Sicherheit und aller Kreisämter für Nationale Sicherheit durch die Volkspolizei.

15. Vorhandene Nachweise (Protokolle, Abschlussberichte etc. zur Wirksamkeit des Bürgerkomitees, wann Einstellung der Arbeit)

Roland Totzauer, der anstelle von Christian Gehlsen ab Ende Februar 1990 in der „Koordinierungsgruppe zur Auflösung des AfNS im Bezirk Frankfurt“ mitgearbeitet hatte, übergab die in seinem Besitz befindlichen Protokolle im Jahr 2006 der BStU Außenstelle Frankfurt/Oder.

Heike Roth

Stand:

5.12.2009, bearbeitet von Heike Roth aufgrund von Zeitzeugenberichten (Renate Bauer, Christian Gehlsen, Clemens Hansch, Ulrich Schröder, Roland Totzauer, Hans-Dieter Wachner)

Literatur:

Gürtler, Matthias: Fuchs, du hast die Gans gestohlen. Die Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Frankfurt/Oder, in: 1989/90: Auflösung der DDR-Staatssicherheit. Ein zentrales Ereignis der Friedlichen Revolution. Materialien zur Tagung in der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ in Leipzig 3.12.–5.12.2004, S. 21-23.

Kusch, Reinhard: Kollpas ohne Agonie, Frankfurt (Oder) 1999.

Nitsche, Sybille: Sturm auf die Stasi-Festung, in Links, Christoph, Sybille Nitsche und Antje Tafelt (Hgg.): Das wunderbare Jahr der Anarchie. Von der Kraft des zivilen Ungehorsams 1989/90, Berlin 2004, S. 109-114.

Totzauer, Roland: Der heiße Atem der Geschichte. Aus dem Tagebuch eines MfS-Auflösers, in: Spiritus 1 (1990), S. 3-6.

Werdin, Justus (Hg.): Unter uns: Die Stasi. Berichte der Bürgerkomitees zur Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Frankfurt (Oder), Berlin 1990.

Die Besetzung der MfS-Bezirksbehörde und der MfS-Kreisdienststelle in Cottbus

1. Initiatoren der Besetzung

Bezirksbehörde sowie Kreisdienststelle: Dr. Peter Model, Sabine Bürger (heute: Sabine Bürger-Wüst), Gunnar Pflug, Dictus, Christoph Polster.

2. Zeitliche Abläufe bei der Besetzung

6.12.: Besetzung der Bezirksbehörde, Nordrand¹

7.12.: Auflösung der Kreisdienststelle, Uferstrasse²

3. Kooperationspartner

Bezirksstaatsanwaltschaft (Dr. Helbig), Volkspolizei

4. Vorgehensweise

Die Volkspolizei übernahm die Einlass- und Auslasskontrollen an den drei Wachposten. Der Zutritt war nur in Begleitung des Staatsanwaltes Helbig (der das Vertrauen des Bürgerkomitees hatte) und den jeweiligen diensthabenden Mitgliedern des Bürgerkomitees erlaubt. Der Staatsanwalt versiegelte die dem Bürgerkomitee übergebenen Räume.

5. Bildung des lokalen Bürgerkomitees

8.12.: Bildung des Bürgerkomitees (Bürger, Dictus, Fritschka, Polster) in einem Gremium Sicherheits-Partnerschaft (Einicke/Volkspolizei, Helbig/Staatsanwaltschaft, Hoffmann/Bezirksverwaltung der Volkspolizei, Sellvertreter f. Inneres des Bezirkes, Schulze/AfNS) unter der Leitung des für den Bezirk Cottbus eingesetzten Regierungsbeauftragten Dr. Neubert.

6. Arbeitsweise des lokalen Bürgerkomitees

8.12.: Zutritt zu den Räumen der Bezirksbehörde hatten: Vier Vertreter des Bürgerkomitees sowie Bartusch/Bezirk, Helbig/Staatsanwalt des Vertrauens, Schulz/AfNS, Neubert/Regierungsbeauftragter. Forderung: Offenlegung der Verantwortungsstrukturen, Sicherung der „Akten über Andersdenkende“. Während der Leiter des AfNS Schwanitz in Berlin der Presse erklärte, dass „Cottbus nicht mehr arbeitete“, erklärte das Bürgerkomitee (gegenüber den Medien), dass lediglich einige Sicherheitsmaßnahmen eingeleitet worden seien.

¹ siehe Weiß, Das Neue Forum und die Deutsche Forumpartei im Bezirk Cottbus, 1989/90. Brandenburger Historische Hefte Nr.15, hg. von der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, S. 159f.

² siehe Kalendereintragung und eigene Aufzeichnungen vom 7.12.89 und auch: ebenda, S. 160: hier sind auch die Auflösungen weiterer Kreisdienststellen festgehalten

12.12.: Weitere Sichtung und Sicherung der Bezirksbehörde, des „Nordrandes“. Die Situation vor Ort hatte chaotische Züge: Führung durch ein Raum-Labyrinth, wild verstreute Akten auf den Tischen, die Vernichtungsarbeit der MfS-Behörde wurde weiter betrieben.

13.12.: Klar ist auch, dass die geringe Zahl von Mitgliedern im Bürgerkomitee sich kaum gegen die Vernebelungstaktik und die undurchsichtigen Verhältnisse wehren konnte.³

14.12.: Das Bürgerkomitee im Gremium Sicherheits-Partnerschaft tagte zum zweiten Mal. Es sollten alle Dokumente, die ungerechtfertigter Weise über Bürger angefertigt worden waren, aussortiert werden. Sicherstellung, dass diese Arbeit beendet ist. Bürgerkomitee: Da die Überprüfbarkeit schwierig ist, sollte der Superintendent aus Hoyerswerda (Vogel) hinzugezogen werden.

4.01.: Der Abschlussbericht des Regierungsbeauftragten Neubert enthält die Passage, dass „(...) vorher aussortierte OPK-Akten (...) sofort vernichtet (...)“ werden sollen.⁴

Diese Situation konnte nur eintreten, weil die Zahl der Bürger in den Komitees zahlenmäßig zu gering waren und der Kontakt zum Zentralen Runden Tisch (ZRT) so wenig funktionierte, so dass man auf sich allein gestellt war. Denn erst am 3.01.1990 hatte der ZRT in Berlin die DDR-Regierung unter Modrow in einer turbulenten Sitzung aufgefordert, die Sicherheitskräfte zu entwaffnen und auf die Neubildung eines Sicherheitsdienstes zu verzichten.

5.01.: Gründung eines unabhängigen Bürgerkomitees (Pflug, Fritschka, Polster, mit der Erweiterung durch je ein Mitglied der LDPD, CDU, NDPD, SED-PDS, und DJ), das sich vom alten Apparat unabhängig machen wollte.

24.01.: Der Runde Tisch des Bezirkes Cottbus beriet den Stand der Auflösung des AfNS und nach Bekanntwerden immer wieder neuer Widersprüche und korruptionsähnlicher Vorkommnisse, die vom neuen Bürgerkomitee öffentlich gemacht wurden⁵, beschloss er, dass die Geheimdienststrukturen endlich beendet werden sollten und dass am 7.02. zu diesem Thema gesondert beraten werden soll. Das Bürgerkomitee forderte die Sicherung und die sichere Verwahrung der personenbezogenen Akten, nachdem es immer wieder Versuche zu deren Vernichtung gegeben hatte, und setzte sich mit dieser Forderung durch. Auch wurde ein Konzept für eine Betreuung möglicher seelischer Krankheiten bei ehemaligen MfS-Mitarbeitern beschlossen.

28.02.: Die Beseitigung des MfS/AfNS Cottbus wurde bekannt gegeben, 99,6% aller Mitarbeiter wurden entlassen, 39 Objekte und 212 der 284 Fahrzeuge wurden übergeben.

Jetzt wurde – nach Besichtigung durch Potsdamer Archivspezialisten – von den auf dem Gelände liegenden Bunkern derjenige ausgewählt, der optimale Bedingungen (keine Feuchtigkeit, angemessene Temperierung und Luftzirkulation) zum Schutz von zu sichernden Akten gewährleistet.

2.03.: Zubetonierung des Bunkers nach Verbringung der Akten und Bewachung durch die Volks-

³ ebenda

⁴ Tagesbericht des Regierungsbeauftragten Neubert am 4.01.1990, in: ebenda, S.162

⁵ siehe ebenda, S.164

polizei.⁶

7. Kooperation Bürgerkomitee/Bevölkerung

Die Mitglieder des Bürgerkomitees waren durch Funk und Presse im ganzen ehemaligen Bezirk bekannt. Dies führte zu einer besonders starken Nachfrage bei ihnen aus allen Teilen des Bezirkes. Durch die organisatorisch gut aufgebauten Strukturen war das Neue Forum mit einem hauptamtlichen Geschäftsführer darüber hinaus eine gute Adresse für Bürgerinnen und Bürger mit Anliegen und Problemen die Stasi betreffend. In Sprechstunden wurden viele Gespräche geführt.

11. Informationen über IM's im Bürgerkomitee

Im ehemaligen Bezirk Cottbus waren die IM's mit 1:119 Einwohnern am dichtesten am Spitzeln. Es mag am notorischen Sicherheitsbedürfnis der DDR gelegen haben, den Energie-Bezirk so zu sichern, dass nirgends in der Republik die Lichter ausgingen. Generell konnte dies auch an den Oppositionsgruppen nicht vorüber gehen, obwohl zu diesem Zeitpunkt die IM-Tätigkeit nur selten bekannt wurde.

Christoph Polster
Zeitzeuge

⁶ Fotografien zur Stasi-Auflösung in Cottbus:
http://www.weisflog.net/index.php?q=Stasi-Auflösung&fid=1&format=0&img_page=100

Die Besetzung der MfS-Bezirksdienststelle in Potsdam

Exakt nach 40 Jahren strikter Verweigerung ließen sich die SED-Spitzen erstmalig zum Dialog mit Andersdenkenden herab. Am 16. Oktober 1989 begannen dazu in Potsdam die so genannten Rathausgespräche. Seit Wochen war die SED in die Defensive geraten, ihr brutaler Polizeieinsatz gegen die Teilnehmer der Demonstration vom 7. Oktober 1989 in der Brandenburger Straße hatte die Rufe „Wir sind das Volk“ nur noch lauter werden lassen. Seit dem 4. November 1989 endete jede Potsdamer Protestdemonstration vor der MfS-Bezirksverwaltung in der Hegelallee mit „Stasi-raus!“-Rufen. Die Situation drohte zu eskalieren, als nicht nur rauchende Schornsteine Belege für die angelaufene Aktenvernichtung lieferten.

Am 3. Dezember 1989 traten das ZK der SED und das Politbüro unter Egon Krenz zurück. Am gleichen Tage rief das Neue Forum von Grünheide aus DDR-weit dazu auf, Kontrollgruppen zu bilden, denn Verantwortliche, wie z.B. Koko-Chef Schalck-Golodkowski, würden fliehen, Volksvermögen ins Ausland verbringen und die Stasi- (inzwischen Nazi-)Akten vernichten. Noch standen allein im Bezirk Potsdam 4000 Stasi-Kräfte unter Waffen und erwarteten seit Tagen den Angriff auf Mielkes Imperium. Jetzt stand die Machtfrage auf der Tagesordnung. Sollte die SED-Diktatur beseitigt werden, war die Auflösung ihres Garanten unausweichlich. Der 2. Teil der Friedlichen Revolution begann mit den Besetzungen der MfS-Dienststellen am 4. Dezember '89 z.B. in Rathenow, Erfurt und Leipzig. Nur in Berlin sollte sich der Apparat noch bis Mitte Januar 1990 am Leben halten. Vor der eigentlichen Besetzung in Potsdam intervenierte eine 6-köpfige Abordnung des Neuen Forums (Anette Flade, Heidrun Liepe, die beiden Forum-Erstunterzeichner Reinhard Meinel und Rudolf Tschäpe sowie Detlef Kaminski und Manfred Kruczek) bei Potsdams Oberbürgermeister Manfred Bille.

Ein apathisch wirkendes Stadtoberhaupt musste auf die Fragen der gerade in seine Amtsstube eingedrungenen Bürgerbewegten einräumen, weder Sicherungsmaßnahmen für Sachwerte und Akten eingeleitet zu haben, noch irgendeine Strategie zur Entschärfung der Stasi als nur wenige Meter entfernt tickende Zeitbombe zu verfolgen. Also stellte die (auf Rädern herbei geeilte) „Fahrrad-Fraktion“ die Weichen, forderte über die Oberbürgermeister-Telefonleitung Staatsanwaltschaft und Volkspolizei an, um legal die Stasi-Zentrale zu besetzen. Ein ohne Partei-Informationen hilflos reagierender Oberbürgermeister versuchte noch zaghaft, doch bitte vor einer Besetzung den Vorsitzenden des Rates des Bezirks Tzschoppe und Co. zu einem „Kleinen Parteitag“ zwecks Absegnung des weiteren Vorgehens einzuladen, akzeptierte aber sofort die eingeschlagene Marschrichtung. Und diese lautete: Besetzung der MfS-Zentrale durch Sperrung aller Tore, lückenlose Ein- und Ausgangskontrollen von Fahrzeugen und Personen sowie sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit MfS-Generalmajor Helmut Schickardt und Volkspolizei-

Oberstleutnant Griebisch. Wurden gegen 12.00 Uhr nur 3 Verhandlungsführer des Neuen Forums eingelassen, waren es gegen Abend Hunderte Potsdamer, die einen gnadenlos, das eigene Volk terrorisierenden Spitzel- und Unterdrückungsapparat jetzt gewaltlos lahm legten. Die Eindringlinge verhielten sich äußerst diszipliniert, verzichteten auf Plünderungen, ließen höchstens einige Aktenschnipsel als Trophäen mitgehen. Die sicher nicht unvorbereiteten Stasi-Kräfte traten nun nicht mehr als die stets homogen wirkende – unsichtbare – Front auf: Das Spektrum reichte von „lässig arrogant“ bis „aufgelöst in Endzeitstimmung“.

Manfred Kruczek schildert den Einzug in Mielkes einstiges „Heiligtum“ wie folgt: „Mein erster Weg führte – als ehemaliger Revisor wahrscheinlich instinktiv – in einen Kassenraum. Aufklärung über die Beschäftigungszahl der Bezirksbehörde erhielt unsere Besuchergruppe von den verstockt wirkenden Tschekisten ebenso wenig wie im Nachbarzimmer, das sich immerhin als Sitz der Kaderabteilung enttarnen ließ. Gesprächiger waren dagegen auf den Fluren lungernde, ihre Entlassung erwartende Berufsunteroffiziere. Einer von ihnen nahm mich ängstlich zur Seite, um mitzuteilen, dass bereits seit Wochen Aktenvernichtung sowie der Abtransport in die Dienststelle Geschwister-Scholl-Straße als Nacht- und Nebel-Aktion liefen. Die vielen leergeräumt vorgefundenen Tresore und Schränke bestätigten diese Information.

Schwieriger wurde es im nächsten Raum: Wir sechs Besucher standen sechs Stasi-Leuten gegenüber und übten uns im Beruferaten, um die Aufgabe dieser Dienst Einheit herauszufinden. Robert Lembke hätte an uns seine Freude gehabt: Mit weniger als 10 Fragen wurde dieser Trupp als Teil der Inneren Abwehr/Bereich Telefonüberwachung identifiziert. Ich sah das Ganze – nach inzwischen elf erfolglosen Telefonantragsjahren – eher leidenschaftslos. Im anschließenden Gruppengespräch gab sich das deprimiert wirkende Six-Pack als Ansammlung interessierter Techniker zu erkennen, deren Forscherdrang von der Stasi für kleine Schnüffeleien missbraucht worden sei.

Zu dieser Stunde mussten wir, da nun arbeitsteilig vorgegangen wurde, das Stasi-Gelände verlassen. Während die einen mit der systematischen Erfassung des noch üppig vorzufindenden Aktenmaterials begannen, Räume versiegelten und Technik sicherten, hatten andere die getroffene Verabredung mit den noch verbliebenen Spitzen der örtlichen Partei- und Staatsmacht einzuhalten.

So trafen sich am 5. Dezember 1989 gegen 14.00 Uhr bei Oberbürgermeister Bille die Verhandlungsführer Rainer Speer (SDP), Detlef Kaminski und Manfred Kruczek (beide Neues Forum) mit Herrn Tzschoppe als Vorsitzendem des Rates des Bezirkes Potsdam, mit dem Stadtrat für Inneres, dem Kreisstaatsanwalt und anderen, um einen kontrollierbaren Modus der Stasi-Auflösung zu vereinbaren.

Zwar beeilten sich die Restbestände der Staatsmacht zu erklären, wie intensiv man sich um die im Backwarenkombinat sichergestellten KoKo-Antiquitäten, Oldtimer oder selbst nach Klein-Briesen ausgelagerte Jagdwaffen gekümmert habe, doch scheiterte ihr Versuch, uns davon überzeugen zu wollen, man habe die Situation im Griff. Beim Neuen Forum von der Bevölkerung angezeigte, eilig verlassene konspirative Wohnungen, mysteriöse Transporte oder mögliche Waffenlager waren für uns ein Alarmsignal. Jetzt waren wir an der Reihe, die Spielregeln einer konsequenten Stasi-Auflösung zu bestimmen, und wir entschieden, welche Staats- und Kontrollorgane unter Regie der Bürgerbewegung wie zu funktionieren hatten.

Zur Koordinierung der Maßnahmen beschlossen wir an diesem Nachmittag, eine Art Kontrollrat einzurichten – das Bürgerkomitee „Rat der Volkskontrolle“ (RVK). Dieses Gremium, das vor allem den Schutz von Dokumenten und Sachwerten des Stasi-Imperiums gewährleisten sollte, „um die Durchführung von kriminellen Machenschaften und eine Verdunkelung ebensolcher Absichten durch die Vernichtung von Schrift- und Archivgut zwecks der Verfolgung solcher Handlungen zu verhindern“, konstituierte sich am nächsten Tag, dem 6. Dezember 1989. Neben der SED-PDS, den Blockparteien und den alten Massenorganisationen wirkten dabei durchgängig mit: Aktion Katholischer Christen, ARGUS, die Evangelische Kirche, das Neue Forum, der Ökumenische Kreis Arche, die SDP/SPD und der Verband der Berufssoldaten.

Die öffentliche Kontrolle der MfS-Auflösung war neben der Sicherung der normalen Lebensfunktionen Potsdams die vordringlichste Aufgabe. Dazu richtete der RVK beim Rat der Stadt ein ständig besetztes Kontaktbüro für die Entgegennahme von (insgesamt 566) Bürgerhinweisen auf vermutliche Stasi-Objekte, Amtsmissbrauch oder Korruption ein. Damit nichts unter den Tisch fallen konnte, war das Büro jeweils von einer etablierten Partei und einer bürgerbewegten Kraft besetzt. So musste es sich die CDU etwa gefallen lassen, vom „Sicherheitspartner“ Aktion Katholischer Christen kontrolliert zu werden.

Noch einmal kritisch wurde es am Tag nach der Konstituierung des RVK, am 7. Dez. '89. Stasi-Kräfte aus Passkontrollereinheiten hatten bereits am Morgen ein Flugblatt in Umlauf gebracht, worin sie eine sofortige Blockade des grenzüberschreitenden Verkehrs in Dreilinden und anderswo für den Fall androhten, dass sie die inzwischen vom Bürgerkomitee konfiszierte erkennungsdienstliche Technik nicht zurückerhalten würden. Die Drohung sollte – so ihre Absicht – über den Radiosender Potsdam verbreitet werden. Die Gegenmaßnahmen des Bürgerkomitees waren wirkungsvoll genug, diesen Versuch offenbar verzweifelter Stasi-Kräfte im Keim zu ersticken.

Nur langsam voran kamen wir dagegen mit unserem dringenden Anliegen, die komplette Liste der Stasi-Objekte im Bezirk Potsdam zu erhalten, um sie vollständig aufzulösen. Der von Ministerpräsident Modrow als Mitglied seiner Potsdamer Regierungskommission eingesetzte Sta-

si-Oberstleutnant Fremde erfand immer neue Ausreden. Ausgerechnet der uns damals zugeordnete Militärstaatsanwalt spielte mir diese Liste nach Wochen unter vier Augen zu. Er wollte, so gab er offenherzig zu, Pluspunkte für die neue Zeit sammeln. Anscheinend ging er davon aus, die Aktivisten der Friedlichen Revolution würden die zukünftigen Führungskräfte sein – eine Fehlkalkulation, wie sich bald herausstellen sollte, denn Demokratie folgt nicht dem „Klassencharakter“, den Diktaturen für sich beanspruchen.“

Ostdeutschland befand sich Ende 1989/Anfang 1990 – in der Blütezeit der Bürgerkomitees – in klassischem Sinne in einem politischen Vakuum: Die von der SED und ihren Block-Vasallen gesteuerten Verwaltungsorgane und Bürgervertretungen hatten keinen Rückhalt in den auf revolutionären Pfaden wandelnden Bevölkerungsteilen, zudem waren sie im Ergebnis der gefälschten Kommunalwahlen vom Mai 1989 ohnehin diskreditiert. An der Gegenfront setzten die Bürgerbewegungen den Umbruchprozess in Gang, ohne ihrerseits durch Wahlen legitimiert zu sein.

Um so erstaunlicher bleibt im Rückblick, mit welcher Konsequenz sich die Vertreter der alten und der aufstrebenden politischen Kräfte zusammenraufte, um die öffentliche Ordnung in dieser Übergangsphase zu sichern und der selbst verantworteten Gesellschaft den Weg zu ebnen. Dabei war die Arbeit im Bürgerkomitee RVK alles andere als harmoniesüchtig oder gar konfliktfrei. Im Gegenteil: Ging es doch als ersten Schritt darum, das MfS als hochexplosives Instrumentarium des SED-Unterdrückungsapparates implodieren zu lassen und dabei gleichzeitig Anlaufstelle für Bürgeranliegen zu sein.

Im Potsdamer Bürgerkomitee standen zehn systemtragende Parteien und Massenorganisationen – nachdem noch schnell neue Bewegungen installiert wurden – wenigstens die gleiche Anzahl neuer Gruppierungen aus der Opposition gegenüber – unter den Neuen war allerdings auch der Verband der Berufssoldaten (VRS) für NVA-Angehörige. Damit waren natürlich Patt und Stillstand bei vielen Entscheidungen zu befürchten. Daher brachte das Neue Forum gleich in einer der ersten Sitzungen – sie fanden zunächst mehrmals wöchentlich, dann immer donnerstags ab 17.00 Uhr im Stadthaus statt – den Antrag ein, dass Vereinigungen dann von einer Stimmabgabe ausgeschlossen sind, wenn es bei einer Abstimmung zu Korruption und Amtsmissbrauch um eben diese Partei ging. Damit hatte man der SED-PDS die Führungsrolle entzogen, war doch gerade sie krampfhaft bemüht, demokratisches Grundverständnis zu präsentieren und keine Sonderrechte bei Abstimmungen zu beanspruchen. Dies war möglich, weil fünf RVK-Vertreter anderer Massenorganisationen als SED-Genossen im Nebenamt geoutet wurden. Es betraf die Vertreter von DFD, FDGB, FDJ, Kulturbund und VdgB. Die Nationale Front stand also noch, bröckelte aber dahin. Diese Konstellation erleichterte dann verschiedene Abstimmungen.

Anders wäre es nicht möglich gewesen, den vom Potsdamer Bürgerkomitee aufgedeckten Skandal, den Ministerratsbeschluss vom 14.12.1989 zur Privilegierung der MfS-Abgänge durch millionenschwere Überganzahlungen bundesweit zu veröffentlichen.

Im Rückblick, so Manfred Kruczek, standen sich etablierte Parteien und Bürgerbewegungen immer weniger als Blöcke gegenüber – während die von Modrow eingesetzte Regierungskommission nie zur Partnerschaft bereit war, die SED-Diktatur noch 5 nach 12 retten wollte. Im Verlauf von insgesamt 21 – recht aufregenden – Sitzungen schaute man immer mehr auf die jeweilige Person der politischen Gruppierung, kristallisierten sich durchaus Unterschiede heraus. So schätzte er z.B. schon bald den LDPD-Vertreter Christian Lahr-Eigen als vertrauensvollen Partner, und auch zum späteren PDS-Vertreter Wilfried Ruppert bestand ein konstruktives Verhältnis. Letztgenannter war übrigens Nachfolger des damaligen Chefs der SED-Kreisleitung und späteren Bundesgeschäftsführer der PDS, Rolf Kutzmutz. Dieser nahm nur an einer einzigen Sitzung teil, ausgerechnet an der vom 12. Dezember 1989. Wie dem Sitzungsprotokoll zu entnehmen ist, forderte Manfred Kruczek vor Eintritt in die Tagesordnung alle Anwesenden dazu auf, eine Gedenkminute für den gerade verstorbenen russischen Bürgerrechtler Andrej Sacharow einzulegen. Alle Anwesenden folgten der Aufforderung, aber nicht alle erschienen wieder.

Was bleibt? Der Brückenschlag von der Diktatur zur Demokratie gelang trotz großer Gegensätze zwischen den alten Parteien und den aufstrebenden bürgerbewegten Kräften, weil sich die Beteiligten ihrer Verantwortung für das Gelingen auch des 2. Teils dieser beispiellos Friedlichen Revolution stets bewusst waren, weil Misstrauen schwand und Vertrauen wuchs.

Pünktlich zur Wahl der neuen Stadtverordnetenversammlung im Mai 1990 übergab das Bürgerkomitee „Rat der Volkskontrolle“ der Stadt Potsdam seinen Abschlussbericht mit der Mahnung, den Geist des Herbstes 1989 in Erinnerung zu halten, denn „Wir sind das Volk!“

Stefanie Müller
Manfred Kruczek
Zeitzeuge

Anlage zur Besetzung der MfS-Bezirksstelle Potsdam am 5.12.1989

1. Initiatoren der Besetzung

Neues Forum nach Beschlussfassung durch den Sprecherrat am 4. Dezember 1989.

2. Zeitliche Abläufe

10.00 Uhr Abordnung des Neuen Forums (NF) betritt die Diensträume von Potsdams Oberbürgermeister Bille. Nachdem dieser einräumen musste, keine deeskalierenden Maßnahmen zur Lösung (besser: Auflösung) des MfS-Apparates in der Stadt Potsdam eingeleitet zu haben, handelte das NF und forderte die unter Punkt 3 genannten „Organe“ auf, sich umgehend am Eingang Hegelallee der MfS-Bezirksstelle einzufinden.

11.30 Uhr: Besetzung und Kontrolle (Kfz., Personen) aller Ein- und Ausgänge der MfS-Bezirksstelle durch das NF in Verbindung mit Volkspolizei und Staatsanwaltschaft.

Ca. 12.00 Uhr: Beginn der Verhandlungen NF mit MfS-Chef Schickardt und Volkspolizei-Oberstleutnant Griebisch zu den Modalitäten der Besetzung.

Ca. 12.30 Uhr: Nachdem zunächst nur 3 Verhandlungsführer des NF Einlass in das MfS fanden, werden jetzt ca. 30 Bürger hinein gelassen, die sich in Gruppen aufteilen, um sich eine erste Übersicht über den Gesamtkomplex zu verschaffen. Bis zum Abend sollten Hunderte von Bürgern folgen.

Ca. 14.00 Uhr: Die Gruppe der Besetzer teilt sich. Während die größere Gruppe Aktensicherungsmaßnahmen einschließlich Versiegelungen vorantreibt, begibt sich eine kleinere Gruppe ins Stadthaus, um mit dem Vorsitzenden des Rates des Bezirks, OBM u.a. das Bürgerkomitee Rat der Volkskontrolle zu gründen.

3. Kooperationspartner

Während die Volkspolizei am 5. Dezember 1989 umgehend auf die Sicherheitspartnerschaft einging, Ein- und Ausgänge des Stasi-Komplexes bewachte, MfS-Personal und deren Kfz kontrollierte, gab sich die Staatsanwaltschaft reserviert. Dies gilt sowohl für den Tag der Stasi-Besetzung als auch für die Arbeit im Bürgerkomitee. Auch der Oberbürgermeister und seine Stadträte kooperierten nur widerwillig, verschleppten sogar zuvor gegebene Zusagen zur Herstellung der Arbeitsfähigkeit des Bürgerkomitees.

Destruktiv war auch die Zusammenarbeit mit dem Militärstaatsanwalt, an den 21 von Bürgern eingegangene Fälle weitergeleitet worden waren. Einige Fälle wurden schnöde wegen „Unverschuldetem Verbotsirrtum“ fallen gelassen.

4. Vorgehensweise

Wie unter Punkt 3 dargestellt, übernahm die Volkspolizei die Kontrolle von MfS-Personal einschließlich Kfz, während die NF-Vertreter die Gesamtaufsicht übernahmen. Die Versiegelung erfolgte durch die Staatsanwälte in Gegenwart der NF-Vertreter, sekundiert durch Volkspolizei u.a. Im Vordergrund stand die Sicherung des noch vorhandenen Aktenmaterials.

5. Bildung des BK (Initiatoren; Zusammensetzung)

Mit seiner Konstituierung am 6. Dezember 1989 standen den 10 systemtragenden DDR-Parteien bzw. Massenorganisationen SED-PDS, CDU, LDPD, NDPD, Kulturbund, DBD, VdgB, FDGB, FDJ, DFD die 10 neuen Gruppierungen Neues Forum, SDP/SPD, Aktion Katholischer Christen, Arche (Katholische Kirche), Evangelische Kirche, Antifa, Vereinigte Linke, Grüne Liga (ARGUS), Kontakte, Bund der Berufssoldaten gegenüber, wobei die letztgenannte Vereinigung in der DDR ausschließlich aus höheren NVA-Dienstgraden bestand. Jede Vereinigung verfügte über eine Stimme. Ohne Stimmrecht nahm die ABI an den Sitzungen teil.

6. Arbeitsweise des BK

Die Arbeitsweise wurde durch eine Geschäftsordnung bestimmt. Danach wechselte die Sitzungsleitung zwischen etablierten und neuen Bewegungen von Sitzung zu Sitzung. Zwischen dem 6. Dezember 1989 und 26. April 1990 fanden 21, durchgängig protokollierte Sitzungen statt (in der Regel jeden Donnerstag ab 17.00 Uhr im Stadthaus).

7. Kooperation Bürgerkomitee/Bevölkerung

Das am 8. Dezember 1989 eingerichtete ständige Kontaktbüro war das Herzstück des Bürgerkomitees. Hier gingen insgesamt 566 Anzeigen aus der Bevölkerung über Amtsmissbrauch, Korruption sowie zur Aufdeckung von Stasi-Objekten ein. Sie wurden fortlaufend nummeriert und nach Zuordnung zu 5 Themenfeldern (AG) schrittweise bearbeitet. Das täglich von jeweils einer etablierten und einer neuen Bewegung besetzte Bürgerbüro schuf in einer Zeit des politischen Vakuums Vertrauen in die sich neu formierenden demokratischen Strukturen und war gleichzeitig erste Anlaufstelle für Opfer bzw. Bedrängte der SED-Diktatur.

8. Aufgaben des BK

- 1.) Schutz von Dokumenten und Schriftgut des MfS vor der Vernichtung, um kriminelle Machenschaften aufzudecken und deren Verdunkelung zu begegnen.
- 2.) Sicherung des normalen Alltagslebens einschließlich Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Versorgung, Gesundheitswesen u.ä. durch Stabilisierung der kommunalen Strukturen.

3.) Entgegennahme von Anzeigen über Amtsmissbrauch und Korruption sowie deren weitere Bearbeitung.

9. Verhältnis Bürgerkomitee zu Runden Tischen bzw. staatl. Organen

Wie im Abschlussbericht zum RVK festgestellt, war dieser bereits wirksam, als an den Runden Tisch (in Potsdam) noch nicht zu denken war, wurden hier zuerst auch Fragen der Versorgung einschließlich des Einsatzes von NVA-Kräften gelöst. Diese Aufgaben übernahmen später auch die Runden Tische. Der Oberbürgermeister und seine Stadträte waren nicht bereit, in diesen Monaten politischen Vakuums auch nur ansatzweise den RVK in Verantwortung für das Gemeinwohl zu unterstützen. Sie haben damit die Chance vertan, sich wenigstens in ihren letzten Dienstmonaten dem Bürgerwohl verpflichtet zu fühlen und sich damit einen halbwegs ehrenvollen Abgang zu verschaffen. Die Protokolle des RVK belegen ihr unkonstruktives Agieren.

10. Kooperationsebene BK/Beauftragte der Modrow-Regierung

Durchgängig destruktiv verhielt sich die vom Ministerpräsidenten Modrow eingesetzte sogenannte Regierungskommission für den Bezirk Potsdam. Sie stand unter Führung von Wolfgang Splett. Ihm wurde mit Oberstleutnant Fremde ein MfS-Apparatschik zur Seite gestellt, der noch 5 Minuten nach 12 gegen das Bürgerkomitee agierte, offenbar in der Hoffnung, das MfS noch irgendwie in die neue Zeit (als Verfassungsschutz) hinüber zu retten. Respekt- und würdelos war sein wochenlanges Versteckspiel um die Liste mit konspirativen Stasi-Objekten im Bezirk Potsdam. An seinem betont arroganten Auftreten wurde deutlich, wie schwer sich Stasi-Obrigkeiten damit taten, nun von denen bestimmt zu werden, die ihnen einst bedingungslos ausgeliefert waren.

11. Information über IM's im BK

Die Ergebnisse diesbezüglicher Recherchen werden demnächst im Dokumentenband G. Rüdiger/G. Rogall: Die 111 Tage des Potsdamer Bürgerkomitees „Rat der Volkskontrolle“ 1989/90 veröffentlicht.

12. Positionierung des BK zur Stasi-Aktenvernichtung

Von seinem Selbstverständnis her wurde das Bürgerkomitee anlassbezogen gegründet, um die begonnene Aktenvernichtung zu stoppen. Dieser Grundkonsens blieb Arbeitsgrundlage, vertreten von den neuen Bewegungen. Im Gegensatz dazu waren in der „Kommission zur Sichtung der Stasi-Akten“ die Bürgerrechtler unterrepräsentiert. Die von den drei Regierungsvertretern dominierte Kommission verfolgte mit Hinweisen auf die sonst drohende „Lynchjustiz“ die Aktenvernichtung. Die bürgerbewegten Vertreter Volker Wiedersberg (Potsdam Initiative) und Ralph

Würfel (NF) suchten Anfang Januar die Öffentlichkeit und stellten in der Presse fest: „Die Kommission schützt die Spitzel, weniger die Bürger“. Letztendlich verhinderten sie weitere Vernichtungen von Akten: „Dossiers sind unsere Geschichte“ lautete ihr Hilferuf.

13. Zusammenarbeit BK/Presseorgane

Die Lokalpresse erhielt nach jeder RVK-Sitzung Informationen zu deren Ergebnissen und gab diese zum Teil wieder. Bemerkenswert war, dass die im Punkt 14 ausgeführte Aufdeckung des Ministerratsbeschlusses zu Übergangszahlungen an MfS-Leute nur von den BNN (am 23.12.89), nicht aber von MV und ADN vermeldet worden waren. Insgesamt war die Presse bemüht, objektiv die Sitzungsergebnisse wiederzugeben, Bewertungen in Form von Kommentaren waren dagegen noch unüblich.

14. Erwähnenswerte Ergebnisse des Bürgerkomitees

1.) Für bundesweites Aufsehen sorgte die Aufdeckung des Ministerratsbeschlusses vom 14. Dezember 1989 zur Gewährung von millionenschweren Übergangszahlungen an Angehörige des in Auflösung befindlichen MfS. Die Veröffentlichung dieses Beschlusses der Modrow-Regierung war nur durch die jetzt gesicherten demokratischen Mehrheiten möglich geworden. Bundesweit wurde der Skandal erst Anfang Januar bekannt. Der DDR-weite Protest gegen diesen nassforschenden Privilegierungsversuch stoppte die schon für alle sicher geglaubte Bescherung von Tausenden ehemaliger Stasi-Mitarbeiter. Der Ministerratsbeschluss wurde im Januar zurückgenommen, weitere Zahlungen wenigstens eingestellt.

2.) 566 Bürgeranliegen an das Kontaktbüro führten zu mindestens 100 Anzeigen an die Staatsanwaltschaft, viele davon wegen Amtsmissbrauch und Korruption – Beispiel: „Eine Gartensiedlung am Glindower See soll von MfS-Offizieren genutzt werden. Die Fläche soll vor 15 Jahren vom MfS „beschlagnahmt“ worden sein. Der Bürger fragt, ob diese MfS-Offiziere „wenigstens Pacht gezahlt hätten“. Aber auch ungeklärte Todesfälle sind unter den Anzeigen oder der Hauserwerb durch SED-Kader.

3.) Die vom BK begleitete Entwaffnung der Kreisdienststellen des Potsdamer Bezirks-MfS bezog sich u.a. auf 468 Maschinenpistolen, 30 Panzerbüchsen, 428 Schlagstöcke, 87 Handfesseln, 48 Führungsketten und sogar 300 Handgranaten – gegen das eigene Volk.

15. Vorhandene Nachweise

Das Potsdamer BK hatte nach 21 Sitzungen am 26. April 1990 seine Tätigkeit beendet. Alle Sitzungen und die 5 AG's sind lückenlos protokolliert. Ein Abschlussbericht liegt ebenfalls vor. Alle Dokumente wurden der Potsdamer Stadtverwaltung zur Weiterverfolgung der noch offenen Fälle

anlässlich der ersten freien Kommunalwahlen im Mai 1990 übergeben. Die Stadtverwaltung gab sie später – ganz ohne Quittung – in Privatbesitz weiter.

Stefanie Müller

Quellen:

Zeitzeugenbericht Manfred Kruczek
Horch und Guck, H. 32 (4/2000).
Abschlussbericht RVK
Protokolle RVK

Die Besetzung von Gebäuden der MfS-Kreisdienststelle in Brandenburg an der Havel

1. Initiatoren der Besetzung/(Mahnwache)

Die Initiative für eine Mahnwache am 5. Dezember 1989 ging spontan von der Jugendgruppe des Neuen Forums (NF) der Stadt Brandenburg an der Havel aus (David Begrich, Foke Hoffmann und Christian Liebchen). Diese waren damals ca. 16 Jahre alt und Kinder von Mitgliedern des Neuen Forums:

„Ein denkwürdiger Tag. Spontaner als heute kann man wohl gar nicht sein. Ich bin $\frac{3}{4}$ 4 von der Arbeit gekommen, da standen David und Foke schon vor meiner Tür. David erzählte ganz aufgeregt, dass in der ganzen DDR die Stasigebäude gestürmt werden, und dass wir auch so etwas tun müssten - zumindest ein Zeichen setzen. Wir beschlossen eine symbolische Mahnwache durchzuführen. David wollte noch ein paar Leute anrufen, während Foke und ich noch zwei Sandwiches (2 Pappen mit Bändchen) produzierten („Ich will, meine Akte sehen“ und „Keine Vernichtung von Akten“). Gegen 17.00 Uhr haben wir dann zu dritt angefangen. Wir wollten nur ein Zeichen setzen, sozusagen 2-3 h symbolisch stehen. Robert (Arnold) und Stephan (Astler) sind noch gekommen. Dann geschah etwas wovon wir nur träumen konnten. Es blieben ein paar Leute spontan stehen und machten mit. Einer stellte eine Kerze vor seine Tür. Es war eine Wahnsinnsolidarität. Die halbe Jugendgruppe war da. Zwischenzeitlich war die Menge auf 50 angeschwollen. Die ganzen vergitterten Fenster (des Kreisamtes für Nationale Sicherheit) standen unter Kerzen.

(Handschriftliche Erinnerungen, im Juni 1990 von Christian Liebchen niedergelegt.)

2. Zeitliche Abläufe der Mahnwache und Besetzung

Die Jugendgruppe des Neuen Forums begann am 5. Dezember 1989 ab 16.30 Uhr/17.00 Uhr eine Mahnwache vor dem Gebäude des Kreisamtes für Nationale Sicherheit (ehemals Kreisdienststelle des MfS), Neuendorfer Straße 89, in Brandenburg an der Havel. Dies erfolgte, weil der Verdacht auf Aktenvernichtung bestand.

Ein lang geplantes Plenum (Vollversammlung) des Neuen Forums der Stadt Brandenburg im Wichernhaus Brandenburg, Hauptstraße 66, begann am gleichen Tag, dem 5. Dezember 1989 um 19.00 Uhr. Während des Plenums wurde auf die Mahnwache vor dem Kreisamt für Nationale Sicherheit (KAfNS) eingegangen. Nach dem Plenum ab ca. 21.45 Uhr unterstützten Mitglieder des Neuen Forums über die Nacht die Mahnwache. Sie lösten sich bei der Mahnwache ab bzw. brachten Verpflegung. Im Rapport der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (DVP) vom 7. Dezember 1989 heißt es:

„In der Nacht vom 4.12. zum 5.12.1989 (VP bekannt durch Anzeige eines namentlich bekannten Sprechers des „Neuen Forum“ am 6.12.1989 gegen 0.00 Uhr) sollen durch –unbekannt– in Brandenburg, Neuendorfer Str. 89, aus dem Kreisamt per LKW Akten verbracht, bzw. im Amt Akten verbrannt worden sein. Es wurde

Anzeige aufgenommen und ein Ermittlungsverfahren gegen –unbekannt– eingeleitet. Durch den KSTA (Kreisstaatsanwalt) wurden in Anwesenheit der KA für NASi (Kreisamt für Nationale Sicherheit, KAfNS) Sicherungsmaßnahmen in Bezug auf Akten durchgeführt, Sicherungskräfte der DVP befinden sich am Ort. Die Bearbeitung der Anzeige erfolgte durch die K (Kriminalpolizei) der BdVP (Bezirksdienststelle der Volkspolizei) Potsdam.“

Die Anzeige bei der Volkspolizei erfolgte durch Peter Keller vom Neuen Forum. (Dieser ist in handschriftlichen Vermerken des Neuen Forums und der Presse zwar erwähnt, konnte aber vom Autor bisher nicht aufgefunden und gesprochen werden.)

Um ca. 23.30 Uhr des 5. Dezember 1989 erfolgte eine Information an die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Aktenvernichtung in der Stadt Brandenburg an der Havel. Am 6. Dezember 1989 um 1.30 Uhr traf Staatsanwalt Werner Becker ein, 10 Bürger erhielten Zutritt, nahmen an der Durchsuchung teil, Ende 4.45 Uhr. Erhärtung der Verdachtsmomente. Die ehemalige Dienststelle des MfS befand sich in Auflösung, die Akten der KD (Kreisdienststelle) Brandenburg wurden auf Befehl zum BA (Bezirksamt) Potsdam gebracht, teils auch Unterlagen vernichtet.

An der Begehung nahmen in der Nacht Gitta Arnold, Bertram Althausen, Robert Arnold und Focke Hoffmann vom Neuen Forum und Herr Uwe Salge von der Gruppe Brandenburger Bürger, die nicht dem Neuen Forum angehörte, teil. Wer weiter an der Begehung teilgenommen hat, ist dem Autor nicht bekannt.

Zeitungsmitteilungen zu der Mahnwache vor dem Kreisamt erfolgten am 7. Dezember 1989 in der Zeitungen „Märkische Volksstimme“ (MV) und am 8. Dezember 1989 in den „Brandenburgischen Neusten Nachrichten. (BNN).

3. Kooperationspartner

Kreisstaatsanwalt Werner Becker und die Volkspolizei (Kreisamt) und Vertreter der Stadtverordnetenversammlung (SVV) Brandenburg waren Kooperationspartner des Neuen Forums.

4. Vorgehensweise/Bildung des lokalen Bürgerkomitees zur Stasi-Auflösung

Durch das Neue Forum erfolgte eine Anzeige am 6.12.1989 um ca. 0.00 Uhr wegen des Verdachts auf Aktenvernichtung im Kreisamt für Nationale Sicherheit Brandenburg. Es gab Absprachen zur weiteren Vorgehensweise zwischen Neuem Forum, Kreisstaatsanwalt, Volkspolizei und der Stadtverordnetenversammlung:

Am Montag, den 11. Dezember 1989 um 14.30 Uhr gab es eine Besprechung beim Kreisstaatsanwalt Werner Becker. An dieser Beratung nahmen der Leiter des Volkspolizei-Kreisamtes (VPKA) Brandenburg, Major Karl Becker, der ehemalige Leiter des KAfNS Brandenburg OSL

Fred Fubel, der Leiter der SED-PDS Fraktion Manfred Seidel, zwei Mitarbeiter der Zeitung „Märkische Volksstimme“ und vom Neuen Forum Bertram Althausen, Gisela Begrich und Peter Keller teil. Die anderen Parteien, die in der Stadtverordnetenversammlung vertreten waren, konnten nicht mehr hinzugezogen werden.

Gesprochen und informiert wurde zu folgenden Themen:

- Das Ermittlungsverfahren wegen Urkundenvernichtung im KAfNS Brandenburg wurde an die Militärstaatsanwaltschaft Potsdam übergeben.
- Eine weitere Anzeige vom Neuen Forum wegen vermuteter Aktenvernichtung bei anderen Institutionen (Inneres, SED) liegt bei der Kreisstaatsanwaltschaft vor.
- Waffen und Munition des ehemaligen Kreisamtes sollten am Nachmittag des 11. Dezember 1989 an das VPKA Brandenburg übergeben werden. Den Transport der Waffen übernimmt die DVP, Nachrichtentechnik geht dann an das MdI/BdVP (ehemalige Mitarbeiter des KAfNS und unbefugte Personen sollen ferngehalten werden)
- Der ehemalige Leiter des KAfNS Brandenburg OSL Fubel hatte bis zum 12. Dezember 1989 die Liegenschaft und ehemalige Dienststelle an den Rat der Stadt Brandenburg zu übergeben.

Im Anschluss an diese Beratung beim Kreisstaatsanwalt begaben sich die Personen zum ehemaligen Kreisamt. Dort kam dann der Militärstaatsanwalt Hauptmann Krahe, ein Waffenwart der Volkspolizei und noch ein Mitglied des Neuen Forums, deren Namen dem Autor nicht bekannt sind, hinzu. Auch noch bis zu diesem Zeitpunkt bei den ehemaligen Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes befindliche persönliche Waffen (Pistolen) wurden an diesem Tag übergeben. Protokolle der Waffenübergabe erhielten das VPKA Brandenburg und die Kreisstaatsanwaltschaft.

Aus der Waffenkammer des KAfNS Brandenburg wurden der Volkspolizei übergeben: 60 Pistolen M (Makarow), 48 Maschinenpistolen MPi KM/MPi KMS-72, 1 Maschinenpistole 61, 2 Panzerbüchsen RPG 7, 1 KK-Gewehr, 40 Schlagstöcke, Zielgerätekisten, 6 Granaten, 920 Schuss Pistolen Munition, 13920 Patronen MPi-Munition. In einer Außenstelle des Staatssicherheitsdienstes, die nicht näher benannt wird, wurden 5 Pistolen und 14 Maschinenpistolen und 129640 Patronen MPi-Munition sichergestellt. Darüber hinaus wird Technik, wie Schreibmaschinen, Papier-Schredder, verschiedene technische Geräte des Staatssicherheitsdienstes der BdVP Potsdam übergeben.

Entsprechende Zeitungsmeldungen zur Auflösung des Kreisamtes erfolgten am 12. Dezember und ein Foto von der Waffenübergabe erschien am 14. Dezember 1989 in der „Märkischen Volksstimme“.

Am 22. Dezember 1989 wurde das Gebäude des ehemaligen KAfNS Neuendorfer Str. 89 vom Rat der Stadt Brandenburg dem Bezirkskrankenhaus zur Nutzung übergeben. Diverse Schränke und Büroeinrichtungen ebenso.

In Brandenburg hat es praktisch ein Bürgerkomitee zur Auflösung des Amtes gegeben, das sich aber nicht den Namen Bürgerkomitee gab. Dieses hat am 6. Dezember 1989 mit den Anzeigen des Neuen Forums und der Begehung des Kreisamtes seine Arbeit begonnen und mit der Übergabe der Waffen am 11.12.1989 seine Arbeit dann eingestellt. Praktisch waren ja die restlichen Akten am 6.12.1989 schon zum Bezirksamt der Staatssicherheit Potsdam verbracht, bzw. auch Akten in Blechkisten verpackt in Siemens-Martin-Öfen im Stahl- und Walzwerk Brandenburg verbrannt worden.

5. Bildung von Bürgerkomitees

5a. Bildung des Bürgerkomitees gegen Amtsmissbrauch und Korruption am 15.12.1989/ hervorgegangen aus dem vom Neuen Forum angeregten Rat für Volkskontrolle

Am 7. Dezember 1989 gab es ein Gespräch des Neuen Forums beim Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg, zu der Bertram Althausen vom Neuen Forum Protokollnotizen fertigte.

In einer schriftliche Notiz des Neuen Forums in einem Arbeitsheft von Bertram Althausen heißt es: „Wir sagen Themen an!“. Es gab u.a. folgende Entscheidungen beim Gespräch mit dem Oberbürgermeister (OB):

1. Einigung auf einen „Rat der Volkskontrolle“ aus fünf Unabhängigen.
2. Geschäftsgrundlagen für das Neue Forum schaffen. Räume, Telefon (Rat der Stadt setzt sich für Dringlichkeit ein). An öffentlichen Geldern gibt es nur den Fonds der öffentlichen Volksvertretungen.

Der OB jederzeit offen zur Begehung der Ratsräume. Aussage des Oberbürgermeisters: „Wir haben keinen Anlass, Akten verschwinden zu lassen.“

Der provisorische Sprecherrat des Neuen Forums Brandenburg hatte am 8.12.1989 vermerkt: „Runder Tisch - nach Berlin nun auch in Brandenburg?“

„Auf Initiative des Neuen Forums bildet sich in diesen Tagen ein „Rat der Volkskontrolle“. Ihm gehören einerseits das Neue Forum, die SDP und der Kirchen, andererseits der fünf Parteien in der SVV an. Es hat die Aufgabe, Gesetzesverletzungen, unberechtigte Inanspruchnahme von Privilegien und Korruption zu untersuchen. Weiterhin soll er die Durchführung von Beschlüssen kontrollieren, wie z.B. die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit und der Kampfgruppen in den Betrieben.“

8.12.1989 Zeitung Brandenburger Neuste Nachrichten (BNN):

Am 18. November 1989 wurde im Kreis Brandenburg-Land beschlossen, eine Arbeitsgruppe „Korruption und Amtsmissbrauch“ zu bilden. Sie soll Hinweisen von Bürgern des Territoriums nachgeben. Interessierte Bürger können sich beim Sekretär des Rates, Koll. Kania melden. Dieser ist telefonisch unter der Rufnummer 33256 oder unter der Anschrift Rat des Kreises, Klosterstraße erreichbar.

20.12.1989 BNN, Artikel: *Bürgerkomitee gegen Amtsmissbrauch und Korruption*

Am Freitag konstituiert sich in Brandenburg ein „Bürgerkomitee zur Aufklärung von Amtsmissbrauch und Korruption“. Die Initiative ging von der Bürgerbewegung Neues Forum aus. Beteiligt an diesem Komitee sind Personen, die sowohl den etablierten und neu gegründeten Parteien als auch dem Neuen Forum angehören. Andere politische Gruppen, die sich an dieser Arbeit beteiligen wollen, sind dazu eingeladen. Bürger, die Hinweise haben, mit dem sich das Bürgerkomitee beschäftigen soll, werden gebeten, sich an folgende Adresse zu wenden: Bürgerkomitee zur Aufklärung von Amtsmissbrauch und Korruption, Hauptpostamt, PSF 7, Molkenmarkt, Brandenburg, 1800. Die Hinweise werden strikt vertraulich behandelt.

22.12.1989 In der MV teilt die selbständige Untersuchungskommission der SED-PDS unter der Überschrift *Aufgelöst* mit:

Nach 14tägiger Arbeit stellte die selbständige Kommission zur Untersuchung von Amtsmissbrauch und Korruption der SED-PDS Ihre Arbeit ein, da ihr die Legitimation durch die Veränderungen in der Partei entzogen wurde. (...) Zwei Vorgänge wurden der Kriminalpolizei zur weiteren Untersuchung übergeben. Es wurde empfohlen, gegen die Genossen Mitzlaff und Kietz ein Parteiverfahren in den Grundorganisationen einzuleiten. Parteiuntersuchungen werden von der Schiedskommission der SED-PDS (ehemals KPKK) weitergeführt. Der Sprecher der SED-PDS-Fraktion, Genosse Seidel, arbeitet im unabhängigen Bürgerkomitee mit, das zur Untersuchung und Amtsmissbrauch und Korruption gebildet wurde.

4.01.1990 *Zweite Arbeitssitzung des Bürgerkomitees zur Aufklärung von Amtsmissbrauch und Korruption. Es liegen 12 schriftliche Hinweise von Bürgern vor, die aufgrund der ersten Presseveröffentlichung beim Bürgerkomitee eingegangen sind.*

Die ehemalige Kommission gegen Amtsmissbrauch und Korruption beim Bezirksvorstand der SED-PDS hat die Bürgerhinweise, die noch bei ihr anhängig waren, dem Bürgerkomitee zur weiteren Bearbeitung übergeben.

Diesem Bürgerkomitee gehörten Vertreter vom Neuen Forum (Helmuth Astler, Peter Keller, Klausdieter Zschech), der SDP (Paul Netter, Klaus Liebchen), der SED-PDS (Manfred Seidel), der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD) Wolfgang Gläser, der Christlich-Demokratischen-Union (CDU) Ulrich Gräber und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) Cordula Hiller (letztere nicht sicher S.R.?) an. Infos an das Bürgerkomitee zur Aufklärung, Postfach 7, Hauptpostamt 1800 Brandenburg.

20./21. 01.90 BNN, Artikel: *Bürgerhinweisen nachgegangen*

Am 9. und 10.1. wurde von Vertretern des Neuen Forum und des Bürgerkomitees mit Hinweisen zu Amtsmissbrauch und Korruption die Gebäude des Kreisbauamtes (Bäckerstraße) und des Zivilschutzes (Domlinden) durchgeführt. Anlass waren dazu Hinweise der Bevölkerung, dass sich in den Tätigkeiten des MfS und der ehemaligen Kampfgruppen zu beobachten seien. Im Falle des Zivilschutzes erwies sich der Hinweis als unbegründet. Im Falle des Kreisbaubetriebs wurden vom Leiter der Einrichtung sowie vom Vertreter des Rat des Kreises mitgeteilt, dass MfS-Mitarbeiter zwei Räume des Kreisbaubetriebs zur Verfügung gestellt wurden für Verwaltungsarbeiten, die mit der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes zusammenhängen. Ab 15.01.1990 wurde nach Aussagen des Rates des Kreises die Tätigkeit des MfS in der Bäckerstraße endgültig beendet. (...)

Wolfgang Rudolph

Neues Forum

5b. Bildung des Bürgerkomitees/Regionaler Runder Tisch in der Stadt Brandenburg an der Havel am 19.12.1989/Dieser hat auch Themen zur Stasi-Auflösung bearbeitet.

8.12.1989 *Sprecherratsitzung Neues Forum*

Die Initiatingruppe Politik im Neuen Forum ist für einen „regionalen Runden Tisch“. Eine legitimierte Kommunalregierung wird es aber laut Meinung des Neuen Forums erst nach erneuten Kommunalwahlen geben.

19.12.1989 *Tagung des regionalen Runden Tisches in der Stadt Brandenburg. Der „Runde Tisch“ in der Stadt Brandenburg hat sich in der katholischen Gemeinde Heilige Dreifaltigkeit in der Pionierstraße konstituiert, Beginn 18.00 Uhr.*

Moderiert wird der Runde Tisch (RT) in der Stadt Brandenburg durch die Dompfarrerin Cornelia Radeke und dem Kaplan der katholischen Gemeinde Hl. Dreifaltigkeit Bernd Krause. Beteiligt sind am regionalen Runden Tisch die evangelische Kirche mit Horst Böslers u. Hans-Ulrich Schulz, die katholische Kirche mit Dr. Peter Strobbach und Norbert Zimny, das Neue Forum mit Bertram Althausen u. Jan Hermann, die SDP/SPD mit Dr. Helmut Schliesing und Manfred Otto, die CDU mit Dieter Willholz und Bertram Schönwälder, die SED-PDS mit Horst Lange und Volkmar Seidel, die DBD mit Martina Wilfahrt und Harry Grunert, die Liberaldemokratische Partei Deutschlands (LDPD) mit Hans-Jörg Follmer u. die NDPD mit Wolfgang Gläser. Beratend nimmt der Rechtsanwalt Ulf Schulz, wie auch der Leiter der VP, Karl Becker, ab Januar 1990 Norbert Langerwisch teil. Als nächstes Treffen wird der 3.1.1990 festgelegt, von da an im 14tägigen Rhythmus bis zur Kommunal-Neuwahl. Insgesamt tagte der regionale Runde Tisch für Brandenburg zwischen Dezember 1989 und April 1990 acht Mal.

22.12.1989 MV, Aus der Stadt Brandenburg berichtet, Artikel: *Der Auftakt zum Runden Tisch ist nun gegeben. Nächstes Treffen am 3. Januar (...)*

Als ein Gremium, von der Impulse für das Leben in unserer Stadt bis zu den nächsten Kommunalwahlen ausgehen sollen, das beratend die Stadtverordnetenversammlung unterstützt und die Öffentlichkeit vertreten und umfassend informieren möchte, konstituierte sich am Dienstag Abend der Brandenburger Runde Tisch. In der Sorge um die Situation in unserer Stadt und ausgehend von Gesprächen mit Oberbürgermeister Klaus Mühe, ergriffen Vertreter der Vorbereitungskreise der „Fürbittgebete für unser Land“ die Initiative zur Bildung des Runden Tisches auf kommunaler Ebene: Bernd Krause, Kaplan der katholischen Gemeinde, ließ die Teilnehmer der Auftaktveranstaltung im Gemeinderaum der Dreifaltigkeitsgemeinde, Straße der Jungen Pioniere 26, willkommen und wies auf die Grundzüge des Runden Tisches hin: Lernen miteinander demokratisch umzugehen, einen Konsens zur unbedingten Verbinderung von Gewalt zu finden, Grundlagen zu schaffen für das Leben in unserer Stadt bis zu den Wahlen. In einer mehrstündigen Diskussion einigten sich die Teilnehmer über Stimmrecht, Leitung des Runden Tisches, Hinzuziehung von Gästen mit beratender Funktion zu den jeweiligen Sachfragen und der weiteren Verfahrensweise. Die Vertreter der Parteien, Gruppierungen und der Kirchen beider Konfessionen beschlossen einstimmig, dass mit je zwei Stimmen die CDU, NDPD, LDPD, DBD, SED-PDS, das Neue Forum, die SDP, die evangelische sowie die katholische Kirche am Runden Tisch vertreten sind. Sollten sich in Brandenburg weitere demokratische Gruppen bilden, wird über die Teilnahme entschieden. Die Leitung des Runden Tisches liegt weiterhin in den Händen der eingangs erwähnten Kirchenvertreter. Es wurde ferner beschlossen in Zukunft den Oberbürgermeister bzw. seinen ersten Stellvertreter und ein Mitglied des Präsidiums der SVV – alle als Vertreter ohne Stimmrecht – beratend in die Arbeit des Runden Tisches einzubeziehen. Je nach den anstehenden Problemen beteiligen sich Vertreter der Volkspolizei, der Staats- und Rechtsanwaltschaft, sowie weitere kompetente Persönlichkeiten.

6.01.1990 MV, Artikel: Tagungsteilnahme soll ermöglicht werden; Presseinformation über den 2. Runden Tisch vom 3.01.1990:

Der Runde Tisch ist bestrebt, die Interessen der Gesamtbevölkerung zu vertreten. (...) Der Runde Tisch lehnt die Zahlung eines Überbrückungsgeldes aus dem Staatshaushalt an ehemalige Mitarbeiter des MfS/ANfS für 36 Monate, wie vom Ministerrat festgelegt, ab. (...) Wir unterstützen den Gegenvorschlag des Potsdamer Rates für Volkskontrolle, dem oben genannten Personenkreis bis zur Aufnahme eines Arbeitsrechtsverhältnisses, aber maximal 3 Monate, eine Ausgleichzahlung in Höhe von 80 Prozent des letzten Monateinkommens zu gewähren. Diese einstimmig angenommene Stellungnahme wird dem Ministerrat, der Presse und dem Potsdamer Rat der Volkskontrolle zugeleitet. (...) Das politische Spektrum in der Bevölkerung wird in den Medien nicht äquivalent widerspiegelt. Dort dominiert die SED-PDS nach wie vor. Allgemein bemängelt wurden Erscheinungen wie unkorrekte Berichterstattung, mangelnde Recherchen, unsachgemäße Anschuldigungen und Unterstellungen. Bisweilen entscheiden Einzelpersonen über Veröffentlichungen, die dann in hoher Auflage verbreitet werden.

31.01.1990 4. Tagung des regionalen Runden Tisches, Beginn 18.30 Uhr Rat der Stadt Brandenburg, Thema Verflechtung von Abt. Inneres mit dem MfS, sowie Art und Umfang.

Es werden am regionalen Runden Tisch die bereits sichergestellten Waffen des Staatsicherheitsdienstes und der Kampfgruppen genannt: Aus der Waffenkammer des Kreisamtes Brandenburg für Nasi wurden der Volkspolizei übergeben: 60 Pistolen M (Makarow), 48 Maschinenpistolen MPi KM/MPi KMS-72, 1 Pistole MPi-M-61, 2 Panzerbüchsen RPG 7, 1 KK-Gewehr, 40 Schlagstücke, Zielgeräteboxen, 6 Granaten, 920 Schuss Pistolen Munition, 13920 Patronen MPi-Munition. In einer „Außenstelle des Staatsicherheitsdienstes“, es wird an anderer Stelle die Strafvollzugseinrichtung Brandenburg benannt, werden 5 Pistolen und 14 Maschinenpistolen und 129640 Patronen MPi-Munition sichergestellt. Die Kampfgruppen besaßen 1391 Maschinenpistolen, 85 LMG, 99 RPG, 5 Panzer MG, 42 Flak-MG, 3 Granatwerfer. Vorhandene Waffen der Volkspolizei waren 508 Pistolen, 419 Maschinenpistolen, 19 Maschinengewehre, 26 Leuchtpistolen, 12 Reizwurfkörper-Abschussgeräte sowie die dazugehörige Munition. Alle Waffen-Nummern stimmen mit den Unterlagen überein. Ebenfalls wurden Waffen verschiedener Organisationen, deren Vorsitzenden Waffenträger waren, eingezogen.

Der stellvertretende Oberbürgermeister und Leiter der Abt. Inneres Frau Roswita Neubaus wird auf der 4. Sitzung des regionalen Runden Tisches befragt. Sie gibt einen ausführlichen Bericht über die Struktur der Abteilung. Jetzt arbeiten noch 18 Personen in der Abteilung, früher waren es 32 Mitarbeiter. Es gibt eine Abteilung für Innerer Angelegenheiten und eine Abteilung für „Genehmigungs-Angelegenheiten“. Es erfolgten von Frau Neubaus folgende Aussagen:

- Absprachen erfolgten mit Schutz- und Sicherheitsorganen. Diese Zusammenarbeit war gesetzlich geregelt im § 56 der Verordnung der örtlichen Volksvertretungen, die jetzt noch Gültigkeit hat für die Stadtverordnetenversammlung. Die Abteilung war berechtigt, Auskünfte über Bürger zu Fragen von Ordnung und Sicherheit einzuholen.
- Verantwortlichkeiten: Fragen in Ordnung und Sicherheit im Straßenverkehr, bei Geldtransporten der Banken und Sparkassen. Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit von Schiedskommissionen, Komplexkontrollen in Betrieben.
- Zusammenarbeit Staatspolitik und Kirchenfragen. Hier Einbeziehung der Kreisleitung der SED, anderer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen. Zentrale Beschlüsse in Kirchenfragen waren stets Beschlüsse des Ministerrates. Parteibeschlüsse hinsichtlich Kirchenfragen wurden durch den Rat des Bezirkes oder die SED-Kreisleitung erläutert und waren für den Rat Arbeitsgrundlage. Sie erfolgten nie schriftlich. Ehemalige Dienststelle des MfS war stets Zuhörer bei diesen Beratungen. Die Arbeit wurde aber eigenständig durchgeführt. Beispiel: Humanitäre Anliegen, die von kirchlichen Amtsträgern vorgetragen wurden, die Durchführung von Besuchsreisen und Privatreisen ins westliche Ausland, Dienstreisen, Bitten auf Nichteinberufung zum Wehrdienst (hierüber Mitteilung und Entscheidung durch die Sicherheitsorgane). Weitere Gesprächsthemen zwischen Abt. Inneres und Kirchenvertretern seien Wohnraumbereitstellung, Pflege von Friedhöfen und Durchführung von Gottesdiensten gewesen. Eine Gesprächsführung mit

der katholischen Kirche gab es erstmalig 1989 wegen baulicher Angelegenheiten und anlässlich des Besuches kirchlicher Würdenträger aus Kaiserslautern. Abschließend wurde mitgeteilt, dass das Amt für Kirchenfragen seit Oktober 1989 nicht mehr besetzt ist. Fast alle Ratsmitglieder waren Ansprechpartner für kirchliche Amtsträger und hatten den Auftrag, offen und konstruktiv zu entscheiden. In diesen Gesprächen gab es angeblich keine Tabus.

Die Frage von Herrn Schönwälder, ob im Ratskollektiv über die Kirchenpolitik referiert wurde, wurde bejaht.

- *Die Zusammenarbeit mit dem Volkspolizeikreisamt erfolgte u.a. bei der Genehmigung von Veranstaltungen.*
- *Weitere Aufgabe der Abt. Inneres: Wiedereingliederung entlassener Strafgefangener, Eingliederung in das gesellschaftliche Leben von Bürgern, die hier aufgenommen werden. Zurzeit werden 92 Anträge auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR bearbeitet. 1989 bis Januar 1990 sind 2.474 Bürger aus der Stadt Brandenburg ausgereist, davon 1.462 legal.*
- *Eine Arbeitsgruppe hatte den Auftrag, Ausreiseanträge auf Vorliegen der Rechtsvorschriften zu prüfen. Versagungsgründe: Schutz und nationale Sicherheit in der Landesverteidigung. Vorliegen von Strafverfahren, Verstöße gegen die Rechtsordnung, unwahre Angaben des Antragstellers. Entschieden haben die Leiter des VPKA und des MfS. Bezüglich der Landesverteidigung wurde das WKK informiert. Ablehnungen erfolgten ohne Begründung. Für Angelegenheiten Landesverteidigung und Nationale Sicherheit war ein Rechtsweg unzulässig. Die Arbeitsgruppe wurde mit der Ausreisewelle aufgelöst.*

Auf Anfrage des Neuen Forums über Struktur der Arbeitsgruppe und Absicherung der Konsultationen mit dem MfS meinte Frau Neubaus: Lockere Zusammenarbeit, nicht termingebunden, Materialbereitstellung, Datenerfassung. Konsultationen erfolgten mit dem Leiter des MfS, angeblich 1-2-mal im halben Jahr.

Alle Ratsmitglieder waren Waffenträger. Über Doppelmitgliedschaften ist nichts bekannt, jeder Mitarbeiter hatte ein Arbeitsverhältnis mit dem Rat. Direkte Telefonverbindungen zu anderen Dienststellen gab es nicht.

2.02.1990 MV, Artikel: *Staatssicherheit forderte unbegründet Personalakten an. Pressemitteilung des vierten Runden Tisches Brandenburg*

Der Runde Tisch befasste sich ausführlich mit der Verflechtung der ehemaligen Staatssicherheit mit der Abteilung Inneres beim Rat der Stadt. Dazu berichtete die Leiterin in der Abteilung Inneres über die Struktur der Abteilung und über die Einflussnahme von Mitarbeitern der Staatssicherheit auf die meisten Entscheidungen. „Doppelanstellungen“ ihrer Mitarbeiter seien ihr nicht bekannt. Die Staatssicherheit hatte die Möglichkeit in die Akten der Abt. Inneres einzusehen und sie ohne Begründung anzufordern. Insbesondere in Ausreisefragen hätte dieses Amt ein entscheidendes Wort zu sprechen. (...).

15.02.1990 Tagung des regionalen „Runden Tisches“ in der Stadt Brandenburg, Beginn 14.00 Uhr, Ende 20.50 Uhr; Rat der Stadt

1. Diskussion mit dem ehemaligen Leiter des Kreisamtes (KA) Brandenburg, Herrn Fubel, über seine Aufgaben als ehemaliger Leiter der Kreisdienststelle bzw. Kreisamt Brandenburg des Staatssicherheitsdienstes (MfS/AfNS) und zur Eingliederung der ehemaligen Mitarbeiter in den Arbeitsprozess nach ihrer Entlassung.

Die Kreisdienststelle (KD) Brandenburg hatte die Aufgabe den Stadt- und Landkreis Brandenburg zu sichern. Ca. 80 Mitarbeiter hatte die KD, davon waren 45-47 operative Mitarbeiter, der Rest war technisches Personal. „Ehrenamtliche Helfer“ wurden aus Schwerpunktbereichen gewonnen.

Im Verlauf der Diskussion kam zum Ausdruck:

Die Erziehung der Mitarbeit der ehemaligen KD erfolgte auf Grundlage der Beschlüsse des ZK der SED, jeder Auftrag war unter allen Lagebedingungen zu erfüllen. Es gab eine Grundorganisation der Partei, der SED, die sich bei Auflösung des Kreisamtes auch auflöste. Dem Leiter der KD waren der Leiter der Bezirksverwaltung Potsdam für Staatsicherheit und der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung weisungsberechtigt. Es gab eine Zusammenarbeit mit der Volkspolizei, dem Bereich Inneres Rat der Stadt und der Staatsanwaltschaft. Die Werbung von „ehrenamtlichen Mitarbeitern“ (inoffizielle Mitarbeiter), in der KD Brandenburg gab es 650-700, erfolgte auf der Basis der Freiwilligkeit, in früheren Jahren aber auch durch Erpressung. Im Zusammenhang mit der Auflösung des KA bekam der Leiter kurzfristig den eine Weisung der BV Potsdam die Schlagbolzen aus den Waffen (Maschinengewehre und Pistolen) zu entfernen. Dazu wurde die Waffenkammer im Kreisamt laut Herrn Fubel durch den Staatsanwalt und Volkspolizei entsiegelt.

2. Bericht zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit durch den Regierungsbeauftragten Herrn Splett. Dieser nannte als Immobilien des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes in Stadt und Kreis Brandenburg: Objekt der KD/KA Brandenburg Neuendorfer Straße, ein Objekt am Elbe-Havel-Kanal und je ein Wohnhaus in der Mötzower Landstraße und ein Wohnhaus am Margaritenweg. Im Landkreis Brandenburg wurden die Objekte/Immobilien in der Dorfstraße in Dretzen, Reckahn, Riewind, Rottstock, Struvenberg und Wollin-Friesdorf benannt.

6. Inoffizielle Mitarbeiter in den Reihen der Bürgerkomitees

Über inoffizielle oder hauptamtliche Mitarbeite in den Bürgerkomitees ist nichts bekannt.

Ralf-Stephan Rabe

Alle personenbezogenen Unterlagen vernichtet Forster Bürgerrechtler finden leergeräumte Stasi-Dienststelle

Im Landkreis Forst (Niederlausitz) ist schon viele Jahre vor dem Umbruchsherbst 1989 eine starke kirchliche Opposition aktiv. Friedensarbeit in den Kirchengemeinden ist im Ökumenischen Friedenskreis Forst/NL (ÖFK) organisiert. Er wird geführt von jungen Pfarrern wie Ingolf Kschenka und Bodo Trummer und hat in der einheimischen Jugend starken Rückhalt. Mit engagiert sind das Ehepaar Günter und Maria Nooke, die Brüder Tilo und Guido Bache und der Chemiker Frank Sensel. Das Engagement für Frieden und Freiheit und der Widerstand gegen die SED ist überkonfessionell organisiert. Die Gruppe der Aktivisten zählt nahezu 15 Mitglieder. (1)

Zum Machtkampf mit dem Staatsapparat kommt es im November 1987, als der oppositionelle Berliner Liedermacher Stephan Krawczyk mit seiner Ehefrau, der Theater-Regisseurin Freya Klier, in der Region auftreten sollen. Unter massivem Druck und nach langen Beratungen sagt der Gemeindegemeinderat das Konzert in der Nachbargemeinde Groß Bademeusel schließlich ab. Im Gottesdienst am darauf folgenden Sonntag verteilt Pfarrer Bodo Trummer einzelne Texte von Stephan Krawczyk, auf dass sich die Gemeindeglieder ihr eigenes Urteil bilden können. Das bringt ihm eine Ordnungsstrafe über 300 Mark ein wegen „Vervielfältigung nicht genehmigter Texte“. (2)

Mit der Herausgabe des Informationsblattes „Aufbruch“ seit Januar 1988, das sich mit den Kirchenthemen Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung auseinandersetzt, erlebt der ÖFK in der Folge starke staatliche Repressionen. Weitere Ordnungsstrafen an Mitglieder werden verhängt. (3) Bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 weist der Friedenskreis Fälschungen nach. Erste Demonstrationen gegen das Regime der SED gibt es in Forst Ende August 1989. Ab dem 16. Oktober 1989 finden regelmäßige Friedensgebete und Demonstrationen statt. (4)

Anfang Oktober '89 beschließt der ÖFK nach intensiver Diskussion der Papiere der neu gegründeten demokratischen Gruppierungen, sich der Initiative „Demokratie Jetzt“ (DJ) anzuschließen. Auf Initiative von Günter Nooke bildet sich Ende Oktober in der Stadt eine Gruppe des „Demokratischen Aufbruch“ (DA). Nooke, Mitbegründer des DA, wird in den Vorstand der Partei gewählt. Der DA wird in Forst zur wichtigsten politischen Gruppierung. Die „Bürgerkommission zur demokratischen Erneuerung“ wird gegründet, die sich wiederum aus Mitgliedern des ÖFK und des DA zusammensetzt.

Am 6. Dezember 1989 versuchen Mitglieder von Friedenskreis und Aufbruch, die Kreisdienststelle des MfS in Forst zu besetzen. Doch diese ist bereits völlig leergeräumt und befindet sich in Auflösung. Alle Akten sind vernichtet oder in die Bezirksverwaltung des Staatssicherheitsdienstes nach Cottbus abtransportiert worden.

Pfarrer Ingolf Kschenka erinnert sich im Gespräch daran, dass der ÖFK bereits Ende November '89 dazu aufgerufen hatte, die Stasi-Kreisdienststelle zu besetzen. Das Verschwinden und Vernichten der Akten sollte unterbunden werden. Anfang Dezember, drei oder vier Tage vor dem Ortstermin in der Dienststelle habe sich eine Bürgergruppe dann an den Rat des Kreises, Abteilung Inneres, gewandt und erklärt, sie „bitte um Einlass in die Dienststelle“. So viel Zeit für die eigene Organisation habe die Gruppe kalkuliert, ehe sie am Vormittag des 6. Dezember 1989 die Dienststelle des MfS in Forst betritt - mit einem freundlichen Empfang in leergeräumten Räumen.

„Alle Akten waren zu diesem Zeitpunkt vernichtet worden oder in die Bezirksverwaltung nach Cottbus gebracht worden. Eine Besetzung des Gebäudes schien deshalb nicht mehr sinnvoll“. So resümiert Bürgerrechtlerin Maria Nooke 2004. (5)

Die Stimmung beschreibt Ingolf Kschenka als verunsichert: „Wir ließen uns führen.“ Im Keller des Objektes treffen sie auf eine Gruppe Heranwachsender, deren Aufgabe unklar bleibt. Für die Kellerräume fehlt angeblich ein Schlüssel - das nehmen die versammelten Bürgerrechtler widerspruchslos hin. Ein Techniker aus der 15-köpfigen Gruppe ist tief beeindruckt von der riesigen Telefonanlage. Kaum einer spricht laut, immer stiller werden sie. Dabei hat Kschenka selbstbewusste und kräftige Begleiter ausgewählt, die sich nicht leicht einschüchtern lassen. Schließlich sind sie an der Kantine angelangt. Sie werden „mucksmäuschenstill“. Ein Notizbuch mit Namen fällt dem Pfarrer in die Hand, er blättert darin, wenige Namen sind ihm vertraut, da er erst wenige Jahre in der Lausitz arbeitet. Sorgfältig legt er das Buch wieder beiseite. (vgl.1)

Der Gedanke, er könnte das Buch als Beweisstück mitnehmen, kommt Ingolf Kschenka nicht in den Sinn. „Wir waren völlig unfähig“, konstatiert er.

Auf dem Hof hält Pfarrer Christian Popp aus Cottbus vor den Garagentoren inne. Dahinter ist der Fuhrpark abgestellt. Er hat eine Vermutung: Dort könnten Dokumente verladen werden! Ein MfS-Mitarbeiter kommt ihm abwiegelnd entgegen: Nein, da sei nichts, und gefährlich sei der Ort ohnehin. Popp ist beeindruckt - und lässt ab. (vgl.1) Er wagt keinen Blick hinter die Tore.

Ein weiteres Objekt haben die Bürgerrechtler an diesem Tag noch in Augenschein genommen. Einige Mitwirkende sind dabei über eine Mauer gesprungen. Auch in diesem Falle haben sie vermutet, Akten würden beiseite geschafft. Als sie im Haus auf einen Mann treffen, erschrecken sie gegenseitig. Beide Parteien haben dasselbe Anliegen: Sichern und Schützen. Das Objekt erweist sich allerdings als leer.

Kurze Zeit später haben in der Bezirksstadt Cottbus Bürgerrechtler die Bezirksverwaltung des MfS gesichert, Zugänge zugemauert, um weiteren Schwund von Akten und Datenmaterial zu unterbinden. Aus den gefundenen Sachakten wird ersichtlich, welchen Stellenwert die Be-

arbeitung des ÖFK Forst und die dortigen Kirchenleute für die Stasi hatten. So nennt MfS-Major Röchow aus Forst in seiner Diplomarbeit mit dem Titel „Inhaltliche und methodische Probleme bei der Einschätzung der politisch-operativen Lage für die Jahresplanung des Leiters der Kreisdienststelle Forst“ aus dem Jahre 1988 wichtige Schwerpunkte: „zu sichernde Objekte, Bereiche, Territorien, Prozesse, Komplexe und damit in Zusammenhang stehende Personen und Personenkreise“. (6)

Nach Einsicht der eigenen Opfer-Akten entdeckt Ingolf Kschenka nach der Jahrtausendwende, dass der Stellvertretende Vorsitzende des Rates des Kreises als IM gearbeitet hat. Bei ihm hatte er wenige Tage vor dem Termin in der Stasi-Dienststelle den Besuch angekündigt gehabt. Auf ihn persönlich waren fünf IM angesetzt gewesen, liest er in seinen Akten. Dabei versucht er, differenziert zu bleiben: Einige waren jung, andere erpressbar oder erpresst worden wegen Studium oder Familie. Manche hätten sich ihm nach der Friedlichen Revolution offenbart. Andere, Freiwillige und Überzeugungstäter, vermieden heute noch immer jeden Kontakt und jedes Gespräch mit ihm.

Thomas Wendel

Quellen:

- (1) Gespräch mit Pfarrer Ingolf Kschenka, Forst, 3.12.2009
- (2) Pfarrer Bodo Grützner, Kirchengemeinde Forst-Eulo, hat 1992 den Familiennamen seiner zweiten Ehefrau angenommen.
- (3) siehe Maria Nooke: Der Ökumenische Friedenskreis der Region Forst. In: Horch und Guck 32 (2000), Seite 18.
- (4) vgl. Nooke (2000), Seite 20.
- (5) siehe Maria Nooke in: „Horch und Guck“ (2004).
- (6) zitiert nach Maria Nooke: Für Umweltbewußtsein und Demokratisierung, Berlin 2008, Seiten 200ff.

Alle personenbezogenen Unterlagen vernichtet

Synopse zur Stasi-Auflösung in Forst/Lausitz

1. Wer waren die Initiatoren der Besetzung?

In Forst/Lausitz war der Protest kirchlich geprägt. Der Ökumenische Friedenskreis (ÖFK) um den evangelischen Pfarrer Bodo Grützer aus Forst-Eulo, war sehr engagiert. Ein anderer Aktivist war Pfarrer Ingolf Kschenka aus einer weiteren Forster Kirchengemeinde.

Zahlreiche Mitglieder, überkonfessionell und aus unterschiedlichen Schichten und teilweise sehr jung, engagierten sich, sagt Pfarrer Kschenka heute. Als politische Bewegung in Forst war der Demokratische Aufbruch aktiv. Aktiv und bekannt aus der damaligen Zeit sind der heutige CDU-Abgeordnete Günter Nooke und seine Frau Maria.

Zum Kern zählten: Michael Moogk (Pfarrer in Döbern), Frank Sensel (Wasserwirtschaft Kreis Forst), Guido Bache (VEG Sacro) und auch der Lehrling Thilo Bache und sein Bruder Ronny Bache (Maurer) sowie Frank Henschel (Gemeindehelfer ev. Kirche Forst). Zum Sympathisantenkreis zählten Maria Nooke, die heute in der Gedenkstätte Berliner Mauer arbeitet, die Pfarrer Ingolf Kschenka, Hans-Wilhelm Pietz und Jörg Radeke.

Im Oktober 1989 hatte der Ökumenische Friedenskreis nach intensiver Diskussion der Papiere der neuen Gruppierungen den Beschluss gefasst, sich der Initiative „Demokratie jetzt“ anzuschließen.

Vom 16. Oktober an fanden regelmäßige Friedensgebete und Demonstrationen in Forst statt. Mitglieder des ÖFK übernahmen dabei eine wichtige Rolle. Sie initiierten Demonstrationen und informierten über die neu gegründeten Parteien und Gruppierungen.

2. Zeitliche Abläufe bei der Besetzung

„Soweit mir bekannt ist, wurde bereits am 2. Dezember 1989 auf einer Sitzung des Demokratischen Aufbruch angekündigt, man werde am 6. Dezember in die Stasi-Kreisdienststelle gehen“. Das erinnert Maria Nooke, die dann an diesem Tag mit dabei war.

Da die Räume bereits geräumt waren, die Kreisdienststelle sich in Auflösung befand, ist statt Besetzung der Terminus „Ortsbegehung“ passender.

Am 7.12. gingen dann nochmals einige der Gruppenmitglieder, die am Tag zuvor in der Kreisdienststelle waren, in die SED-Kreisdienststelle, um zu kontrollieren, ob dort Akten vernichtet wurden.

4. Vorgehensweise

Die Bürgerrechtlerin Maria Nooke spricht davon, dass eine Besetzung nicht mehr sinnvoll schien. Als sie eintrafen, waren bereits alle Unterlagen geräumt gewesen.

„Ich weiß nur noch, dass außer mir Bodo Grützner (er heißt nach einer Heirat heute Bodo Trummer), Pfarrerin Petra-Edith Pietz und Pfarrer Christian Popp (beide nicht ÖFK) dabei waren. Wenn ich mich richtig erinnere, war auch von den Brüdern Bache (ÖFK) jemand dabei. Eventuell auch Detlef Hergenröther (DA), das weiß ich aber nicht genau.“

Maria Nooke erinnert sich so (im Gespräch mit dem Autor am 4. Dezember 2009):

„Zuerst Treffen bei der Staatsanwaltschaft etwa um 9 Uhr vormittags mit fünf Leuten. Mit dem Leiter der politischen Abteilung der Kriminalpolizei (K1) zur Kreisdienststelle (KD) gefahren, dort ging der K1-Mensch zuerst in die KD hinein und ließ uns im Vorraum der Diele der Villa stehen. Als er wieder nach draußen kam und uns bat, in den beiden im Vorraum abgetrennten Warteräumen Platz zu nehmen und wieder hinter der Glastür zur Diele verschwinden wollte, stellte ich meinen Fuß in die Tür und erklärte, dass wir da hinein wollen.

Darauf öffnete sich die Tür und es bot sich eine bemerkenswerte Szene: Vor dem Bild von Feliks Dzierzinsky, das mit einem wallenden roten Tuch altarähnlich drapiert war, stand der KD-Chef mit aschgrauem Gesicht. Wir gingen dann durch alle Räume, im ersten ließen wir den Stahlschrank öffnen. Darin lagen zwei Glühbirnen und ein leerer Aktenordner. In den Büros saßen die Mitarbeiter an ihren Arbeitsplätzen und harrten der Dinge, die da kommen würden. Es war eine gespenstische Atmosphäre. Die Räume waren zwar möbliert, aber komplett leergeräumt. Im Dienstzimmer des KD-Chefs untersuchten wir die Telefonanlage und fragten nach den Abhöranlagen. Er reagierte empört, so etwas habe es nicht gegeben!

Im Gespräch wurde jedoch deutlich, dass er genau wusste, wer wir waren. Der ÖFK war ihm ein Begriff. Als ich gegen 11 Uhr gehen musste, weil meine einjährige Tochter zu Hause allein war und um diese Zeit aufzuwachen pflegte, fragte Bodo Grützner nach der Waffenkammer. Daraufhin wurde meiner Erinnerung nach der K1-Chef unruhig und meinte, soweit dürfe es nicht gehen. Mit mir ging auch Christian Popp. Die übrigen Leute drängten offensichtlich nicht darauf, die Waffenkammer zu sehen.

Im Nachhinein hörten wir von Arbeitern der angrenzenden Tuchfabrik, dass in den Nächten davor Sachen mit Autos abtransportiert worden waren und die Heizung heftig in Betrieb war.“

5. Welche lokale Bündnisse (Runden Tische) gab es?

Der Friedenskreis und der Demokratische Aufbruch waren gemeinsam aktiv und inhaltlich-politisch standen sich beide nahe. Doch bereits im November 1989 kam es zu Auflösungserscheinungen, unterschiedliche Auffassungen über die künftige Entwicklung traten hervor.

Die Entscheidung des ÖFK gegen eine Kandidatur bei der Kommunalwahl im Mai 1990 führte zu dessen Bedeutungsverlust. Es folgte die differenzierte Entwicklung in der neuen demokratischen Gesellschaft.

6.- 9. Bürgerbündnis, Runder Tisch, Komitee

Zu den Punkten 6 bis 9 konnte trotz mehrerer Gespräche mit Bürgerrechtlern nichts mehr ermittelt werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass über die genannten Initiativen und Personengruppen keine weiteren nennenswerten Kooperationen zustande kamen.

10. Kooperationsebene Bürgerkomitee/Beauftragte der Modrow-Regierung

Kommunikation zur Modrow-Regierung hat es nach Erkenntnissen der Beteiligten nicht gegeben.

11. Informationen über IM

Mit dem OV* „Risiko“ gelange die Friedensinitiative in Forst ins Visier der Stasi. Die Diplomarbeit eines Stasi-Majors (Röchow) zur „Optimierung der operativen Arbeit des MfS der KD Forst“ ist für die Forster Bürgerrechtlerin Maria Nooke ein Beleg dafür, dass sie sehr stark observiert wurden. Bereits vor den Ereignissen im Herbst 1989 hatte es starke Repressionen gegeben, was vermuten lässt, dass in der Provinz ein Exempel statuiert werden sollte. Ordnungsbußen für Druckschriften wurden beispielsweise verlangt und auf politischen Druck hin wurde ein Konzert des Liedermachers Stephan Krawczyk kurzfristig abgesagt.

12. Positionierung zur Akten-Vernichtung und Entwaffnung

Sämtliche personenbezogenen Akten waren zum Zeitpunkt der Besetzung, also der Ortsbesichtigung am 6.12.1989, bereits vernichtet, berichtet Maria Nooke. In einer Presseerklärung der Bürgerkommission für demokratische Erneuerung drückt die Initiative darüber ihr Missfallen aus. Auch bei der Auflösung der Waffenkammer am 7.12.1989 waren die Bürgerrechtler nicht informiert.

Maria Nooke hat bereits darauf hingewiesen, dass das Interesse an der Waffenkammer – und folglich auch an deren Sicherstellung und Räumung – seitens der Bürgerrechtler gering gewesen sei.

13. Zusammenarbeit mit Presseorganen

In einer Presseerklärung des Bürgerkomitees zur demokratischen Erneuerung vom 7.12.1989 informierte die Öffentlichkeit über die Aktion und die Überprüfung der Räume der SED-Kreisleitung.

Die Lausitzer Rundschau (LR) meldete am 13.12.1989, dass die Auflösung der Waffenkammer vollendet und die Kreisdienststelle des MfS geschlossen sei. Eine Mitteilung der LR vom 15.12.89

* OV = Operativer Vorgang der Staatssicherheit über politisch Verfolgte

besagt, dass Bürgervertreter trotz anders lautender Absprache vom MfS über diese Schließung nicht informiert worden waren.

14. Erwähnenswerte Ergebnisse des Bürgerkomitees

An Besonderheiten über das Erwähnte hinaus kann sich kein Beteiligter mehr erinnern.

15. Nachweise, Dokumentationen

Im Pfarramt von Forst-Eulo sind heute keine Unterlagen erhalten. Pfarrer Bodo Trummer stellt mit Bedauern fest, dass aus der Zeit der friedlichen Revolution weder Texte noch Dokumente oder persönliche Niederschriften auffindbar sind. Auch Tagebucheinträge finden sich bei den Beteiligten nicht in dem Sinne, dass sie für eine nachvollziehbare Dokumentation der damaligen Ereignisse aussagekräftig wären. Unterlagen sind im Privatarchiv von Maria Nooke, Berlin, aufbewahrt. Nachweise, Schriftstücke oder Protokolle sowie Aufnahmen jedweder Art hat auch Pfarrer Ingolf Kschenka nicht.

Thomas Wendel

Inspektion statt Auflösung – Zum Ende der Kreisdienststelle Fürstenwalde des MfS

1. Initiatoren der Besetzung

Initiatoren der Besetzung in Fürstenwalde war eine Gruppe von fünf bis sechs Bürgern, darunter waren Pfarrer Fichtmüller, der Künstler Friedrich Stachat und Torsten Schruhl von „Demokratie Jetzt“.

2. Zeitliche Abläufe bei der Besetzung

Der zeitliche Ablauf kann rückblickend nicht mehr exakt rekonstruiert werden, da den Zeitzeugen Unterlagen fehlen. Die Protokolle des Runden Tisches Kreis und Stadt Fürstenwalde werden im Kreisarchiv Beeskow verwahrt. Die Besetzung der Kreisdienststelle des MfS in der Dr.-Wilhelm-Külz-Straße in Fürstenwalde kann treffender als „Inspektion“ bezeichnet werden. Dies fand in der ersten oder zweiten Dezemberwoche 1989 statt.

3. Kooperationspartner

Einzigster Kooperationspartner war die Staatsanwaltschaft.

4. Vorgehensweise

Mit der Staatsanwaltschaft wurde der Zugang zum MfS erreicht. Dann folgte die Begehung der gesamten Anlage. In jedem Dienstzimmer wurden die Schränke versiegelt. Am folgenden Morgen wurden die Siegel um 7 Uhr überprüft.

5. Bildung des lokalen Bürgerkomitees

Die Besetzung bzw. Inspektion der Fürstenwalder Kreisdienststelle ist im Zusammenhang mit dem Runden Tisch zu sehen. Am 30. November 1989 fand im Festsaal des Alten Rathauses die konstituierende Sitzung des „Runden Tisches - Stadt und Kreis Fürstenwalde“ statt.

6. Arbeitsweise des lokalen Bürgerkomitees

Zur Sicherung des Runden Tisches wurden die Modalitäten festgelegt. Superintendent Kuhn übernahm die Moderation. Festgelegt wurde der Ablauf der Sitzungen, die Stimmberechtigungen, in welcher Weise die Parteien und Bürgerbewegungen die Presse informieren sollen und die Art der Protokolle. Ansprechpartner für die Bevölkerung und Kontaktadressen wurden benannt.

Am Runden Tisch wurde eine „Kommission zur Überprüfung von Amtsmissbrauch“ gebildet. Sie nahm zügig ihre Arbeit auf.

7. Kooperation Bürgerkomitee/Bevölkerung

Die Kooperation zwischen der Bevölkerung und Vertretern der „neuen“ politischen Gruppen am Runden Tisch in der Stadt und dem Landkreis Fürstenwalde war intensiv. Sie war geprägt von Offenheit und aktiver Mitwirkung. Es gab frühzeitig Hinweise auf Aktenvernichtung in der Kreisdienststelle des MfS Fürstenwalde. Diese Hinweise wurden dann bei der Begehung oder Inspektion des Gebäudekomplexes Anfang Dezember bestätigt: Im Keller der Dienststelle fanden sich leere Aktenordner, die bis unter die Decke völlig ungeordnet „gelagert“ waren. Das Dienstzimmer des Oberstleutnants Storch, des Dienststellenleiters, war noch fast vollständig eingerichtet - allerdings fehlten „brisante Unterlagen“.

8. Aufgaben des Bürgerkomitees

Genauere Angaben zu diesem Punkt finden sich in den Protokollen des Runden Tisches im Kreisarchiv in Beeskow. Es gab allerdings bei der Sitzung am 21. Dezember 1989 eine Anhörung des Dienststellenleiters Oberstleutnant Storch. Als Teilnehmerin - ich war stimmberechtigtes Mitglied von „Demokratie Jetzt“ – habe ich diese Anhörung erlebt. Sie diente ausschließlich der Verschleierung und Desinformation durch Herrn Storch. Eine Arbeitsgruppe des Runden Tisches befasste sich systematisch mit den Objekten der Staatssicherheit (Immobilien wie mobilen Objekten) und deren weiterer Nutzung.

Das Gebäude der Kreisdienststelle in der Dr.-Wilhelm-Külz-Straße wurde dem DRK übergeben. Dafür erhielten die Bürgerrechtler und die neuen Parteien das ehemalige DRK-Domizil als „Haus der Demokratie“ für ihre Arbeit ab Januar/Februar 1990 übertragen.

9. Verhältnis Bürgerkomitee zu Runden Tischen bzw. staatlichen Organen

Das Verhältnis der „oppositionellen Gruppen“ am Runden Tisch Fürstenwalde (mit den Arbeitsgruppen, die auch die Problematik MfS bearbeiteten) zu den staatlichen Organen und Institutionen war geprägt von gegenseitigem Misstrauen. Die staatliche Stelle zeigte sich wenig kooperativ. Das kann ich an einem Beispiel illustrieren:

Der in der Fürstenwalder Stadtverwaltung für Inneres verantwortliche Mitarbeiter war nur unter Androhung weiterer Demonstrationen und möglicher Streiks dazu bereit gewesen, die Schlüssel für das „Haus der Demokratie“ in der Dr.-Wilhelm-Külz-Straße 56 zu übergeben. (Siehe dazu auch Punkt 8).

11. Informationen über IM's im Bürgerkomitee

Informationen über IM kursierten im Herbst 1989 eher gerüchteweise. Erst mit den Wahlen im Frühjahr 1990 gab es Grundlagen und Handlungsmöglichkeiten zur Überprüfung auf IM-

Tätigkeit. Allerdings gab es Anfang 1990 den Versuch eines hauptamtlichen Mitarbeiters des MfS Fürstenwalde, wieder als Chemie-Lehrer im Schuldienst zu arbeiten. Massive Proteste von Lehrern, Eltern und Schülern haben dies verhindert.

12.–15. Positionierung zur Aktenvernichtung, Zusammenarbeit mit der Presse, erwähnenswerte Ergebnisse, vorhandene Nachweise

Zu diesen Punkten verweise ich auf die Protokolle des Runden Tisches, die im Kreisarchiv in Beeskow lagern.

Anmerkungen:

Um die Bedeutung einer Kreisdienststelle des MfS erfassen zu können, sind meines Erachtens einige Erläuterungen hilfreich. Dies möchte ich im Folgenden darstellen.

Die Kreisstadt Fürstenwalde/Spree liegt im Randgebiet von Berlin und nicht weit entfernt von der Grenzstadt Frankfurt (Oder). 1989 hatte die Stadt rund 35.000 Einwohner. Sie war wichtiger Industriestandort unter anderem mit dem Reifenwerk „Pneumant“, „Gisag“ und mit dem „VEB Chemie- und Tankanlagenbau“, der in das nichtsozialistische Ausland exportierte. Die Stadt beherbergte die Samariteranstalten, eine konfessionelle Stiftung für die Betreuung, Behandlung und Förderung mehrfach behinderter Menschen. In dieser Ausbildungsstätte sammelten sich gleichzeitig kritische junge Menschen. Darüber hinaus war Fürstenwalde Militärstützpunkt der NVA und der sowjetischen Streitkräfte.

Im nahe gelegenen Bad Saarow existierte die Militär-Medizinische Akademie. Die Rauener Berge beherbergten den „Fuchsbau“, die unterirdische zentrale Luftraumüberwachung der Staaten des Warschauer Paktes.

Die Situation in Fürstenwalde/Spree glich der anderer Städte in der DDR 1989: Versorgungsengpässe, Unzufriedenheit in der Bevölkerung, starke Ausreisewelle, Umweltaktivitäten. Im Oktober 1989 wurde durch das Pfarrersehepaar Ute und Heino Winkler die „Kirchliche Initiativgruppe“ gegründet. Im Pfarrhaus trafen sich Gleichgesinnte, um zu diskutieren und erste Aktionen zu organisieren. Dort kursierten auch Materialien über neue Oppositionsgruppen und Parteien („Demokratie Jetzt“, „Neues Forum“, „Demokratischer Aufbruch“, „SDP“, „Die Grünen in der DDR“).

Die Gruppen formierten sich und vor allem das „Neue Forum“ zählte bald viele Mitglieder. Die „Kirchliche Initiativgruppe“ bereitete gemeinsam mit Vertretern der Bürgerbewegung und den neuen Parteien die ersten Kundgebungen am Dom in Fürstenwalde am Abend des 3. November 1989 vor. Auch die große Demonstration vom 11. November 1989 wurde dort vorbereitet.

Auf beiden Veranstaltungen wurden Forderungen nach Auflösung der MfS-Dienststellen artikuliert. (Motto: „Stasi in die Produktion!“). Mit der Bildung des Runden Tisches am 30. November wurde die Erstbegehung der MfS-Kreisdienststelle legitimiert. Allerdings war hier von den Genossen schon „ganze Arbeit“ geleistet worden. Die Monitore in den Diensträumen waren ausgeschaltet, Material war entfernt bzw. schon im Heizhaus verbrannt worden. Der Waffenraum war Anfang Dezember 1989 noch gefüllt gewesen. Auf dem Dachboden lagen Sandsäcke vor den Fenstern.

Heute arbeitet in den Gebäuden das Deutsche Rote Kreuz laut einem Beschluss des Runden Tisches. Vor dem Hause hat eine Bürgerinitiative am 18. März 2007 eine Stele errichtet. Sie trägt folgende Inschrift:

„Von 1965 bis 1989 befand sich in diesem Hause die Kreisdienststelle des Staatssicherheitsdienstes der DDR. Ende 1989 beobachteten 68 offizielle und über 500 inoffizielle Mitarbeiter tausende Menschen aus der Region, sammelten Daten, die zur Einschüchterung - Verfolgung - oder Verhaftung führen konnten.“

Inge Czerwinske
Zeitzeugin

Quellen:

- Protokolle des Runden Tisches des Kreises und der Stadt Fürstenwalde im Archiv des Landkreises Oder-Spree in Beeskow
- Projektarbeit von Schülern des Katholischen Gymnasiums „Berhardinum“ in Fürstenwalde: Die Geschichte des MfS in Fürstenwalde, betreut von Franz Josef Niehus.
- Unterlagen (Kopien) der Kreisdienststelle des MfS in Fürstenwalde in der BStU-Außenstelle Frankfurt (Oder)
- Stadt Fürstenwalde (Hg.): Oben und unten und x-mal gewendet. Demokratiebewegungen in Fürstenwalde vom Mittelalter bis 1989 (Fürstenwalder Lesebuch, Bd. 2), Fürstenwalde 2009.

Tasse Kaffee und graue Wände Nur leere Räume bei der Stasi in Pritzwalk

Pritzwalk im Dezember 1989: Unsicherheit, ja Ängstlichkeit prägt die Stimmung an diesem 6. Dezember, einem Mittwoch, in der Kleinstadt Pritzwalk in der Prignitz an der Grenze zu Mecklenburg. Die Kreisdienststelle (KD) des Ministeriums für Staatssicherheit soll „aufgelöst“ werden. Zwei Sprecher des Neuen Forums (NF) sind delegiert worden, die KD aufzulösen: der Falkenhagener Pfarrer Ulrich Preuß und die Pritzwalker Tierärztin Sabine Kloß.

Wenige Wochen zuvor sind sie in dieses Amt delegiert worden, am 17. Oktober hatte die erste Informationsveranstaltung des NF in der Prignitz stattgefunden. Aktiv unterstützt an diesem Abend in der Prignitz hat der Potsdamer Pfarrer Stefan Flade die Arbeit, er ist unterdessen aus dem Norden des Bezirkes ins Oberlinhaus nach Babelsberg gewechselt. Flade berichtet an diesem Abend von der intensiven Arbeit der neuen demokratischen Gruppen in Potsdam, also aus einem Zentrum der Geschehnisse.

Preuß und Kloß übernehmen in diesen unsicheren Umbruchstagen die Aufgabe, die KD des MfS in Pritzwalk aufzulösen. Sie folgen dem landesweiten Aufruf des NF, Akten und Unterlagen zu sichern und so vor dem Verbrennen und Zerreißen durch die Stasi-Mitarbeiter für die Nachwelt zu bewahren. Aber worauf sollten sie achten? Wonach sollten sie suchen? Eine völlig neue Aufgabe, die sowohl die beiden Bürgerrechtler wie auch ihre Widersacher von den staatlichen Organen noch nie erlebt haben - und sich das bis dato auch nicht vorstellen konnten. „Wir wussten ja nicht, was die Stasi war. Klar, die spionierten Leute aus, aber sonst, wie die vorgehen, das war mir nicht klar“, sagt Pfarrer Ulrich Preuß. Von Arbeitsweise und Strukturen und Personen hätten die Bürgerrechtler damals keine Ahnung gehabt, sie seien „ziemlich naiv gewesen“. (1)

An der Tür der Dienststelle empfängt sie an diesem Mittwoch ein Vertreter des „Schildes und Schwerts der Partei“, ein hauptamtlicher MfS-Offizier, freundlich, aber verunsichert ob der Zeit und seiner verloren gegangenen Aufgabe und Identität. Den Besuch hat Ulrich Preuß ein oder zwei Tage zuvor angekündigt. Trotz aller Spontaneität musste ja organisiert werden: Aus der Kirchengemeinde oder der Arztpraxis kann man nicht so ohne weiteres plötzlich fernbleiben. Dazu muss die Kinderbetreuung organisiert werden.

Die Stasi ist zumindest vorbereitet, wenn nicht gar vorgewarnt. Der Stasi-Offizier gewährt den Oppositionellen an diesem 6. Dezember 1989 Einlass ins Dienstgebäude in der Bahnhofstraße.

„Wir waren unsicher, wir kamen ja als ‚Sieger‘ und trafen einen sehr verunsicherten Stasi-Offizier“, reflektiert Sabine Kloß (2). Unterwürfig wirkt er auf sie. Er bietet eine Tasse Kaffee an. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir Kaffee getrunken haben“, erinnert sie sich. Dass der

Kaffee angeboten wurde, weiß Ulrich Preuß noch ganz genau. Beiden wird danach gezeigt, was sie zu sehen wünschen: Räume, Schränke, Regale, der Keller. Die Bürgerrechtler müssen allerdings schnell feststellen, dass alle Schränke und Regale bereits leergeräumt sind. Nichts liegt mehr auf den Regalböden. „Alles ganz sauber“, stellt Sabine Kloß fest.

Eine halbe Stunde lang sehen sie sich um, können aber nichts finden. „Die Räume waren groß und grau. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dort Leute verhört worden sind“, sagt sie rückblickend.

Im Keller stehen einige Apparate, aber in der Erinnerung lässt sich nicht mehr herausfinden, ob dies Abhöranlagen, Telefon- oder Funkapparaturen waren.

Von Auflösung der Stasi-Dienststelle in der Kreisstadt Pritzwalk kann demnach keine Rede sein. Ein Protokoll des MfS über die verbrannten Aktenbestände und die umgelagerten Akten in die Bezirkszentrale nach Potsdam erhalten die Bürgerrechtler an diesem 6. Dezember nicht. So können sie sehr zu ihrem Bedauern die Aussagen des MfS-Offiziers hinsichtlich der angeblichen Unwichtigkeit der Dokumente oder deren Verjährung nicht nachprüfen.

Die Sorge um Aktenvernichtung ist begründet. Am Vorabend dieses 6. Dezember nehmen Bürgerinnen und Bürger eine verstärkte Rauchentwicklung aus dem Schornstein wahr. Auch das erhöhte Fahrzeugaufkommen auf dem Gelände der KD nehmen sie aufmerksam wahr. Besorgt haben sie an diesem Abend des 5. Dezember 1989 die Leiterin der „Kommission zur Untersuchung von Amtsmissbrauch und Korruption im Kreis Pritzwalk“ informiert. Noch am Abend versiegelt die Staatsanwältin die Panzerschränke und Aktenschränke. Die Vernichtung wichtiger Akten und Datenbestände soll verhindert werden. Allerdings muss auch die Staatsanwältin erkennen, dass die Schränke bereits leergeräumt sind...

Der Leiter der Dienststelle bestätigt an diesem Abend die vermutete Aktenvernichtung: Teilweise seien Bestände als „veraltet“ eingestuft und folglich verbrannt worden. Weiteres Material sei „im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Dienststelle“ an das zuständige Bezirkszentrale des MfS in Potsdam überstellt worden (vgl. 2).

In einem der wenigen Originaldokumente dieser Umbruchszeit heißt es: „Am 6. Dezember sind wir als Sprecher einer Gruppe des Neuen Forums mit folgender Forderung vor den amtierenden Vorsitzenden des Rates des Kreises getreten: (...) Damit auch im Kreis Pritzwalk verhindert wird, dass wesentliche Akten und Daten vernichtet werden, fordern wir die sofortige Versiegelung des Gebäudes des Ministeriums für Staatssicherheit sowie die Sicherung der vorhandenen Unterlagen.“ (3)

Wenige Tage später, am 8. Dezember, treffen sich die Kreis-Staatsanwältin und die beiden Vertreter des Neuen Forums erneut in der leergeräumten Dienststelle des MfS mit dem dortigen Leiter. Schränke und Regale werden entsiegelt. Sehr zu seiner Überraschung hält Ulrich

Preuß heute fest, dass es die Staatsanwaltschaft war, welche die Schränke ver- und entsiegelte – wobei die Staatsanwaltschaft als weiteres staatliches Organ neben dem MfS nicht unbedingt Gegenspieler gewesen sei. (4)

In den Herbsttagen 1989 sind drei Runde Tische in der Kreisstadt Pritzwalk aktiv, in der Nachbarstadt Neustadt/Dosse ebenso. Sie werden von Pfarrern geleitet, weil diese innerhalb der Kirchengemeinden Erfahrungen im Umgang mit Diskussionen und Moderation gesammelt haben. Dem Urteil von Ulrich Preuß zufolge wäre der alte Machtapparat damit völlig überfordert gewesen.

Während es keine regulären Bürgerkomitees in den Prignitzer Kleinstädten gibt, die Aktionen nicht über die Region hinaus koordiniert werden und auch kein Kontakt zur Modrow-Regierung in Berlin besteht, wird an den Runden Tischen um Zukunftsfragen in der Kommune gerungen: Bildung, Justiz, Wirtschaft und Soziales sind die Kernthemen. Besonders junge Leute verlieren jedoch schnell das Interesse und wollen nicht weiter in den „Debattierklubs“ mitwirken, meint Ulrich Preuß rückwirkend. (vgl. 1)

Die Zusammenarbeit mit den Presseorganen ist nicht ausgeprägt in der Prignitz. Für Peter Freimark, Pfarrer i.R. aus Perleberg, ist im Herbst 1989 die Presse nicht wichtig. Die SED-Bezirkszeitung aus Potsdam, die Märkische Volksstimme (MV), verhält sich in diesen Wochen seiner Einschätzung nach „abwartend reserviert“. An West-Presse ist zu diesem Zeitpunkt niemand interessiert. „Wir wollten die Dinge hier regeln“, betont er. (5) Von sich aus suchen die Bürgerrechtler in Neustadt/Dosse nicht den Weg zur Zeitung, geschweige denn zu Funk oder Fernsehen. In Pritzwalk ist die zitierte Pressemeldung des Neuen Forums in der MV zur „Stasi-Besetzung“, gezeichnet von Sabine Kloß, das einzige auffindbare Dokument.

Aus heutiger Sicht ungewöhnlich, aber in der Zeit damals völlig normal ist das Fehlen fast aller privaten Aufzeichnungen, von Mitschnitten, Protokollen oder Notizen und auch Fotografien. Vereinzelt sind Termine in Kalendern vermerkt, mehr nicht. Die Protagonisten waren zu sehr in der Zeit involviert und hatten kaum die Zeit und kaum das Bewusstsein, zu protokollieren und zu reflektieren.

Mit Protokoll vom 18. Dezember 1989 übergab schließlich die mittlerweile in „Amt für Nationale Sicherheit“ umbenannte Bezirksverwaltung der Staatssicherheit in Potsdam die Immobilie in der Pritzwalker Bahnhofstraße unentgeltlich dem Volk zurück, also dem Rat der Stadt. Das staatliche Gesundheitswesen übernahm das Gebäude ab Januar 1990.

Was die beiden Pfarrer Preuß und Freimark erst Jahre später erfahren haben: In ihren eigenen Kirchenkreisen waren zahlreiche IM tätig und auch auf sie selber angesetzt: junge, alte, Männer, Frauen, auch Alkoholiker mit glaubwürdigem seelsorgerischem Verlangen. (vgl. 5) Er-

schüttert ist Peter Freimark noch heute, dass auch ein Pfarrerskollege für das MfS tätig war. Das hat er in seinen 3500 Seiten umfassenden Opferakten herausgefunden.

Thomas Wendel

Quellen:

- (1) Gespräch mit Pfarrer i.R. Ulrich Preuß, Pritzwalk, 16.9.2009.
 - (2) Gespräch mit Tierärztin Sabine Kloß, Pritzwalk, 28.11.2009.
 - (3) Pressemitteilung des NF, gezeichnet von Sabine Kloß, MV vom 13.12.1989.
 - (4) Gespräch mit Pfarrer i.R. Ulrich Preuß, Pritzwalk, 25.11.2009.
 - (5) Gespräch mit Pfarrer i.R. Peter Freimark, Perleberg, 3.12.2009.
- Weiterhin eine Ausstellung der BStU-Außenstelle Potsdam, die im Herbst 2009 im Heimatmuseum Pritzwalk gezeigt wurde.

Die Besetzung der Kreisdienststelle der Staatssicherheit in Rathenow am 4.12.1989

Eine detaillierte Beschreibung fast zwanzig Jahre zurückliegender Vorgänge fällt nicht leicht, haben sich doch nach zwei Jahrzehnten viele Einzelheiten verflüchtigt oder relativiert und könnten heute sogar anders interpretiert werden.

In dieser aufregenden Zeit nach dem 7. Oktober des Jahres 1989 erschien es nur als notwendige Folge des allgemeinen, nicht zu bremsenden Aufbruchs der Bürger der DDR, in unserem Bezirk Potsdam vor allem durch das Neue Forum koordiniert, endlich Einblick in die mysteriöse, verhasste Organisation der Staatssicherheit zu bekommen, zumal die Zeichen der Zeit auf ein baldiges Ende der „Diktatur des Proletariats“ standen und die Gefahr der Vernichtung oder des Abtransports von Dokumenten der Stasi absehbar erschien.

Es formierte sich, dieser Erkenntnis folgend, am Morgen des 4. Dezembers 1989 eine Mahnwache vor dem Tor der Kreisdienststelle (KD) des MfS, die darauf achtete, dass keine Akten aus dem Gebäude verschwinden konnten. Autos, Aktentaschen und sogar Essenkübel der Stasi wurden von den Bürgern kontrolliert – ohne den erhofften Erfolg. Selbst der argwöhnische Blick zum Schornstein des Gebäudes – man vermutete Aktenverbrennung – war vergebens. In dessen lief sich der Reißwolf im Keller heiß, wie wir heute wissen.

Viele Bürger unterstützten die Mahnwache vor dem Stasigebäude und versorgten die Beteiligten mit heißen Getränken und belegten Brötchen. Dass es eine Ausfahrt am anderen Ende des Stasiareals gab, war uns bis dahin unbekannt, und so harrte die Mahnwache viele Stunden mit wechselnden Personen vor dem Haupteingang aus, allerdings ohne fündig zu werden.

Ein Mitglied des Kreissekretariats der CDU Rathenow und ein Mitglied des Sprecherrates des Neuen Forums verfassten im Laufe des Tages einen Brief an den Staatsanwalt des Kreises Rathenow mit folgendem Inhalt: „Angesichts der ungeheuerlichen Vorgänge in unserem Land ersuchen wir Sie dringend, die notwendigen Maßnahmen zur Abwendung von Verdunklungsgefahren, Vernichtung von Beweismaterial und Absetzbewegungen bei der ehemaligen Dienststelle der Staatssicherheit Kreis Rathenow zu ergreifen. Analog zu den Lösungen, die jetzt in der DDR üblich sind, muss die Sicherung gemeinsam von Volkspolizei, Justiz und unabhängigen Bürgern (Neues Forum) erfolgen.“

Der Staatsanwalt, ein hyperthymischer sozialistischer Inquisitor, lehnte eine Versiegelung mit der Begründung ab, die Staatssicherheit unterliege als bewaffnetes Organ der Militärjustiz und könne nur von einem Militärstaatsanwalt versiegelt werden. Mit dieser, nach DDR-Gesetzgebung vermutlich stichhaltigen Begründung, war der Staatsanwalt „aus dem Schneider“. Der angeblich von ihm angeforderte Militärstaatsanwalt traf jedoch nie ein.

Gegen Abend betraten die ersten Bürger die KD des MfS. Man war des Wartens vor dem Eingang müde und wollte sich endlich Klarheit verschaffen. Die Tür des Stasigebäudes, das hochgesichert und videoüberwacht gegen jedes unbefugte Eindringen geschützt sein sollte, öffnete ein junger Mann mittels einer einfachen Nagelfeile und betrat zusammen mit anderen Bürgern eines der beiden Stasigebäude, die von einem ca. 2,50 m hohen schmiedeeisernen Zaun umgeben waren. Der Vorwurf des Stasipförtners, dass die Besetzer Hausfriedensbruch begingen, wurde unbeachtet zur Kenntnis genommen.

Der von den Besetzern erwartete Widerstand der Stasimitarbeiter blieb aus. Einige von ihnen hielten es offenbar für das klügste, die entstandene Situation durch eine gewisse Kooperation zu entschärfen, denn der Bann der Unantastbarkeit schien bereits gebrochen. In ihrer eigenen Dienststelle freien Bürgern einmal Rede und Antwort stehen zu müssen, darauf waren sie nicht vorbereitet, da eine solche Entwicklung bei der Verbohrtheit und Arroganz des Ministeriums für Staatssicherheit nie denkbar erschien.

Man zeigte uns zunächst die wenig brisanten Räumlichkeiten, wie den Kultur- oder Versammlungsraum mit der obligatorischen, fahnenstrotzenden Leninecke, die Arbeitszimmer und die Küche. Erst nach ausdrücklicher Aufforderung konnten wir die Telefonanlage und die Waffenkammer besichtigen. Währenddessen barmte uns die einzige anwesende Frau der Stasi im Range eines Leutnants die Ohren voll, sie würde am liebsten sofort alles stehen und liegen lassen und zu einem zivilen Leben zurückkehren.

Auf die Frage, ob Akten vernichtet worden seien, antwortete man mit nein. Alle Akten wären vor einigen Tagen abtransportiert und in einer Papierfabrik zu Toilettenpapier verarbeitet worden (!) Nach dem Hinweis, dass der Reißwolf im Keller noch warm sei, wurde den Besetzern mitgeteilt, dass es sich dabei „nur“ um handgeschriebene Aufzeichnungen gehandelt habe, die laut Anweisung vernichtet wurden. Eine Untersuchung der Reißwolle förderte aber sowohl bedrucktes als auch handgeschriebenes Material zutage. Danach befragt, begründete man die Vernichtung mit der Belanglosigkeit der Texte. Wie man diese Aktenvernichtung vertuschen wollte, lässt auf die Wichtigkeit des Materials schließen.

Wohl oder übel musste die Waffenkammer im Keller geöffnet werden. Den ca. 24 hauptamtlichen Mitarbeitern der Kreisdienststelle standen 40 Pistolen der Marke Makarow, 3 MPi KM S, 28 MPi KM, 1 MPi Skorpion, 60.000 Schuss MPi-Munition (einschl. Leuchtspurgeschossen), 2 Panzerbüchsen PPG-7 mit Optik, 2 KK-Gewehre, 1 KK-Pistole, 1 Luftdruckgewehr, 30 Handgranaten (!), 2 NC-Reizgasbehälter (je ca. 5 kg), 2 kugelschreiberförmige Geräte zum gezielten Versprühen von Gas oder ätzender Flüssigkeit auf Personen, einschließlich 12 Füllungen, 1 Jagdwaffe, 5 Kampfmesser, 5 Handfesseln, 5 Führungsketten und 30 Schlagstöcke (von der Stasi verharmlosend als „dreiteiliges Objekt“ bezeichnet) zur Verfügung. Auf unsere Frage, gegen wen

das Waffenarsenal eigentlich eingesetzt werden sollte, antwortete man uns: „Gegen den äußeren Feind“. Es war nicht die Zeit, über die Aufgaben der NVA, der Kampfgruppen, GST, Bereitschaftspolizei und anderer militärischer Gruppierungen in der DDR zu diskutieren. Das Munitionsdepot der Stasi besaß offensichtlich soviel Patronen wie der Kreis Rathenow Einwohner hatte. Bei den sogenannten dreiteiligen Objekten wurden nur 29 gezählt, und wir bestanden darauf, den fehlenden Schlagstock zu bekommen. Nach längerer abwiegelnder Diskussion rückte ein Stasimitarbeiter, der uns durch seine reizbare Wesensart und seinen hochroten Kopf schon aufgefallen war, nach Weisung seines Chefs, Oberstleutnant F., den letzten Schlagstock heraus.

Indes teilte sich die Gruppe der Besetzer. Nach einem konspirativen Hinweis aus den Reihen der „Staatsmacht“ begab sich am gleichen Abend eine Gruppe von vier Personen in das Volkspolizei-Kreisamt des Kreises Rathenow in die dortige Abteilung Pass- und Meldewesen, jener unbeliebten Polizeidienststelle, die Anträge auf Besuchsreisen in die Bundesrepublik zu bearbeiten hatte.

Von der Volkspolizei wurde die Existenz von Akten über Anträge auf Besuchsreisen in die Bundesrepublik heftig bestritten. Der anwesende Leiter des Volkspolizei-Kreisamts berief sich auf seinen Schwur gegenüber der Arbeiter-und-Bauern-Macht und seinen Klassenstandpunkt, worauf wir dreist antworteten: „Das war gestern. Zeigen Sie uns jetzt die besagten Räume!“ Daraufhin verließ er den Aufenthaltsraum im Volkspolizei-Kreisamt, um zu telefonieren. Die vier Mitglieder des Neuen Forums befanden sich allein in jenem Zimmer, als das Telefon klingelte. Jemand von der Gruppe nahm das Gespräch nach einigem Zögern entgegen. Am anderen Ende der Leitung meldete sich Generalmajor Griebisch von der Bezirksdienststelle der Volkspolizei Potsdam und fragte unwirsch: „Was ist da los?“. „Hier ist gerade die Abteilung Pass- und Meldewesen von Bürgern besetzt worden!“ Daraufhin gab der Generalmajor Griebisch wutentbrannt den Befehl: „Alle Leute sofort verhaften!“ worauf die als Volkspolizist verkannte Person den Hörer auflegte. Die Festnahme unterblieb, da wir den Befehl nicht an die Volkspolizei weitergaben, doch wir hatten in dieser ernsten Stunde viel zu lachen!

Selbstverständlich sichteten wir die Pass- und Meldekarteien stichprobenartig und erkannten natürlich auch die enge Verknüpfung mit der Stasi, was die Besuchsreisen anging. Die meist lächerlichen, gleichwohl anmaßenden Berichte der Abschnittsbevollmächtigten der Deutschen Volkspolizei gaben oft weiteren Anlass zur Heiterkeit. Später sorgten wir für die Versiegelung dieser Abteilung durch den Staatsanwalt.

Am selben Abend wurden auch in der Rathenower Post die Räume besichtigt und versiegelt, die – nach Meinung der Bürger – der Stasi zum Abhören von Telefongesprächen dienten. Auch hier gab es zunächst erhebliche Diskussionen mit den Verantwortlichen, zumal ein großer

Teil des Gebäudekomplexes der Post überraschenderweise von der NVA genutzt wurde. Auch diese Räumlichkeiten wurden versiegelt.

Diese drei Aktionen liefen am Abend des 4. Dezembers in Rathenow ohne gravierende Zwischenfälle ab. Die Besetzungen erfolgten ohne brachiale Gegenwehr und zeugten bereits von der beginnenden Auflösung der Macht des Staatssicherheitsdienstes. Die Hoffnung auf eine Umkehrung der Verhältnisse schien bereits reichlich getrübt bei den eifernden Genossen. Vielleicht ahnten sie, dass brutale Gegenwehr bereits ein paar Tage später geahndet werden könnte. Auf Klassenstandpunkte, Lenin und Schwüre auf die Arbeiter-und-Bauern-Macht ließen sich die Bürger nicht mehr ein, sie hatten genug von den pseudo-religiösen Phrasen der SED-Machthaber und ihren Totschlagargumenten. In den folgenden Tagen traf die Stasi-Außenstellen in den Rathenower Großbetrieben und die Abhörzentrale in den Rhinower Bergen das gleiche Schicksal: Sie wurden versiegelt bzw. arbeitsunfähig hinterlassen.

Besonders erwähnenswert erscheint die riesige Telefonabhöranlage in einem in den Rhinower Bergen gelegenen Stasiobjekt, das weiträumig durch Videokameras und Wachen abgesichert war. Niemand gelangte je in die Nähe dieser ominösen Anlage, bis einem Bürgerkomitee der Zutritt gewährt wurde. Es wurde in das Gelände von einem Stasi-Mann geführt, der mit zitteriger Stimme erklärte, er sei kein kleiner Schnüffler, sondern Diplom-Physiker und könne deshalb zur politischen Bedeutung dieser Anlage nichts aussagen. Das Herzstück dieser Abhörzentrale bestand aus einem recht großen Raum, in dem Hunderte, wenn nicht Tausende Kassettenrecorder an allen vier Wänden übereinander gestapelt waren, auf die jedes Telefongespräch Richtung Westen mitgeschnitten werden konnte. Der großen Anzahl der Geräte nach zu schließen, entging ihnen buchstäblich nichts. Einige Tage später wurden die Videokameras abgebaut, und der ganze Bau schien über lange Zeit verwaist, auch das Personal war abgezogen.

Der Fernsehturm in den Rhinower Bergen wurde natürlich auch umgehend inspiziert, da sich neben seiner eigentlichen Bestimmung als Verstärker des Fernsehfunks der DDR auch die NVA und die Staatssicherheit hier eingenistet hatten. Was die letzten beiden Bereiche betrifft, machten wir bei der Besichtigung kurzen Prozess: Alle Verbindungen der Auslandsfunkaufklärung der NVA und der Stasi wurden gekappt – zum Entsetzen des uns begleitenden Leiters des Fernsehturmes, dem der Angstschweiß dabei auf der Stirn stand. Schlagartig war Schluss mit dem Abhören jeglicher Funksignale zwischen Westberlin und der Bundesrepublik.

Wir hatten in jenen Tagen versucht, die Firma Horch-und-Guck gründlich zu inspizieren und arbeitsunfähig zu machen. Offensichtlich mit Erfolg.

Joachim Kegel
Zeitzeuge

Vergleichsmerkmale bei der Besetzung der MfS-Kreisdienststelle Rathenow am 4. Dezember 1989

1. Initiatoren der Besetzung

Initiator der Besetzung war das Neue Forum auf Anregung eines CDU-Mitgliedes, zweier LDPD-Mitglieder und anderer parteiloser Bürger.

2. Zeitliche Abläufe bei der Besetzung

Nach einem Treffen in einem Raum des CDU-Kreissekretariats, das dem Neuen Forum zunächst als Kontaktbüro diente, formierte sich ungefähr am 4.12.1989 um 10 Uhr zu einer Mahnwache eine kleine Gruppe vor dem Eingangstor der Stasi. Gegen 17 Uhr verschaffte sich diese Gruppe Einlass in das Gelände. Etwa um 19 Uhr verschafften sich weitere Personen des Neuen Forums Zutritt zur Post und zur Abt. Pass- und Meldewesen der VP.

Außenstellen in den Betrieben wurden in den darauf folgenden Tagen inspiziert (Rathenower Optische Werke, Chemiefaserwerk Premnitz, Kreisarchiv, SED-Kreisleitung).

3. Kooperationspartner

Unfreiwillige Kooperationspartner waren die Staatsanwälte und die Polizei. Deutlich ablehnend war der Kreisstaatsanwalt, sein Kollege, ein junger Absolvent der Universität Jena, verhielt sich wesentlich aufgeschlossener.

4. Vorgehensweise

Vor der Besetzung der KD Rathenow wurden ab 10 Uhr Ein- und Ausgangskontrollen vorgenommen, das Potential der Waffenkammer wurde registriert und der Abtransport der Waffen aus dem Keller der Stasi mit dem Waffenmeister der VP Rathenow vereinbart. Die Außenstellen wurden versiegelt.

5. Bildung des lokalen Bürgerkomitees

Auf Grund der sich häufenden Vorwürfe aus der Bevölkerung bez. Schlamperei und Korruption bildete sich eine Gruppe, die solche Vorwürfe entgegennahm. Plattform gab das Neue Forum. Später wurde diese Gruppe als „Zeitweilig parlamentarisch unabhängige Untersuchungskommission“ vom Kreistag legitimiert. Die Gruppe bestand aus 14 parteilosen bzw. parteigebundenen Mitgliedern und einem Pfarrer, der auf einer Demonstration die Ortsgruppe der SPD in Rathenow gründete.

Mehrere „Runde Tische“ zu den Themen Polizei und Staatssicherheit fanden im Sitzungsraum des Rates des Kreises statt. Hier waren alle „Fraktionen“ vertreten. Oft wirkten Pfarrer bzw. Priester als Moderatoren.

6. Arbeitsweise des lokalen Bürgerkomitees

Die Konstituierung der Kommission erfolgte am 11.12.1989. Das Bürgerkomitee traf sich wöchentlich, bei Bedarf auch öfter. Es bearbeitete Eingaben und Beschwerden aus der Bevölkerung, auch persönlich vorgetragene. Fachleute innerhalb des Neuen Forums wurden mit der Bearbeitung beauftragt. Protokolle wurden auf Grund der Turbulenz in den Sitzungen nicht angefertigt, doch jede Beschwerde wurde mündlich oder schriftlich beantwortet. Die genaue Anzahl der Sitzungen lässt sich nicht mehr eruieren, sondern nur mit ca. 12 angeben. Dem Kreistag wurde regelmäßig öffentlich Bericht erstattet, diese Berichte sind erhalten und einsehbar.

7. Kooperation Bürgerkomitee/Bevölkerung

Die Kooperation der Bevölkerung mit dem Bürgerkomitee blieb etwas unter den Erwartungen. Anfänglich strömten die Menschen förmlich in das Kontaktbüro des Neuen Forums. Hier wurden geduldig die Erlebnisse und Beschwerden der Bürger angehört. Die Mitarbeiter waren geradezu überlastet! In Zeitungsartikeln wurden Meinungen und Reaktionen, Vorschläge und Verbesserungen formuliert und an die Lokalpresse weitergegeben. Anonyme Anfragen wurden nicht bearbeitet.

Möglichkeiten der persönlichen Vorsprache waren praktisch jederzeit zu den Öffnungszeiten des Kontaktbüros gegeben.

Der Zustrom und die Mitarbeit vieler Aktiver ließen mit der Zeit merklich nach. Immer mehr wollten sich nach ca. 6 Wochen „eigentlich zurückziehen“ und verließen teilweise den „Osten“ oder kümmerten sich um eine attraktive Arbeitsstelle.

8. Aufgaben des Bürgerkomitees

Das Bürgerkomitee befasste sich mit der Auflösung bzw. Entwaffnung der Stasi-KD und deren Außenstellen in den Betrieben. Außerdem überprüfte es die Arbeitsweise der Post und einiger Polizeidienststellen wie K1 und Pass- und Meldewesen. Nach Mitteilung des Obersts der VP Pohl kam es in keiner weiteren Stadt der DDR zu einer ähnlichen Aktion wie in Rathenow. Es ging auch den Verletzungen des Naturschutzes durch Privilegien für Funktionäre aus Partei und Stasi (Datschenbau im Naturschutzgebiet) nach. Das ehemalige Kreisarchiv und die Kreisleitung der SED wurden ebenfalls „unter die Lupe“ genommen. Das suspektere Gelände der Zivilverteidigung wurde kontrolliert. Es wurden Auflagen erteilt und Empfehlungen gegeben.

Der Fernsehturm in Rhinow, nur zum Teil Verstärker des DDR-Fernsehfunks, wurde inspiziert und die militärischen und geheimdienstlichen Aktivitäten wurden lahm gelegt.

Leider unterblieb eine Kontrolle der Akten des Kreisgerichts bez. politisch motivierter Straftaten wie z.B. „Republikflucht“ und „Boykotthetze“. Vielleicht ist daraus die gelegentliche, jedoch halbherzige bzw. scheinheilige Beteiligung des Kreisstaatsanwaltes an den Aktivitäten des Bürgerkomitees erklärbar.

9. Verhältnis Bürgerkomitee zu Runden Tischen bzw. staatlichen Organen

Das Bürgerkomitee bzw. das Neue Forum hielten vorwiegend Kontakt zu dem amtierenden Vorsitzenden des Rates des Kreises, einem formal korrekten Mann, der das Amt erst bekleidete, als sich von den ehemaligen Funktionären niemand dazu bereit fand. Er hielt offenbar den Kontakt zur Bezirksverwaltung in Potsdam. Sehr hilfreich in dieser Zeit war die Mitarbeit der Pfarrer beider Konfessionen. Mit den Stadtverordneten hatte das Komitee so gut wie nichts zu tun, es war den Kreistagsmitgliedern Rechenschaft schuldig. Es bediente sich bei Bedarf vornehmlich eines jungen Staatsanwaltes, der allgemein als „unbelastet“ galt (und heute noch im Dienst ist).

10. Kooperationsebene Bürgerkomitee/Beauftragte der Modrow-Regierung

Ob manche Zusammenkünfte des Runden Tisches zu den Themen Polizei und Staatssicherheit auf Initiative der Modrow-Regierung zustande gekommen sind, lässt sich heute nicht mehr klären.

11. Informationen über IM's im Bürgerkomitee

Unter den Mitgliedern im Bürgerkomitee gab es keinen „Schnüffler“, wohl aber unter den Aktiven im Neuen Forum allgemein. Er wurde (leider) nach seiner Enttarnung sogar einmal von Premnitzer Bürgern zusammengeschlagen.

12. Positionierung des Bürgerkomitees zur Vernichtung der gesicherten Stasi-Unterlagen

Das Bürgerkomitee setzte sich für den Erhalt der Akten der Stasi ein, kam aber zu spät, um dies zu verwirklichen. Es vertrat die Ansicht, dass die Stasiakten den Betroffenen zugänglich gemacht werden müssen.

Die Unterlagen des Paß- und Meldewesens wurden vom frischgebackenen zuständigen Mitarbeiter des Landratsamtes kurz nach den ersten Wahlen zum Kreistag ohne die erforderliche Legitimation zur Vernichtung freigegeben. Die darauf erfolgte Anzeige beim Amtsgericht wurde durch den Staatsanwalt abschlägig beantwortet.

13. Zusammenarbeit zwischen Bürgerkomitee und der Presse

Die damalige Presse wurde vom Neuen Forum in Rathenow nicht recht ernst genommen, sie war seit eh und je Sprachrohr der „Partei der Arbeiterklasse“. Wohl oder übel musste sie damals kurze Mitteilungen bzw. Termine veröffentlichen. Eine politische Auseinandersetzung fand auf dieser Ebene nicht statt. Die ehemalige Lokalredakteurin versucht heute, als Wahrsagerin über einer Glaskugel die Zukunft zu deuten.

14. Erwähnenswerte Ergebnisse

Die Stasi-Entwaffnung wurde am 5.12.1989 in Anwesenheit von drei Mitgliedern des Neuen Forums und dreier Volkspolizisten abgeschlossen. Die Waffen wurden unseres Wissens am gleichen Tage per LKW nach Potsdam abtransportiert.

Weitere konspirative Stasi-Objekte als die bereits erwähnten wurden nicht gefunden.

15. Vorhandene Nachweise

Die unabhängige Untersuchungskommission stellte im April 1990 ihre Arbeit ein und wurde vom Kreistag entlastet. Der rel. umfangreiche Abschlußbericht steht auf Anforderung zur Verfügung! Die über 200 Seiten umfassende „Chronik der Wende im Kreis Rathenow“ steht in vielen Exemplaren zu Verfügung.

Joachim Kegel
Zeitzeuge

Stasi-Auflösung – ein Quervergleich

Pünktlich zum 20. Jahrestag der Stasi-Auflösung – sie fand Anfang Dezember 1989 überall in der DDR mit Ausnahme von Berlin statt – lebt wieder die sich im 5-Jahres-Rhythmus vollziehende Diskussion mit folgender Frage auf: Ist die Erstürmung der bezirklichen Stasi-Zentralen auf autonom getroffene Entscheidungen der oppositionellen Bürgerrechtsbewegung zurückzuführen oder soll das Ganze ein von der SED abgekartetes Spiel gewesen sein, um durch Ablenkung auf das MfS den eigenen Untergang abzuwenden? Dieser weder logisch noch logistisch nachvollziehbaren These einer SED-inszenierten Stasi-Auflösung als Ablenkungsmanöver widersprachen die Akteure der DDR-weiten Stasi-Besetzungen von 1989 bereits auf der dazu im Dezember 2004 in Leipzig stattgefundenen Tagung in nahezu geschlossener Front.

Fünf Jahre später, im 20. Jubiläumsjahr, glaubt der Stasi-Landesbeauftragte von Berlin, Martin Gutzeit, laut Deutschlandfunk vom 11.11.09 die Autonomie der Bürgerrechtler bei der Stasi-Besetzung in Frage stellen zu müssen. Verviesen wird dabei auf eine sogenannte „Geschichtsfeldvermessung“ im Rahmen einer vom Berliner Landesbeauftragten veranstalteten geschlossenen Tagung mit Historikern und „maßgeblichen Akteuren von 1989“ im Juni 2008.

Laut Welt vom 2.12.2009 soll auch der Landesbeauftragte von Sachsen, Michael Beleites, die Auslegungen seines Berliner Kollegen stützen. Gleichzeitig von der Existenz eines gemeinsamen Forschungsprojektes der beiden Landesbeauftragten, deren „erste Forschungsergebnisse“ zur Rekonstruktion der Stasi-Erstürmungen nunmehr bekannt gemacht würden, die Rede. Dazu hätte man die Ereignisse von damals mit Hilfe von Beteiligten genau rekonstruiert, lässt man die erstaunten Bürgerbewegten aus verschiedenen ehemaligen DDR-Bezirken via Deutschlandfunk wissen. Der im Welt-Artikel vom 2.12.2009 einzige namentlich erwähnte damals an einer MfS-Besetzung Beteiligte, Tobias Hollitzer (Bürgerkomitee Leipzig), widerspricht der These jedoch deutlich: „Der Versuch der Stasi, die nicht zu verhindernde Kontrolle ihrer Dienststellen in geordnete Bahnen zu lenken, ist nicht gelungen.“

Wer aber waren dann die namentlich nicht erwähnten anderen Akteure bzw. „Beteiligten“, welche die Selbstinszenierungsthese angeblich stützen?

Vermutlich waren es keine an der Stasi-Auflösung im (heutigen) Land Brandenburg beteiligten Akteure. Sie kamen am 5. Dezember 2009 im „Lindenhotel“, der ehemaligen Potsdamer Stasi-Untersuchungshaftanstalt zusammen, um die Besetzung der MfS-Bezirks- bzw. Kreisdienststellen in Cottbus, Frankfurt (Oder), Potsdam, Pritzwalk, Rathenow, Brandenburg an der Havel, Forst (Lausitz) und Fürstenwalde (Spree) vor 20 Jahre zu rekonstruieren. Mit Gerd Ruden aus Sachsen-Anhalt zeigte auch ein Landesbeauftragter für Stasi-Unterlagen reges Interesse an dieser Veranstaltung.

Die Tagung selbst bot einen ausführlichen Überblick zu den MfS-Besetzungen in den oben genannten acht Städten Brandenburgs anhand von 15 vorgegebenen Vergleichsmerkmalen. Die in dieser Tagungsdokumentation enthaltenen Einzelberichte belegen eher deutliche Unterschiede als die von M. Gutzeit und anderen unterstellte „Parallelität“ der Ereignisse zwischen den Orten der MfS-Besetzungen. Einzige Parallelität – und diese widerlegt die Stasi-Selbstinszenierungsthese gleich in ihrem Kern – war der gemeinsame Ursprung und damit der Startschuss für alle Stasi-Besetzungen, ausgelöst durch den DDR-weiten Aufruf des Neuen Forums vom ersten Dezemberwochenende.

Dazu heißt es bei Kowalczuk in „Endspiel“, S. 506f.: *„Am 3. Dezember formulierte das „Neue Forum“ eine Erklärung, die am nächsten Tag in einer erweiterten Form als Aufruf mehrerer Oppositionsgruppen herauskam. In dem Aufruf hieß es, Geld werde ins Ausland gebracht, Akten vernichtet und Verantwortliche setzten sich ab. Die Bürger wurden aufgerufen, das zu unterbinden, Kontrollgruppen einzusetzen und Kontrollmaßnahmen einzuleiten. Der Aufruf blieb zwar relativ unbestimmt, verfehlte aber nicht seine Wirkung. Denn anders als einige Bedenkenräger in der Ostberliner Bürgerbewegung begannen ab 4. Dezember beherzte Bürger zu handeln. Aktenkundig zuerst in Rathenow, wo gegen 8.30 Uhr einige Männer und Frauen die MfS-Kreisdienststelle, aber auch die SED-Kreisleitung und das Volkspolizeikreisamt blockierten und Taschen und Autos kontrollierten, um zu verhindern, dass Unterlagen beiseite geschafft würden. Wenige Minuten später, um 8.42 Uhr versammelten sich die ersten Menschen auf Initiative der „Frauen für Veränderung“ vor der MfS-Bezirksverwaltung Erfurt. Bald wurden Zugänge mit Autos blockiert, der Leiter ließ einige Personen ins Gebäude herein, mittags durchbrach ein LKW den Schlagbaum und einige hundert Menschen besetzten das Gebäude. In Erfurt waren am frühen Morgen etwa 4000 Aufrufe des „Neuen Forums“ verteilt worden, so dass hier die Mobilisierung schnell erfolgen konnte, zumal am Vorabend eine emotionale Massenkundgebung mit etwa 50.000 Teilnehmern stattgefunden hatte. Erfurt stand am Beginn einer regelrechten Besetzungswelle von MfS-Einrichtungen im ganzen Land, die mehrere Tage anhielt. Am Vormittag gab ein untergeordneter MfS-Mitarbeiter im „Berliner Rundfunk“ zu, dass Akten vernichtet würden. Zudem kursierten Gerüchte, das MfS würde Unterlagen mit Flugzeugen nach Rumänien verbringen. Die Machthabenden schürten am 4. Dezember erneut Angst vor Gewaltausbrüchen: es war ein Montag und in Leipzig stand die nächste Massendemo bevor, die „traditionell“ an der MfS-Bezirkszentrale vorbeizog.“*

Exakt diesen Verlauf der Ereignisse bestätigte Dr. Rudolf Tschäpe, mein (evangelischer) Partner aus der Kirchenopposition im Rahmen der regionalen Potsdamer Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung von 1988/89 gegenüber der Berliner Morgenpost vom Dezember 1999. Danach kam es zu der Besetzung, als man von Wolf Biermann und Jürgen Fuchs bei einem Treffen in Grünheide (Oder-Spree) – Wohnort von Bürgerrechtler Robert Havemann und Anlaufstelle für einen Teil der DDR-Opposition – über massenhafte und planmäßige Vernichtung brisanten Aktenmaterials erfuhr. „Einen Tag später,“ so

Tschäpe, „hat der Sprecherrat des Forums entschieden, in die Potsdamer Zentrale der Stasi-Bezirksverwaltung zu gehen, um zu retten, was noch zu retten ist.“ Der Potsdamer Erstunterzeichner des NF-Aufrufs vom September 1989 in Grünheide schließt: „Und ganz sicher war die Potsdamer Besetzung auch nicht von der Stasi selbst inszeniert worden.“

Am Morgen des 5. Dezember 1989 rief mich dann Rudolf Tschäpe in meiner damaligen Arbeitsstelle im Wohnungsbaukombinat Potsdam an, um vor der geplanten Stasi-Besetzung gemeinsam den Potsdamer Oberbürgermeister aufzusuchen, da ich die staatlichen Organe und ihr Personal nach meiner Entfernung aus der Staatlichen Finanzrevision* noch ganz gut kennen würde. Damit begann mein Einstieg in diesen Teil II der Friedlichen Revolution, der mich bis heute – auch um die Deutungshoheit darüber nicht Unbeteiligten zu überlassen – noch immer beschäftigt.

Laut Kowalczyk kam es zwischen dem 8. Oktober und dem 20. November 1989 vor MfS-Dienststellen zu 150 Demonstrationen in 83 DDR-Städten, darunter aber nur an den MfS-Bezirksverwaltungen in Leipzig, Halle, Rostock und Potsdam.

Am 3. Dezember 1989 waren das ZK der SED sowie das Politbüro unter Egon Krenz zurückgetreten, die Stasi als Garant der SED-Diktatur damit ohne ihren alleinigen Auftraggeber ganz auf sich gestellt. Das Neue Forum veranlasste den Schritt, der in den Wochen zuvor aus nur einem einzigen Grund verzögert wurde – nämlich Blutvergießen beim Sturm auf einen menschenverachtenden Unterdrückungsapparat zu verhindern. Selbst in den Orten der MfS-Kreisdienststellen, deren Aktenbestand überwiegend bereits in die MfS-Bezirksverwaltungen verbracht und zum Teil auch vernichtet worden war, führten die Stasi-Besetzungen zu dem erlösenden Schritt, jetzt endlich die Zentrale des Terrors gegen die eigene Bevölkerung durch bürgerbewegtes Engagement abzuschalten. Eine immerhin noch tickende, d.h. bewaffnete Zeitbombe, zu entschärfen, „Unsere Friedliche Revolution“ zu vollenden.

Auf Grundlage der zur Leipziger Bürgerkomitee-Konferenz 2004 gewonnenen Erkenntnisse aus Zeitzeugenberichten sollen einige Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede bei der Besetzung der MfS-Bezirksstellen benannt werden, da eine Zusammenfassung dieser Konferenz bis heute nicht vorliegt. Diese Angaben stehen unter ausdrücklichem Vorbehalt der damaligen mündlichen Berichterstattung der Akteure, wiedergegeben aus eigenen Tagungsmitschriften, geschuldet der bisher nicht vorliegenden Gesamtdokumentation.

Danach ist festzustellen:

1. Die Initiative zur MfS-Besetzung ging durchgängig vom Neuen Forum bzw. seinen Sympathisanten aus.

* Lt. Stasi-Abschlussbericht zum OV „Transit“ war „Herauslösung des Kruczek als personeller Unsicherheitsfaktor“ gegenüber der Finanzrevision angeordnet worden.

2. **Zwei Drittel der Bürgerkomitees gründeten sich Anfang Dezember 1989, erst im Januar folgten etwa Frankfurt (Oder), Halle oder Neubrandenburg (29.1.90).**
3. **Über 50 % der Bürgerkomitees waren paritätisch (alte Parteien, neue Bewegungen) zusammengesetzt, folgten auch demokratischen Spielregeln.**
4. **In Frankfurt (Oder) und Cottbus leiteten noch bis Januar die Regierungsbeauftragten der DDR-Regierung unter Modrow die Sitzungen.**
5. **Alle Bürgerkomitees verfolgten mit verschiedener Intensität Entwaffnung, personelle Stasi-Auflösung und Aktensicherung. Andererseits bestanden erhebliche Unterschiede. So ist die These einer durchgängigen Kooperationsbereitschaft der Staatsanwaltschaft unzutreffend. Vielmehr waren Unterschiede prägend:**

Leipzig

Stasi-Chef Hummitzsch ist außer sich. Im Anschluss an die Montags-Demonstration von 150.000 (kaum von der Stasi entsandten) Leipzigern, begleitet von ARD und ZDF, verschaffen sich bereits am 4. Dezember 1989 gegen 18:30 Uhr die ersten 30 Demonstranten Einlass in die MfS-Trutzburg. Polizei und Staatsanwaltschaft kooperieren nicht!

Auf einer Pressekonferenz am 7.12.1989 erklärt Hummitzsch: „Eine solche Wachsamkeit der Bürger am Kontakttelefon hätte ich mir früher immer gewünscht, allerdings unter unseren Bedingungen.“ Am 14.12.1989 erfolgt die medienwirksame Durchtrennung des Abhör-Kabels in Leipzig.

Erfurt

Angeführt von „Frauen für Veränderungen“ bildet sich ähnlich wie in Potsdam ein paritätisch besetztes und sehr konsequent agierendes Bürgerkomitee; nach früher Besetzung (4.12.09) ist die Entwaffnung bereits am 5. Januar abgeschlossen!

Halle

Aktensicherung, Versiegelung usw. verlaufen zielsicher, doch ein Bürgerkomitee gründet sich erst im Januar 1990, entsandt vom Runden Tisch.

Gera

Die Kontrollen vom 6.12.1989 ähneln mehr einer Besichtigung als einer Besetzung, was auch der aus Jena von der DDR-Regierung ausgebürgerte Kontraste-Journalist Roland Jahn am 28.12.89 bemängelt. Am 20.12. hatte sich ein Bürgerkomitee konstituiert – mit Mehrheit für die Blockparteien! Erst am 18. Januar 1990 kommt es zur „echten Besetzung“. Offenbar hatte ein Fernschrei-

ben vom 6.12. mit der Stasi-Drohung „Heute wir – morgen Ihr“ Wirkung gezeigt, d.h., die Auflösung verzögert. Erst ab Januar wird ernsthaft aufgelöst.

Magdeburg

Der Versuch des Neuen Forums vom 5.12. zur Stasi-Besetzung verläuft vorerst zögerlich. Der Rat der Stadt (!) legitimiert 15 Personen als Bürgerkomitee, es darf zuerst nur Auskünfte verlangen. Über ein Bürgerkomitee-Treffen von Anfang Januar erscheint noch ein MfS-Lagebericht. Kirchenvertreter dominieren die am 14.12.1989 gegründete Aktenkommission, darunter ein Oberkonsistorialrat der Ev. Kirchenleitung, der sich später lt. Materialien zur Leipziger Tagung vom 3.–5.12.2004 als Stasi-Offizier im besonderen Einsatz (OibE) erweisen sollte. Doch das BK stellt sich gegen seinen Vorschlag zur Vernichtung der IM-Akten.

Karl-Marx-Stadt

Keine Angaben zu einer anderen Orten vergleichbaren Stasi-Auflösung – dafür wird in Plauen, Annaberg und Aue das Stasi-Ende entschlossener herbeigeführt.

Dresden

Am 5.12.1989 initiiert das Neue Forum eine Demonstration mit 5000 Bürgern vor der Stasi-Bezirksverwaltung, aus denen sich spontan ein Bürgerkomitee gründet, die Aktenvernichtung stoppt und Siegel anbringt. Die dann gegründeten 6 Arbeitsgemeinschaften des Bürgerkomitees stehen im engen Kontakt zum Runden Tisch, der den Auflösungsprozess begleitete.

Rostock/Schwerin

Nach der Entdeckung des Export-Waffenlagers in Kavelstorf am 2.12.1989 gründet sich in Rostock am 6.12. der Unabhängige Untersuchungsausschuss (UUA) auf Initiative des Neuen Forums.

Ihm dürfen aber nur von früheren oder gegenwärtigen Strukturen „Unabhängige“ angehören! Der UUA agiert als Gegenpol zu Polizei, Staatsanwaltschaft usw. sehr konsequent, wendet sich gegen den Vorschlag des Schweriner Bürgerkomitees, Stasi-Akten zu vernichten und sichert die relevanten Unterlagen. Im Schweriner Bürgerkomitee dominieren dagegen die „Aktenvernichter“, nur ein Vertreter der Kirchenopposition hält dagegen. Doch der Runde Tisch fordert dann mit seiner Gründung am 12.12. Aktensicherung statt Vernichtung! Das Bürgerkomitee agiert zuvor zögerlich, Besichtigungen haben Vorrang vor Besetzung und Kontrolle, nachdem die Bürgerkomitee-Vertreter am 8.12. ihre Legitimation ausgerechnet durch den Regierungsbeauftragten Man-

fred Goldmann erhalten haben. Engagiert agiert das vom Neuen Forum dominierte Bürgerkomitee in Greifswald. Hier spielt das KKW-Nord eine zentrale Rolle.

Neubrandenburg

Erst am 29. Januar 1990 beruft der Runde Tisch des Bezirkes ein Bürgerkomitee. Anders als in der Bezirkshauptstadt werden in verschiedenen Kreisen seit dem 4.12.1989 Aktensicherungsmaßnahmen, wie Versiegelungen, vorgenommen. Einen aktiven Sonderweg betritt das Bürgerkomitee Uckermünde; es gibt die gesicherten Akten nicht nach Neubrandenburg ab! Bereits am 7.12.1989 hatte der Runde Tisch des Bezirkes eine Arbeitsgemeinschaft zur Stasi-Untersuchung gegründet. Deren Leiter, Pfarrer Ulrich von Saß, gewährt nach einem Aufruf vom 11.12.1989 in der „Freien Erde“ Betroffenen sogar Akteneinsicht! Am 1.4.1990 gibt er seinen Abschlussbericht an den Runden Tisch.

Suhl

Das Neue Forum informiert auf seiner Veranstaltung am 4. Dezember in der Stadthalle mit 3000 Sympathisanten über die Erfurter Stasi-Besetzung. Daraus formiert sich noch am gleichen Abend ein Demonstrationszug zum Stasi-Komplex. Er wird von einem Stasi-Wachmann mit Tränengaspatronen attackiert, während Polizei und Bezirksstaatsanwalt noch ihr Eintreffen verzögern. Noch in der Nacht dürfen 15 Personen in den Komplex zu einem Rundgang. In der Nacht zum 5. Dezember erschießt sich dort ein 54 Jahre alter Stasi-Offizier. Als sich am 5. Dezember die Anzeichen für Aktenvernichtungen mehren, erzwingen gegen 13.00 Uhr die Suhler Busfahrer mit einer spontanen Blockade der Ein- und Ausgänge die Öffnung der Stasi-Zentrale, viele Bürger betreten den Komplex unkontrolliert. Am 6.12. bildet sich die zeitweilige Kommission „Amtsmissbrauch und Korruption“ zur MfS-Auflösung, auch die Waffenträger der SED werden ab dem 9.12. entwaffnet. Am 30.1.1990 erschießt sich Stasi-Chef Generalmajor Lange mit seinem Jagdgewehr im Garten. Bis zu diesem Tag hatten alle staatlichen Funktionäre ihre Jagdwaffen an das Bürgerkomitee abzugeben. Turbulent ging es auch in Schmalkalden zu: 500 aufgebrauchte Bürger stürmten am Nikolaustag des Jahres 1989 die Stasi-Kreisdienststelle. Ihr Chef sowie sein Stellvertreter werden noch in der Nacht zur eigenen Sicherheit in den Strafvollzug Untermaßfeld verbracht.

Land Brandenburg

Die in den ehemaligen Bezirkshauptstädten Cottbus, Potsdam und Frankfurt (Oder) im Ergebnis des Projekts rekonstruierten Abläufe weisen gravierende Unterschiede auf. Besonders zu Frankfurt (Oder) bleiben noch Fragen offen, obwohl hier mit acht Zeitzeugen-Berichten der

größte Rechercheaufwand entstand. Zwar konnten auch in der Oderstadt einige Bürger der Stasi einen Besuch abstatten, doch es fand keine „klassische“ Form der Besetzung bzw. Auflösung wie anderswo statt. Erst am 19.1.1990 konstituierte sich ein Bürgerkomitee, noch am 15.2.1990 wurden Aktenvernichtungen festgestellt.

Die Rolle der als Stasi-Auflöserin eingesetzten späteren Landtagsabgeordneten Rosemarie Fuchs ist bis heute umstritten. Staatsanwaltliche Ermittlungen zum Thema „Fuchs“ wurden 1995 ergebnislos eingestellt. Er sei dazu von Ermittlern befragt worden, die schon zu DDR-Zeiten bei der Kriminalpolizei gearbeitet hätten, so der Bürgerbewegte Hans-Dieter Wachner lt. einem Morgenpost-Artikel vom 2.3.2009.

Trotz verschiedener Ungereimtheiten und Defizite: 20 Jahre danach werden ausgerechnet hier, aus Frankfurt (Oder), dem Ort der einzig verbliebenen BStU-Außenstelle Brandenburgs, Aktenfunde öffentlich bekannt, die u.a. lt. MOZ vom 27.11.2009 („Wirbel um IM „Marisa“) einer Landtagsabgeordneten der Partei Die Linke zuzuordnen sein sollen.

Demnach muss es den Bürgern im Dezember 1989 selbst in Frankfurt (Oder) noch gelungen sein, erhebliche Teile des Stasi-Erbes zu sichern. Trotz intensiver Vorvernichtung ist es dem Bürgerkomitee zu verdanken, dass dieses noch rekonstruierbare Material vor der endgültigen Vernichtung bewahrt werden konnte. Wird die Aktenrekonstruktion konsequent vorangetrieben, sind weiter Aufklärungsergebnisse über die SED-Diktatur zu erwarten.

Auch in Cottbus kam es erst verspätet – am 5.1.1990 – zur Gründung eines unabhängigen Bürgerkomitees, Versuche zur Vernichtung noch Wochen danach eingeschlossen. Unvorstellbar für andere Bürgerkomitees, dass bis dahin ausgerechnet der Regierungsbeauftragte Dr. Neubert das sogenannte Lokale Bürgerkomitee leitete und am 4.1.1990 den Abschlussbericht mit dem Appell zur Vernichtung der OPK-Akten vorlegte. Dies konnte nur passieren, weil die Zahl der in Cottbus ernsthaft bei der Auflösung engagierten Bürger zu gering war, wie Pfr. Christoph Polster rückblickend konstatiert.

Deren Zahl war in Potsdam ungleich größer. Im Neuen Forum gab es am Abend des 5. Dezember sogar konkurrierende Vorschläge zur Nominierung für das Bürgerkomitee. Hier waren die neuen Bewegungen wie Neues Forum, Argus und SDP dominant, „überfiel“ das Neue Forum gleich bei der konstituierenden Sitzung die Etablierten mit einer schlüssigen Geschäftsordnung und blieb – trotz Austausch von Detlef Kaminski und Dr. B. Reuter Ende Januar (nur der Unterzeichner verblieb) – immer in der Offensive. Offenkundig war die vom Bürgerkomitee „Rat der Volkskontrolle“ sich selbst zugemutete Aufgabenstruktur viel breiter als bei anderen angelegt. Sie umfasste auch die Sicherung des normalen Alltagslebens einschließlich Versorgungsfragen, Gesundheitswesen u.a., sonst eher Aufgaben der Runden Tische.

Das als Anlaufstelle zur Entgegennahme von Bürgeranliegen am 8.12.1989 eingerichtete ständige Kontaktbüro (Öffnungszeiten täglich 8-20 Uhr, auch samstags) erhielt 566 Anzeigen, überwiegend zu Amtsmissbrauch und Korruption sowie zu vermuteten Stasi-Objekten. Diese vertrauensbildende Maßnahme in Zeiten politischen Vakuums, ebenso lückenlos dokumentiert wie die 21 protokollierten Bürgerkomitee-Sitzungen, war vermutlich ein Potsdamer Alleinstellungsmerkmal. Dieser Einrichtung war es auch zu verdanken, dass der nassforsche Ministerratsbeschluss vom 14.12.89 zur Gewährung millionenschwerer – über drei Jahre angelegter – Übergangszahlungen an ausscheidende MfS-Mitarbeiter öffentlich wurde, dabei landesweites Aufsehen erregte und schließlich zurückgenommen werden musste. Potsdam war insbesondere durch die bereits in den frühen 80er Jahren entstandene Opposition unter den Kirchendächern in der günstigen Lage, über kommunizierende Netzwerke zu verfügen, fähig zu kurzfristigen Aktionen und Verantwortungsübernahme zu sein, wie sie zur Bildung eines Bürgerkomitees erforderlich waren.

Zusammenfassung

Für ein Ranking nach Bezirken ist die Erhebung der Vergleichsmerkmale zur Stasi-Besetzung noch zu lückenhaft. Doch zeichnet sich ab, dass die weitgehend vom Neuen Forum initiierten Stasi-Besetzungen in den Bezirksdienststellen Erfurt, Leipzig, Potsdam, gefolgt von Rostock, Suhl und Dresden besonders wirkungsvoll und zielgerichtet verliefen, hier die Bürgerrechtler konsequent und unbeirrbar die Marschrichtung vorgaben. Das Agieren der sich gleich nach der Besetzung herausbildenden Bürgerkomitees war in diesen Städten ähnlich klar strukturiert, meist durch paritätische Besetzung auch Übungs- und Bewährungsfeld zur Entstehung demokratischer Strukturen einschließlich der damit verbundenen politischen Kultur.

Das vorliegende Projekt soll dazu anstoßen, die noch erheblichen Wissenslücken zur Formierung und Arbeitsweise der Bürgerkomitees zu füllen. Noch ist die Stasi-Auflösung als Teil II der Friedlichen Revolution mancherorts unterbelichtet, was Raum für Spekulationen lässt. Am ehesten dürfte die Nummer 15 im DDR-weiten Stasi-Auflösungsranking betroffen sein: Berlin. Laut Kowalczyk („Endspiel“, S. 506) verfehlte der Aufruf des Neuen Forums zum Marsch auf die Stasi-Zentralen Berlin, denn *„anders als einige Bedenkenträger in der Ostberliner Bürgerbewegung“* begannen woanders beherzte Bürger zu handeln. In Berlin wäre es vielleicht nicht einmal am 15. Januar 1990 nach sechswöchiger Verzögerung zur Besetzung der Stasi-Zentrale gekommen, hätte dort nicht am 14. Januar 1990 ein erweitertes Koordinierungstreffen der Bürgerkomitees aller DDR-Bezirke stattgefunden und entsprechende Aktivitäten über die AG „Sicherheit“ des Zentralen Runden Tisches befördert, wie dem Beitrag von Jens Schöne (Stellvertretender Landesbeauftragter Berlin) zur Leipziger Tagung vom Dezember 2004 zu entnehmen ist. Schließlich war es doch der „Rest der Republik“ seit 40 Jahren gewohnt, Berlin, Hauptstadt der Deutschen Demo-

kratischen Republik, mit eigenen Kapazitäten zu unterstützen. Und allein die chaotischen Begleiterscheinungen der Berliner Stasi-Besetzung – hier waren die Stasi-Obristen spätestens seit dem 4. Dezember 1989 in Erwartungshaltung – geben Anlass, Verschwörungstheorien mit Fremdsteuerungscharakter nachzugehen. Auf diese Berliner Vorgänge sollten sich die Vertreter der Selbstinszenierungsthese konzentrieren: Dies scheint ergiebiger zu sein, als die Autonomie im Handeln der Bürgerrechtler gleich aus 14 DDR-Provinzen bei den Stasi-Besetzungen in Frage zu stellen. Bereits die inzwischen dokumentierten Abläufe in den damaligen DDR-Bezirksstädten sind nicht geeignet, die These eines Ablenkungsmanövers von SED-Machenschaften zu stützen. Zu intensiv haben sich alle funktionierenden Bürgerkomitees auf die Untersuchung von Amtsmissbrauch und Korruption der SED-Nomenklatura konzentriert, zumal die personelle Schnittmenge von SED- und Stasi-Machenschaften erheblich war.

Und trotz der schon im November 1989 angelaufenen Aktenvernichtung bleibt beeindruckend, in welchem Maße noch aktenkundiges Stasi-Erbe von Bürgerkomitees gerettet werden konnte. Davon zeugen nicht zuletzt die erst nach 20 Jahren im Land Brandenburg im Ergebnis eines plötzlich erzwungenen Aufarbeitungsprozesses gemachten Aktenfunde. Um wie viel massiver und hemmungsloser wären Schlüsselfunktionen, Regierungsämter, Landtage oder Kommunen von so genannten DDR-Eliten durchsetzt, wäre die Aktenvernichtung 1989 nicht gestoppt worden? Sollte diese Aktion ernsthaft im Interesse der SED gelegen haben? Und wie viele Systemstützen sitzen zwar heute auf exponierten Posten, gleichzeitig aber auch auf Pulverfässern? Dazu muss der Bundestag endlich das Geld zur Rekonstruktion von Aktenbeständen aus 12.500 Papiersäcken freigeben. Denn aus leicht verständlichen Gründen wurden angesichts der anrückenden Stasi-Besetzer natürlich die aktuell-brisantesten Fälle vorvernichtet.

Mit anderen Worten: Teil II der Friedlichen Revolution ist erst beendet, wenn das vorhandene Stasi-Erbe vollständig rekonstruiert worden ist. Als Beitrag zur konsequenten Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur, wie sie anlassbezogen seit dem Herbst 2009 endlich auch von der Politik im Land Brandenburg angenommen werden muss.

Denn auch hier gilt, dass Demokratie auf Glaubwürdigkeit beruht.

Manfred Kruczek

Inhalt

Vorwort	S. 3
Begrüßung	S. 6
Vorbemerkung	S. 9
<i>Heike Roth</i> : Die Besetzung der MfS-Bezirksdienststelle in Frankfurt (Oder)	S. 10
<i>Christoph Polster</i> : Die Besetzung der MfS-Bezirksbehörde und der MfS-Kreisdienststelle in Cottbus	S. 18
<i>Stefanie Müller</i> (mit <i>Manfred Kruczek</i>): Die Besetzung der MfS-Bezirksdienststelle in Potsdam	S. 21
<i>Stefanie Müller</i> : Anlage zur Besetzung der MfS-Bezirksstelle Potsdam am 5.12.1989	S. 26
<i>Ralf-Stephan Rabe</i> : Die Besetzung von Gebäuden der MfS-Kreisdienststelle in Brandenburg an der Havel	S. 31
<i>Thomas Wendek</i> : Alle personenbezogenen Unterlagen vernichtet. Forster Bürgerrechtler finden leergeräumte Stasi-Dienststelle	S. 41
<i>Thomas Wendek</i> : Alle personenbezogenen Unterlagen vernichtet. Synopse zur Stasi-Auflösung in Forst/Lausitz	S. 44
<i>Inge Czerwinske</i> : Inspektion statt Auflösung – Zum Ende der Kreisdienststelle Fürstenwalde des MfS	S. 48
<i>Thomas Wendek</i> : Tasse Kaffee und graue Wände. Nur leere Räume bei der Stasi in Pritzwalk	S. 52
<i>Joachim Kegel</i> : Die Besetzung der Kreisdienststelle der Staatssicherheit in Rathenow am 4.12.1989	S. 56
<i>Joachim Kegel</i> : Vergleichsmerkmale bei der Besetzung der MfS-Kreisdienststelle Rathenow am 4. Dezember 1989	S. 60
<i>Manfred Kruczek</i> : Stasi-Auflösung – ein Quervergleich	S. 64
Inhalt	S. 73